



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Zwischen Atlantik und Pazifik“

Die geostrategische Positionierung der Europäischen Union
zwischen den USA und China anhand der Außenpolitik.

verfasst von / submitted by

Maria Drozdová, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Politikwissenschaft / Political Science

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Doz. Dr. Gernot Stimmer

Vorwort

„Europa ist nicht ein Gebilde, das für sich leben könnte.

Europa ist nur möglich innerhalb der Welt

und innerhalb der Weltwirtschaft.“

Gustav Stresemann (1878 - 1929),

deutscher Politiker, Reichskanzler, Reichsaußenminister und Friedensnobelpreisträger

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einleitung	5
1.1 Forschungsgegenstand	6
1.2 Forschungsfrage und Hypothese	9
1.3 Gliederung	9
2. Einführung in die Thematik	11
2.1 Globalisierung und Welthandel	12
2.1.1 Zahlen und Fakten	14
2.1.1.1 EU – der wirtschaftsstärkste Staatenbund	15
2.1.1.2 China – das bevölkerungsreichste Land der Welt	17
2.1.1.3 USA – die letzte Supermacht	18
2.1.2 Empirischer Vergleich und Interpretation	19
2.1.2.1 Bruttoinlandsprodukt	22
2.1.2.2 Wachstumsraten	23
2.1.2.3 Handelsbilanzsaldo	24
2.2 Weltpolitik	26
2.3 Fazit	30
3. Perspektiven und Theorien	32
3.1 Neoinstitutionalismus	33
3.2 Neorealismus	35
3.3 Klassische und Kritische Geopolitik	38
3.4 Fazit	44
4. Außenpolitik der Europäischen Union	45
4.1 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	48
4.1.1 Akteure der GASP	50
4.1.2 Funktionsweise der GASP	55
4.2 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	57
4.3 Kritik an der GASP	58
4.4 Außenhandelspolitik der EU	60
4.5 Fazit	63

5. Geostrategie im 21. Jahrhundert.....	65
5.1 Die Geostrategie der USA	65
5.2 Die Geostrategie Chinas	70
5.3 Europäische Geostrategie	74
5.3.1 Europäische Sicherheitsstrategie	76
5.3.2 Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik	78
5.3.2.1 Eine Globale Strategie für die Interessen der Europäer ..	80
5.3.2.2 Die Prinzipien auswärtigen Handelns	80
5.3.2.3 Die Prioritäten auswärtigen Handelns	81
5.3.2.4 Von der Vision zur Aktion	84
5.3.3 Zwischenfazit	84
5.4 Außenbeziehungen der Europäischen Union	86
5.4.1 Strategische Partnerschaften der EU	87
5.4.2 Europäische Nachbarschaftspolitik	89
5.5 Herausforderungen europäischer Außenpolitik	98
5.5.1 Bericht über die Lage der Union	99
5.5.2 Bericht über die Umsetzung der GASP.....	102
5.6 Fazit	104
6. Die EU als ‚moral power‘	108
7. Conclusio	111
8. Quellenverzeichnis	114
8.1 Literaturverzeichnis	114
8.2 Abbildungsverzeichnis	119
9 Appendix	121
9.1 Zusammenfassung	121
9.2 Abstract	122
9.3 Curriculum Vitae	123

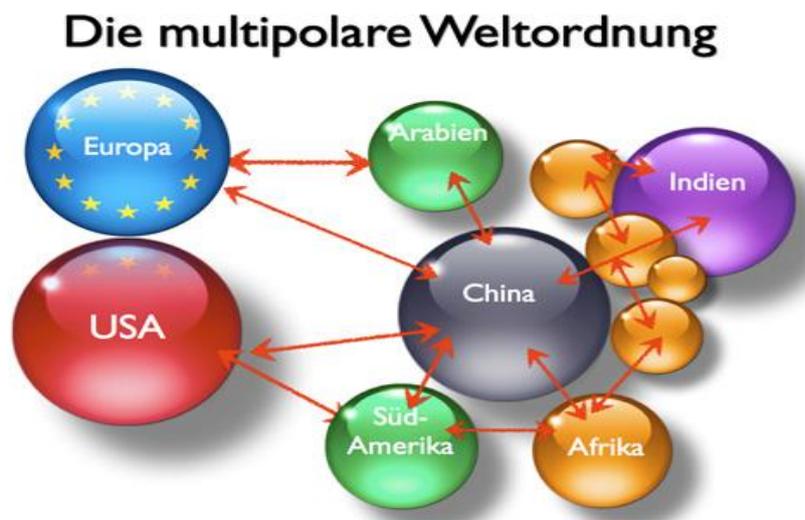
Abkürzungsverzeichnis

APEC	=	Asia-Pacific Economic Cooperation (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft)
ASEAN	=	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
ASEM	=	Asia-Europe Meeting (Asien-Europa-Treffen)
BIP	=	Bruttoinlandsprodukt
EAD	=	Europäischer Auswärtiger Dienst
EDA	=	European Defence Agency (Europäische Verteidigungsagentur)
EG	=	Europäische Gemeinschaft
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EMP	=	Euro-Mediterrane Partnerschaft
EPZ	=	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESS	=	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP	=	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	=	Europäische Union (European Union)
FOCAC	=	Forum on China - Africa Cooperation
GASP	=	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GSVP	=	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IB	=	Internationale Beziehungen
IWF	=	Internationaler Währungsfonds
NATO	=	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt-Organisation)
NAFTA	=	North American Free Trade Agreement (Nordamerikanische Freihandelsabkommen)
OAS	=	Organization of American States (Organisation Amerikanischer Staaten)
OECD	=	Organization for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OSZE	=	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PRC	=	People's Republic of China (Volksrepublik China)
PSK	=	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
TTIP	=	Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)
UN	=	United Nations (Vereinte Nationen)
UfM	=	Union für das Mittelmeer
USA	=	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
VR	=	Volksrepublik
WTO	=	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

1. Einleitung

Die Erde hat eine Weltbevölkerung von über sieben Milliarden Menschen und besteht aus 193 Staaten¹, welche die politische Weltkarte darstellen. Es sind unterschiedliche Nationen - groß, klein, arm, reich, demokratisch, autoritär - mit verschiedenen Völkern und Kulturen. Diese Länder unterhalten Beziehungen zueinander, die freundschaftlich oder diplomatisch sein können sowie mal mehr und mal weniger Einfluss auf die internationale Politik mitbringen. Daneben gibt es auch Zusammenschlüsse und Organisationen, die ebenfalls Teil des globalen politischen Systems sind. Allen voran stehen hier die Vereinten Nationen. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer multipolaren Weltordnung. Multipolarität „[...] beschreibt die globale Verteilung von Macht und das Verhältnis von Staaten.“²

Abb. 1: Die globale Weltordnung im 21. Jahrhundert.



Quelle: Horx, Matthias (2014): Die Macht der Megatrends.
URL: <http://www.horx.com/Reden/Macht-der-Megatrends.aspx>
(Abrufdatum: 17.11.2014): o.S.

Im 21. Jahrhundert bilden die Vereinigten Staaten von Amerika, die Volksrepublik (VR) China und die supranationale Europäische Union das machtvollste Trio in der Weltpolitik. Die traditionelle amerikanische Wirtschaftsmacht begegnet dabei einer aufstrebenden chinesischen Ökonomie. Dies hat aus europäischer Sicht zur Folge,

¹ Die Zahl bezieht sich auf die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen.

² Schuster, Anna-Maria (o.J.): Multipolare Weltordnung – Definition. URL: http://www.helpster.de/multipolare-weltordnung-definition_189004 (Abrufdatum: 17.11.2015): o.S.

dass sich der wirtschaftliche Fokus in den letzten Jahrzehnten zunehmend *vom Atlantik zum Pazifik* verlagerte. Die EU hat mit ihren zurzeit noch 28 Mitgliedsstaaten³ ebenfalls eine starke Volkswirtschaft, die ihr starkes politisches Gewicht in der Welt verleiht, da Wirtschaft und Politik eng miteinander verstrickt sind und ökonomische Stärke den politischen Einfluss erhöht. Aufgrund dieses Zusammenhangs, ist die Außenpolitik der EU stets auch wirtschaftsfreundlich geprägt.

Im Zuge dieser ökonomischen Kräfteverschiebungen zwischen den Weltmächten, muss die Europäische Union aktiv werden und sich zwischen den Großmächten USA und China positionieren, um auch weiterhin globalen Einfluss zu haben. Eine Europäische Geostrategie könnte hierbei zur Umsetzung außenpolitischer Interessen der Europäischen Union in der Welt dienen. Mit der Erarbeitung einer solchen Geostrategie, definiert die EU ihre globalen Ziele und Absichten, um sich in der internationalen Politik sowie zwischen den Weltmächten zu platzieren.

1.1 Forschungsgegenstand

Der Forschungsgegenstand basiert auf aktuellen Entwicklungen der Weltpolitik, die bis zu den Anfängen der Europäischen Union (EU) bzw. der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) zurückreichen und aus einer europäischen Sichtweise wahrgenommen und wiedergegeben werden. Das Augenmerk liegt darauf, eine geostrategische Positionierung der EU zu ergründen. Anlass dafür sind die weltpolitischen und vor allem weltwirtschaftlichen Umschwünge, die sich insbesondere zwischen den größten Volkswirtschaften bemerkbar machen, nämlich den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), der Volksrepublik China und der Europäischen Union. Aufgrund dieser starken ökonomischen Einflüsse, werden sie als Weltmächte bezeichnet. „Zum einen bezeichnet man als Weltmacht eine etablierte Macht, die die bestehende Ordnung aufrecht erhält, wie es Großbritannien zur Zeit des Britischen Imperiums und die USA und die Sowjetunion zur Zeit des Ost-West-Konflikts taten. Seit 1990 sind die USA die einzige Weltordnungsmacht, doch dieser Zustand – der auch als unipolarer Moment bezeichnet wurde – ist ein vorüber und zu Ende gehender. Es besteht weitgehende Übereinstimmung, dass die Weltmächte der Zukunft USA, China, Russland, Indien und die EU sein werden.“⁴ Zu den Kriterien, die eine

³ Der Austritt Großbritanniens aus der EU ist für 2019 angesetzt.

⁴ Mützenich, Rolf (2008): Was macht eine moderne Weltmacht aus? Aus: Deutsch-Chinesischer Sicherheitsdialog vom 13.05.2008 in Peking. URL: http://www.rolfmuetzenich.de/_pdf/Peking_13_05_08.pdf (Abrufdatum: 1.6.2016): 1

Weltmacht ausmachen, gehört allen voran das Merkmal einer herausragenden Wirtschaftsfähigkeit gepaart mit militärischer Stärke, wodurch eine einflussstarke Position in der Weltpolitik eingenommen werden kann. Weitere Merkmale sind oftmals eine hohe Bevölkerungsanzahl, ein attraktives Werte-, Normen- und Gesellschaftssystem, ein hohes Bildungsniveau sowie ausgezeichnete Handlungs- und Führungsfähigkeit auf internationalem Parkett.⁵

Synonym zu dem Begriff einer Weltmacht werden oftmals auch die Termini Großmacht und Supermacht verwendet, wobei die Bedeutungen leicht voneinander variieren. Eine Weltmacht ist eine „Großmacht mit weltweitem Einflussbereich“⁶. Eine Großmacht hingegen ist ein „Staat, der so viel Macht besitzt, dass er einzeln oder im Bündnis mit anderen Staaten einen erheblichen Einfluss auf die internationale Politik ausübt“⁷. Während eine Weltmacht folglich weltweit politischen und wirtschaftlichen Einfluss übt, beschränkt sich die Einflussnahme bei einer Großmacht auf die regionale Nachbarschaft. Der Begriff der Supermacht ist ebenfalls bedeutungsverwandt und beschreibt eine „dominierende Großmacht“⁸. Diese Definition bezieht sich zurzeit speziell auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die insbesondere nach Ende des Kalten Krieges eine Vorherrschaft erlangten. Für die Volksrepublik China hingegen verwendet man überwiegend das Wort Großmacht. Dies rührt daher, dass die Volksrepublik wirtschaftlich und militärisch stetig wächst und dadurch auch zunehmend an politischem Einfluss in globalen Angelegenheiten gewinnt. Gleichwohl werden diese beiden Staaten mit der Europäischen Union als Weltmächte bezeichnet, da sie politisch und wirtschaftlich auf alle Länder der Welt einwirken. Die Supermacht USA ist bekanntlich die größte Volkswirtschaft der Welt. Ähnlich hoch ist auch die Wirtschaftsfähigkeit der EU. China hingegen hat enorme Wachstumsraten zu verzeichnen, die großes wirtschaftliches Potenzial bergen. Dieser starke wirtschaftliche Aufschwung Chinas und des gesamten asiatischen Raumes führt dazu,

⁵ Vgl. Mützenich, Rolf (2008): Was macht eine moderne Weltmacht aus? Aus: Deutsch-Chinesischer Sicherheitsdialog vom 13.05.2008 in Peking. URL:

http://www.rolfmuetzenich.de/_pdf/Peking_13_05_08.pdf (Abrufdatum: 1.6.2016): 1

⁶ Duden (o.J.): Weltmacht. URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Weltmacht> (Abrufdatum: 2.6.2016): o.S.

⁷ Duden (o.J.): Großmacht. URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Grozmacht> (Abrufdatum: 2.6.2016): o.S.

⁸ Duden (o.J.): Supermacht. URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Supermacht> (Abrufdatum: 2.6.2016): o.S.

dass sich die EU stärker mit ihnen auseinandersetzt und ihre Strategie den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden muss.

Nicht nur die Aktualität, sondern auch die hier vorgestellten Akteure, die in einer komplexen Dreiecksbeziehung die Weltwirtschaft lenken, steigern die Relevanz dieser Forschungsarbeit maßgeblich. Japan gehört mit seiner Volkswirtschaft ebenfalls zu diesem ökonomischen Kraftzentrum, wird an dieser Stelle jedoch nicht näher betrachtet, weil das Nachbarland China für das Weltgeschehen momentan maßgeblicher ist. Russland ist ebenfalls ein einflussreicher Akteur in der Weltpolitik, bleibt aber ebenfalls außen vor, da der Umfang der Forschungsarbeit begrenzt ist. Anzumerken ist außerdem noch, dass die Union im Gegensatz zu den USA und China kein Nationalstaat ist, sondern ein Zusammenschluss von souveränen Ländern, die eine supranationale Organisation bilden. Daher können sowohl ökonomische als auch politische Vorbedingungen dieser Akteure voneinander abweichen.

Das Bestreben dieser Masterarbeit liegt darin, die EU zwischen den Weltmächten zu positionieren und die außenpolitische Strategie der EU, in Form einer *Europäischen Geostrategie* herauszuarbeiten. Um nämlich auch weiterhin Teil dieses globalen Wettrennens zu sein, ist die Union bemüht, weltpolitischen Einfluss und wirtschaftliche Leistungen auszubauen. Um den Forschungszeitraum einzugrenzen, liegt der Fokus insbesondere auf Entwicklungen des letzten Jahrzehnts. Anhand eines geschichtlichen Rückblickes auf die Entwicklung der Europäischen Außenpolitik, können daraus auch Rückschlüsse auf eine Europäische Geostrategie gezogen werden. Eine weitere Besonderheit besteht darin, die traditionelle Schule der Geopolitik und Geostrategie mit dem modernen Phänomen der Europäischen Union zu vergleichen und die EU anhand dessen zu analysieren. Die Einbettung der traditionellen Begriffe der Geopolitik in einen modernen, europäischen Kontext ermöglicht neue Sichtweisen in der internationalen Politik und auf ihre Akteurinnen und ist eine Horizonterweiterung für die bestehende Theorie der Geopolitik.

Die Relevanz der vorliegenden Masterarbeit und ihrem Forschungsinhalt ist dadurch gegeben, dass aktuelle globale Entwicklungen untersucht werden, die auf die Nationalstaaten einwirken und ihre wirtschaftlichen sowie politischen Entscheidungen beeinflussen. Diese wiederum nehmen auch Einfluss auf die Gesellschaften und unser tägliches Leben.

1.2 Forschungsfrage und Hypothese

Welche Geostrategie verfolgt die Europäische Union als globale Akteurin neben der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten von Amerika?

Die EU hat keine offizielle Geostrategie, da die verschiedenen geostrategischen Interessen der Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Positionierung oftmals verhindern. Die Union formuliert in ihren Strategiepapieren jedoch durchaus universelle geostrategische Überlegungen in den Bereichen, auf die sich alle Mitgliedsländer einigen können.

1.3 Gliederung

Nachfolgend wird zunächst eine Einführung in die Thematik gegeben, wobei auf geschichtliche Hintergründe und Entwicklungen der EU verwiesen wird. Dabei wird auch Bezug auf die US-amerikanische Vorherrschaft, die starke wirtschaftliche Entwicklung Chinas und auf Einflüsse auf internationalem Terrain genommen.

Im Theorieteil der Arbeit werden klassische Theorien der Internationalen Politik und der Internationalen Beziehungen herangezogen, die zur Erklärung und Untermauerung der Hypothese dienen. Der Neoinstitutionalismus beschreibt hierbei die europäische Herangehensweise und steht dem Neorealismus als Antithese gegenüber, welcher die amerikanische und chinesische Positionierung theoretisiert. Ergänzend wird in der Arbeit auf die Theorie der ‚klassischen Geopolitik‘ bzw. der ‚kritischen Geopolitik‘ eingegangen, weil ihr Verständnis grundlegend für das Konzept der Geopolitik und Geostrategie ist.

Nach dieser Einleitung wird im Hauptteil die Europäische Außenpolitik und insbesondere die ‚Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik‘ (GASP) betrachtet. Daran anschließend wird die Geostrategie des 21. Jahrhunderts in einem weiteren Kapitel tiefgehend anhand von Beispielen betrachtet. Hierzu werden geopolitische Überlegungen der USA und Chinas beschrieben und mit empirischen Aktionen in geographischen Räumen belegt. Darauf folgend wird die Europäische Geostrategie untersucht und bewertet, indem außenpolitische Tätigkeiten und Herausforderungen der EU beschrieben und analysiert werden.

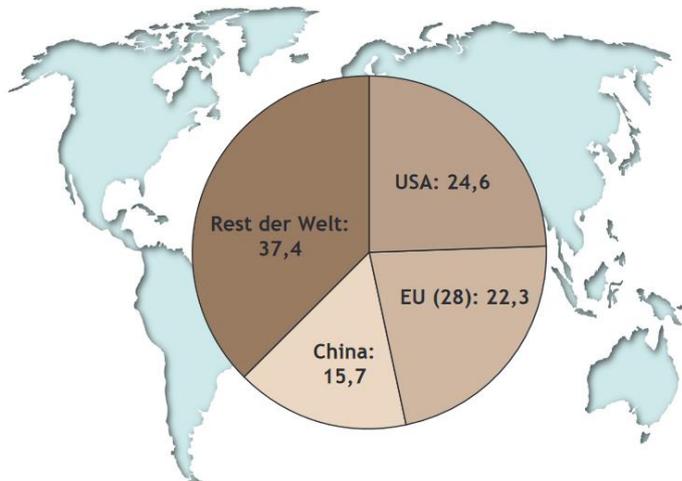
Als methodischer Beitrag zum Inhalt und zur Analyse sind ursprünglich Experteninterviews vorgesehen gewesen. Die Resonanz verschiedener Wissenschaftlerinnen war jedoch zu gering, um daraus aussagekräftige Ergebnisse erheben zu können. Für den Erhalt eines sicheren Befundes der vorliegenden Masterarbeit werden daher stattdessen offizielle Dokumente zur Analyse herangezogen. Dies sind, neben Strategiepapieren der EU, offizielle Stellungnahmen von EU-Institutionen. Zu den Strategiepapieren zählen die ‚Europäische Sicherheitsstrategie‘ und die ‚Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik‘. Überdies wird die Rede zur Lage der Union sowie der Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet. In einem ergänzenden Kapitel wird schließlich die ‚moral power‘ der Europäischen Union thematisiert.

Den Schlussteil bildet die Conclusio der Masterarbeit, in der Forschungsfrage und Hypothese beantwortet sowie die gegenwärtige Herausforderungen Europas aufgezeigt werden.

2. Einführung in die Thematik

Die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Volksrepublik China sind die wirtschaftsstärksten Akteure der Welt und formen das bestimmende Trio der Weltpolitik und des Welthandels. Während der Anteil der USA und der EU an der Weltwirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), bei über 20% liegt, beträgt Chinas Anteil 15%.⁹

Abb. 2: Anteile der Akteure an der Weltwirtschaftsleistung 2016 in %.



Quelle: WKO Wirtschaftskammer Österreich (2016): Weltwirtschaftsleistung (BIP) 2016. URL: http://wko.at/statistik/wgraf/2016_38_Weltwirtschaftsleistung_2016.pdf (Abrufdatum: 18.5.2017): o.S.

Die USA bilden angesichts ihrer volkswirtschaftlichen Größe die Spitze des Dreiergespanns. Die Europäische Union, eine supranationale Organisation, die einen Zusammenschluss an Volkswirtschaften darstellt, ist durch ihre Größe und ökonomische Leistungsfähigkeit ebenfalls ein erhebliches Gewicht in der globalen Politik und Wirtschaft. China hat mit seinen starken Wachstumsraten und der hohen Wirtschaftsleistung ebenfalls großen Einfluss auf die Weltwirtschaft. Diese Entwicklung liegt nicht zuletzt an der Globalisierung, die weltweit technologische Entwicklungen und Produktionen fördert und damit der nationalen Wirtschaft Chinas Auftrieb verleiht und enormes Wachstum geschaffen hat.

⁹ WKO Wirtschaftskammer Österreich (2016): Weltwirtschaftsleistung (BIP) 2016. URL: http://wko.at/statistik/wgraf/2016_38_Weltwirtschaftsleistung_2016.pdf (Abrufdatum: 18.5.2017): o.S.

Alle Akteure sind darauf bedacht, ihren Einfluss weiter auszubauen. Die EU muss daher bemüht sein, durch ökonomisches Potential und politische Fähigkeiten weiterhin für Kooperationen attraktiv zu bleiben, um am Weltgeschehen aktiv teilzuhaben und es vor allem mitgestalten zu können.

„Die internationale Handelspolitik ist in diesem Sinne umkämpft und Ausdruck der sich wandelnden nationalen und internationalen Machtverhältnisse.“¹⁰ Ökonomischer Einfluss geht nämlich oftmals einher mit politischer Kooperation, daher kann man auch von einer wirtschaftsfreundlichen Außenpolitik sprechen, was insbesondere auch auf die EU zutrifft. Angesichts dieser Gegebenheiten liegt es nun an der Union, ihre wirtschaftliche Stärke auch in politische Stärke umzuwandeln, um sich als Weltmacht zu positionieren. Eine Geostrategie der Europäischen Außenpolitik ist dabei der Schlüssel zur Mitgestaltung internationaler Politik. An diesen Aspekt setzen die Forschungsfrage und die Hypothese dieser wissenschaftlichen Arbeit an. Für die Analyse bedarf es nicht nur Kenntnisse über die politischen Systeme und der außenpolitischen Ausrichtung der zu untersuchenden Volkswirtschaften, sondern auch über das Terrain auf dem die Akteure interagieren, nämlich der globalen Arena politischer und ökonomischer Angelegenheiten.

2.1 Globalisierung und Welthandel

Der Globalisierungsprozess und der weltumfassende Handel sind Entwicklungen, die miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig konsolidieren.

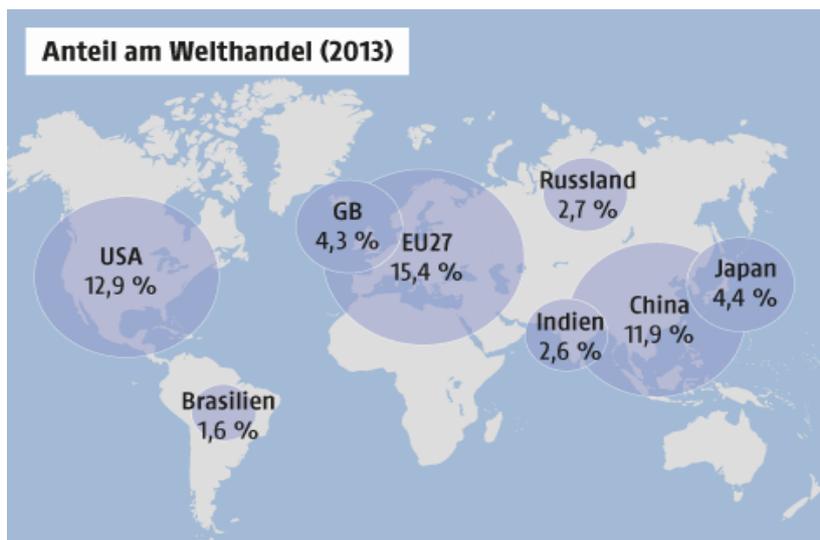
Globalisierung ist ein allgegenwärtiger Prozess, der bis ins Jahr 1500 zurückreicht, als die Welt durch Entdecker zunehmend besiedelt wurde und die Menschheit seither begleitet. Es gibt keine festgelegte Definition für den Begriff der Globalisierung und Internationalisierung. Ausgezeichnet wird diese Entwicklung jedoch insbesondere durch eine globale Verkettung und Verschmelzung der Dimensionen Kultur, Politik, Ökonomie, Technik und Ökologie. Kulturen vermischen sich durch zunehmende Migration, Kooperationen gewinnen in der internationalen Politik stetig an Bedeutung, der globale Kapitalismus steigert Transaktionen, Handel sowie Wachstum, technischer

¹⁰ Bieling, Hans-Jürgen (2014): Politische Ökonomie des Welthandels – Transformationsprozesse und Machtbeziehungen. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. (64.Jahrgang 1-3/2014): 40-46

Fortschritt erleichtert Kommunikation sowie die weltweite Beförderung von Menschen und Gütern. Globalisierung ist somit ein multidimensionaler Verlauf. Ob diese Prozesse jedoch positive oder negative Auswirkungen implizieren (z.B. auf die Umwelt) sei dahingestellt, da es vom jeweiligen Blickwinkel und Standpunkt abhängig ist. Heutzutage befinden wir uns, gemessen seit dem Jahre 1500, in der sog. dritten Globalisierungsphase, die seit Mitte des 20. Jahrhunderts anhält und von der Etablierung einer ‚Weltgesellschaft‘¹¹ gekennzeichnet ist.¹²

Der Welthandel ist bereits seit Jahrhunderten Teil der Außenwirtschaft einstiger Imperien und eines jeden Staates. Er unterliegt ebenfalls ständigen Veränderungen und Entwicklungen, die sich auf den Aspekt der Globalisierung zurückführen lassen, insbesondere auf den Aspekt der sinkenden Kosten für weltweite Kommunikation sowie Transportwege.¹³

Abb. 3: Anteile am Welthandel 2013 in %.



Quelle: APA/ORF.at (2016): Die Lizenz der Briten zur EU-Erschütterung.
URL: <http://orf.at/stories/2319650/2319649/> (Abrufdatum: 22.10.2017): o.S.

Mittlerweile hält die Europäische Union mit den USA und China die größten Anteile am Welthandel und ist wirtschaftlich stark mit ihnen verstrickt und maßgeblich für die

¹¹ ‚Weltgesellschaft‘ im Sinne von Niklas Luhmann (1971): Die Weltgesellschaft. Aus: Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen, Westdeutscher Verlag.

¹² Vgl. List, Martin (2006): Internationale Politik studieren. Eine Einführung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 187 - 191

¹³ Vgl. Krugman, P.; Obstfeld, M.; Melitz, M. (2012): Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft. München, Pearson Verlag (9. Auflage): 45

Entwicklungen am Weltfinanzmarkt verantwortlich. Mit dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU dürfte sich der Anteil der Union jedoch um einige Prozentpunkte verringern, da mit England ein wirtschaftlich starker Partner wegfällt. Dies gilt vor allem für den Finanzsektor, der in GB besonders stark ist. ¹⁴

Die Weltwirtschaftskrise von 2008 ist ein Exempel für die bestehenden globalen Verflechtungen. Mit dem Ausbruch der amerikanischen Banken- und Immobilienkrise im Jahre 2008 übertrugen sich, durch die mittlerweile starke Verknüpfung der Finanzmärkte und das weltweite Agieren großer Finanzkonzerne, die Probleme auf alle anderen Märkte und führten zu einer globalen Rezession und Wirtschaftskrise. Mittlerweile ist die Krise größtenteils überwunden und das Wachstum zieht wieder an, aber einige Länder (z.B. Spanien und Griechenland) kämpfen noch heute mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Diese vereinfachte Schlussfolgerung macht deutlich, dass eine globalisierte Welt nicht nur ökonomische Fortschritte erreicht, sondern, im Krisenfall, auch das wirtschaftliche Wachstum weltweit zum Erliegen bringen kann. Globalisierung und Welthandel können folglich sowohl zu vorteilhaften als auch ungünstigen Entwicklungen für Staaten und Staatengemeinschaften führen und enormen Einfluss auf die internationale Politik üben.

2.1.1 Zahlen und Fakten

Es gibt eine Vielzahl an Daten, die Aufschluss über die Wirtschaftsentwicklung eines Landes geben. Anhand dieser Kenngrößen können Staaten einander gegenübergestellt und verglichen werden. Die Volkswirtschaft im Gesamten ist allerdings ein komplexer Pool an Maßen und Werten, die miteinander zusammenhängen und oftmals fachliches Hintergrundwissen benötigen, um die Daten korrekt interpretieren zu können. Außerdem ist die Aussagekraft von solchen Daten nicht immer eindeutig, sondern stets zu hinterfragen. Das Bruttoinlandsprodukt ist ein klassisches Beispiel einer solchen Anfechtung und dient auch dieser Forschungsarbeit als Vergleichsinstrument. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) „gilt als Maß [...] volkswirtschaftliche[r] Aktivität. [...] [Es] erfasst das Produktionsvolumen innerhalb der

¹⁴ Vgl. APA/ORF.at (2016): Die Lizenz der Briten zur EU-Erschütterung. URL: <http://orf.at/stories/2319650/2319649/> (Abrufdatum: 22.10.2017): o.S.

Grenzen eines Landes.“¹⁵ „Mit anderen Worten [...] [es misst] den Gesamtwert aller in einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen [...].“¹⁶

Das BIP lässt jedoch viele weitere Aspekte außen vor, die ebenfalls Einfluss auf den Wohlstand eines Landes haben, weshalb es kritisiert wird. Zu diesen Defiziten gehören beispielsweise die mangelnde Berücksichtigung natürlicher Ressourcen (z.B. Wälder, Meere, Flüsse) und die Nichtbeachtung der durch Umweltkatastrophen verursachten Schäden in der Natur (z.B. Erdbeben oder Überflutungen). Ebenso wenig werden materielle Verteilung, Chancengleichheit und ehrenamtliche Tätigkeiten miteinbezogen, die jedoch ebenfalls die Lebensqualität beeinflussen.¹⁷

Das Bruttoinlandsprodukt erfasst somit zwar eine Fülle an ökonomischen Komponenten, die Wohlstandssteigerungen hervorrufen können, missachtet allerdings Faktoren, die nicht zwangsläufig wirtschaftlichen Einfluss haben, allen voran Faktoren der Ökologie und Gerechtigkeit. Außerdem wird bei der klassischen Berechnung des BIP die Kaufkraftparität außer Acht gelassen. Würde man diese jedoch berücksichtigen, wären die USA und China volkswirtschaftlich gesehen schon heute auf einem Niveau. Aus diesem Grunde sind neben dem BIP noch andere Aspekte einzubeziehen, wenn man die Volkswirtschaft sowie den Wohlstand eines Staates betrachtet.

Nachfolgend werden einige Fakten und empirische Wirtschaftsdaten der drei Global Player - EU, USA und China - aufgelistet und bewertet.

2.1.1.1 EU – der wirtschaftsstärkste Staatenbund

Die *Europäische Union* ist eine supranationale Gemeinschaft bestehend aus zurzeit 28 souveränen Mitgliedstaaten, ohne eine offizielle Hauptstadt. Zusammen ergeben sie eine Fläche von über 4 Mio. km² mit einer Einwohnerzahl von über einer halben Milliarde. Damit ist die Union hinter China und Indien die bevölkerungsreichste Volkswirtschaft. Das flächenmäßig größte Land dieses Staatenbundes ist Frankreich. Das kleinste hingegen ist Malta, welches auch die kleinste Einwohnerzahl aufweist;

¹⁵ Krugman, P.; Obstfeld, M.; Melitz, M. (2012): Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft. München, Pearson Verlag (9. Auflage): 411

¹⁶ Ebd.: 39

¹⁷ Vgl. Diefenbacher, H.; Zieschank, R. (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München, Oekom Verlag: 22-25

die meisten Einwohner und Einwohnerinnen hingegen hat Deutschland. Aufgrund der Vielzahl an Mitgliedsländern, gibt es 24 offizielle Amtssprachen. Von den derzeit 28 Mitgliedern haben 19 den Euro (€) als Währung, die neun übrigen Nationen hingegen haben noch ihre nationalen Währungen; das Gebiet in dem der Euro als offizielles Zahlungsmittel gültig ist, nennt sich Euroraum. Die Lebenserwartung in der EU liegt bei ungefähr 80 Jahren. Die meisten Erwerbstätigen im EU-Raum arbeiten im Dienstleistungssektor.¹⁸

Die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union lag 2016 bei 8,5%¹⁹.

Der Großteil des europäischen Imports kommt überwiegend aus der Volksrepublik China, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten. Die Exporte hingegen gehen mehrheitlich nach China, die USA und in die Schweiz.²⁰

Das politische System der Europäischen Union ist einzigartig und basiert auf dem völkerrechtlichen Vertrag von Lissabon, der nach diversen vorherigen Verträgen im Dezember 2009 in Kraft trat. „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“²¹

Die EU ist eine supranationale Staatengemeinschaft, bestehend aus einem institutionellen Gefüge. Das sog. institutionelle Dreieck, die wesentlichen Organe der Staatengemeinschaft, bilden die Europäische Kommission, der Rat der EU und das Europäische Parlament. Weitere offizielle Institutionen, die das politische System der EU ausfüllen, sind der Europäische Rat, der Europäische Gerichtshof, die Europäische Zentralbank und der Europäische Rechnungshof.²²

Als globale Akteurin ist die EU auch in anderen multilateralen Organisationen vertreten und wünscht sich ausdrücklich die Einbindung in Entscheidungsprozesse: unter

¹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2013): Länderprofil Europäische Union. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/Laenderprofile/EuropaeischeUnion2013.pdf;jsessionid=3ABF6E966F931A6294DD51C941FAE00B.cae3?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 29.8.2015): 1-5

¹⁹ Vgl. Statista (2016): Europäische Union & Euro-Zone: Arbeitslosenquote von 2006 bis 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156283/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-der-eu-und-der-eurozone/> (Abrufdatum: 25.4.2017): o.S.

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (2013): Länderprofil Europäische Union. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/Laenderprofile/EuropaeischeUnion2013.pdf;jsessionid=3ABF6E966F931A6294DD51C941FAE00B.cae3?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 29.8.2015): 1-5

²¹ Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel I, Artikel 2

²² Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): Die Europäische Union. Paderborn, W.Fink UTB: 108

anderem ist sie mit einer Mitgliedschaft bei der World Trade Organization (WTO) und den G7/8-, bzw. G20-Treffen vertreten; den Beobachterstatus hält die Union bei den United Nations (UN) und der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD); mit der NATO unterhält sie eine Strategische Partnerschaft und bei der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wird die Europäische Union durch ihre Mitgliedstaaten vertreten.²³

2.1.1.2 China – das bevölkerungsreichste Land der Welt

Die *Volksrepublik China*, auch das Reich der Mitte genannt, ist mit einer Bevölkerung von knapp 1,4 Milliarden das bevölkerungsreichste Land der Welt auf einer Fläche von über 9 Mio. km². Die Hauptstadt Chinas ist Peking und liegt im Nordosten des Landes. Neben Shanghai ist Hongkong ebenfalls eine bedeutende Metropole, die jedoch als eine sog. Sonderverwaltungszone geführt und daher oftmals bei Statistiken außen vor gelassen wird. Die allgemeine Lebenserwartung liegt bei durchschnittlich 75 Jahren. Die arbeitende Bevölkerung ist hauptsächlich im Agrarsektor sowie im produzierenden Gewerbe tätig, dicht gefolgt vom Dienstleistungssektor. Aus diesem Grund wird die Volksrepublik auch als Schwellenland²⁴ bezeichnet. Die chinesische Erwerbslosenquote liegt konstant bei circa 4%.²⁵

China ist ein Exportland und hat einen beträchtlichen Handelsbilanzüberschuss. Die Ausfuhren gehen überwiegend in die USA, die EU, den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), Japan sowie Südkorea.²⁶ Die Importwaren hingegen kommen zum größten Teil aus der EU, den ASEAN-Ländern, Südkorea, Japan, Taiwan und den USA.²⁷

²³ Vgl. EUR-lex. (11.5.2011): Die EU als globaler Akteur und ihre Rolle in multilateralen Organisationen Aus: Amtsblatt der Europäischen Union. URL: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52011IP0229> (Abrufdatum: 22.6.2016): o.S.

²⁴ Als Schwellenland bezeichnet man Länder, dessen Entwicklungsstandard sich zwischen dem eines Entwicklungslands und einer Industrienation befinden.

²⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2014): Länderprofil China. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/Laenderprofile/China2014.pdf?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 29.8.2015): 1-5

²⁶ Vgl. Trading Economics (2017): China Exports. URL: <http://www.tradingeconomics.com/china/exports> (Abrufdatum: 25.4.2017): o.S.

²⁷ Vgl. Trading Economics (2017): China Imports. URL: <http://www.tradingeconomics.com/china/imports> (Abrufdatum: 24.04.2017): o.S.

Chinas politisches System ist ein autoritäres, sozialistisches Einparteiensystem, welches von der Kommunistischen Partei des Landes geführt wird. Der Staatspräsident ist zugleich auch der Generalsekretär der Führungspartei und mit außerordentlichen Befugnissen und enormer Machtfülle ausgestattet. Oberstes Organ der Regierung stellt der Nationale Volkskongress dar, der die Verfassung bestimmt und für Gesetze des Landes zuständig ist, die wiederum vom Präsidenten unterzeichnet werden müssen. Die VR China ist bekannt für ihre vom Kapitalismus geprägten Reformen in der Wirtschaft, die jedoch ohne demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung, von der Regierung verordnet werden.²⁸

Infolge wachsender Einflussnahme in der Weltwirtschaft durch sehr starkes Wirtschaftswachstum und einer enorm großen Population, ist auch China in folgenden multilateralen Organisationen mit einer Mitgliedschaft vertreten: Vereinte Nationen, Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation und Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft (APEC).²⁹

2.1.1.3 USA – die letzte Supermacht

Die *Vereinigten Staaten von Amerika* sind eine Nation mit über 300 Mio. Einwohnerinnen auf einer Fläche von knapp 10 Mio. km² und gelten als die führende globale Wirtschaftsmacht und typisches Einwanderungsland. Die Lebenserwartung liegt dort bei circa 78 Jahren. Die meisten Menschen sind im Dienstleistungssektor tätig; die Landwirtschaft macht hingegen nur einen sehr geringen Teil aus. Die Erwerbslosenquote lag 2013 noch bei 7,4% und ist seit dem Ende der Finanzkrise von 2008 aber stetig rückläufig.³⁰

2016 lag die Arbeitslosenquote³¹ der USA nur mehr bei 4,9%³².

²⁸ Vgl. Heilmann, Sebastian (1.10.2005): Das politische System Chinas. URL: <http://www.bpb.de/internationales/asien/china/44270/das-politische-system-chinas?p=all> (Abrufdatum: 23.6.2016): o.S.

²⁹ Vgl. inhk Magazin. (2015): Chinas Rolle innerhalb internationaler Organisationen. URL: http://www.inhkmagazin.com/Archiv/2015/Juni%202015/Herausforderung%20China/chinas_rolle.htm (Abrufdatum: 23.6.2016): o.S.

³⁰ Vgl. Aussenwirtschaft Austria (2014): Länderprofil USA. URL: http://wko.at/awo/publikation/laenderprofil/lp_US.pdf (Abrufdatum: 29.8.2015): 1f

³¹ Die offizielle Arbeitslosenquote der USA liegt für gewöhnlich deutlich unter den europäischen Raten, was auf die unterschiedlichen Kriterien zur Berechnung zurückzuführen ist.

³² Vgl. Statista (2016): USA: Arbeitslosenquote von 2006 bis 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17332/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-usa/> (Abrufdatum: 25.4.2017): o.S.

Die Vereinigten Staaten sind mittlerweile ein klassisches Importland, was sich an ihrem Handelsbilanzdefizit ablesen lässt. Dieses Defizit trägt zur außerordentlich hohen Staatsverschuldung der USA bei, die durch die Finanzkrise nochmals gesteigert wurde. Die wichtigsten Importländer der USA sind China und die EU, gefolgt von Kanada sowie Mexiko. Die wichtigsten Exportländer sind zunächst Kanada, und die EU sowie Mexiko und schließlich China.³³

Das politische System der Vereinigten Staaten ist eine Präsidialdemokratie. Die Besonderheit liegt darin, dass der Präsident direkt vom Volk gewählt wird. Um Gesetze zu erlassen, bedarf es allerdings der Zustimmung durch die zwei Kammern des Kongresses: Senat und Repräsentantenhaus. Dieses System der ‚checks and balances‘ soll eine konsequente Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative sicherstellen, um Machtanhäufung zu vermeiden und stattdessen eine föderale Regierungsstruktur zu stärken.³⁴

Die USA sind der mächtigste Staat der Welt, was auf die Wirtschaftsleistungen, ihre überragende militärische Stärke und ihren politischen Einfluss zurückzuführen ist. Sie sind nicht nur Mitglied in zahlreichen internationalen Organisationen, sondern auch Gründungsmitglied des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der NATO, der OECD sowie der WTO.

2.1.2 Empirischer Vergleich und Interpretation

Das Ziel der drei Weltakteure ist ökonomisches Wachstum einhergehend mit politischer Einflussnahme auf weltpolitische Angelegenheiten. Dies führt unweigerlich zu Konkurrenzverhalten auf dem internationalen Markt. Man nimmt an, dass mit dem wirtschaftlichen Erfolg nicht nur der Wohlstand eines Landes und seiner Gesellschaft erhöht wird, sondern auch der politische Einfluss bei Verhandlungen steigt, der für die Teilnahme am Prozess internationaler Politik enorm wichtig ist. „Im Allgemeinen versteht man unter [wirtschaftlichen Wachstum eine anhaltende Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials.] Das Produktionspotenzial wird begrenzt durch den vorhandenen Bestand der

³³ Vgl. BDI (2015): Die USA in der Weltwirtschaft. URL: <http://bdi.eu/artikel/news/die-usa-in-der-weltwirtschaft/> (Abrufdatum: 25.4.2017): o.S.

³⁴ Vgl. Lösche, Peter (2.10.2008): Merkmale der Präsidialdemokratie. URL: <http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10640/praesidentialdemokratie?p=0> (Abrufdatum: 23.6.2016): 1f

Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, technisches Wissen und Boden und wird bildhaft in Form der Transformationskurve [...] erfasst. [...] Da die tatsächliche Produktion, abgesehen von konjunkturellen Krisen, langfristig den Produktionsmöglichkeiten entspricht, kann man auch die [Zunahme des Inlandsproduktes] als Maßgröße für das Wachstum ansehen.“³⁵ Die Gründe für das Bestreben nach ökonomischem Wachstum liegen in der Annahme, dass der Lebensstandard steigt, Arbeitsplätze gesichert werden und das Einkommen sowie das Vermögen besser umverteilt werden können.³⁶

Es gibt viele verschiedene Indikatoren zur Messung volkswirtschaftlicher Leistung und Stärke. Beim Vergleich der Volkswirtschaften verschiedener Länder bzw. Staatengemeinschaften können die Indikatoren einzeln betrachtet zu unterschiedlichen Ergebnissen der Leistungsfähigkeit führen.

Zum Vergleich der wirtschaftlichen Situation der Weltmächte – EU, USA, China - werden an dieser Stelle das Bruttoinlandsprodukt, die Wachstumsrate und das Handelsbilanzsaldo angeführt. Das BIP dient hierbei als Produktionsmaß, welches die allgemeine Leistungsfähigkeit eines Landes misst und daher oft als Vergleichsgröße verwendet wird. Die Wachstumsraten hingegen veranschaulichen die Entwicklung dieser Leistungsfähigkeit, nämlich ob das Produktionsmaß gegenüber dem vorhergegangenen Zeitraum gesteigert werden konnte oder ob es gesunken ist. Die Handelsbilanz wiederum gibt, anhand des Verhältnisses von importierten und exportierten Waren eines Staates, Auskunft über den internationalen Handel. Hierbei unterscheidet man zwischen einer positiven Handelsbilanz (Handelsbilanzüberschuss – mehr Ex- als Importe) und einer negativen Handelsbilanz (Handelsbilanzdefizit – mehr Im- als Exporte). Anhand dieser Angaben kann man ablesen, welche wirtschaftliche Strategie verfolgt wird, die wiederum auch Einfluss auf politische Entwicklungen nehmen kann.

Da die verschiedenen Kriterien zur Messung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu ambivalenten Ergebnissen führen können, ist bei der Interpretation dieser Daten daher immer auch Hintergrundwissen erforderlich

Am Beispiel der drei Weltwährungen wird etwa deutlich, dass die Größe der Volkswirtschaft nicht zwangsläufig auch den Wert der Währung steigert. Mit dem amerikanischen Dollar wird mit rund 40% am häufigsten gehandelt; mit dem Euro

³⁵ Baßeler, U.; Heinrich, J.; Utecht, B. (2010): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. Stuttgart, Schäffer-Poeschel Verlag (19.Auflage): 841f

³⁶ Ebd.: 843

hingegen wird weltweit zu etwa 17% gehandelt und gilt damit als zweitwichtigste Währung; der chinesische Renminbi hingegen weist eine Rate von nur 1,5% auf, obwohl es die zweitgrößte Volkswirtschaft ist.³⁷

Das Beispiel vom weltweiten Warenverkehr und der damit einhergehenden Steigerung des Handels verdeutlicht, dass gesteigerte Wirtschaftskraft und Entwicklung nicht zwangsläufig korrelieren. „[Das relativ hohe BIP sowie Handelsvolumen Chinas verleiten nämlich einerseits zu dem Gedanken, dass der globale] Handel [...] den Transfer von Technologie erleichtern [und] eine Ausweitung von Handelsbeziehungen [...] zu mehr Arbeitsteilung und umfangreicheren Investitionen führen und damit Entwicklung fördern [kann].“³⁸ Andererseits wird bei China aber deutlich, dass hohe Wachstumsraten nicht zwangsläufig besagen, dass auch der Wohlstand eines Landes und dessen Gesellschaft steigt, denn dies hängt von der Verteilung ab; ein Großteil der chinesischen Bevölkerung lebt nämlich immer noch in rückständigen Verhältnissen, obwohl die Metropolen hochmodern sind. Die Daten geben folglich zwar Aufschluss über die Wirtschaft eines Landes, sowie den Wohlstand und den Reichtum, es sagt aber nichts über die Verteilung dessen aus. Eine Wirtschaftsmacht kann demzufolge trotz ökonomischer Höchstleistung in manchen Bereichen unterentwickelt sein. Diesen Zustand eines Landes bezeichnet man als Schwellenland. Neben China zählen unter anderem auch Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika zu dieser Kategorie, die sich auf der Schwelle zwischen einem sog. Entwicklungsland und einer Industrienation befinden.

Nachfolgend werden international vergleichbare Kenngrößen angewendet und in Liniendiagrammen grob und vereinfacht dargestellt, um die Europäische Union, die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten bildlich gegenüberzustellen. Hierfür werden das Bruttoinlandsprodukt, die Wachstumsrate und die Handelsbilanz angeführt. Es wird ein vager Überblick über den ökonomischen Entwicklungsstand der Akteure für die Periode von 2006 bis 2015 und deren zukünftige Prognosen gegeben und die wirtschaftlichen Divergenzen zwischen den Akteuren veranschaulicht.

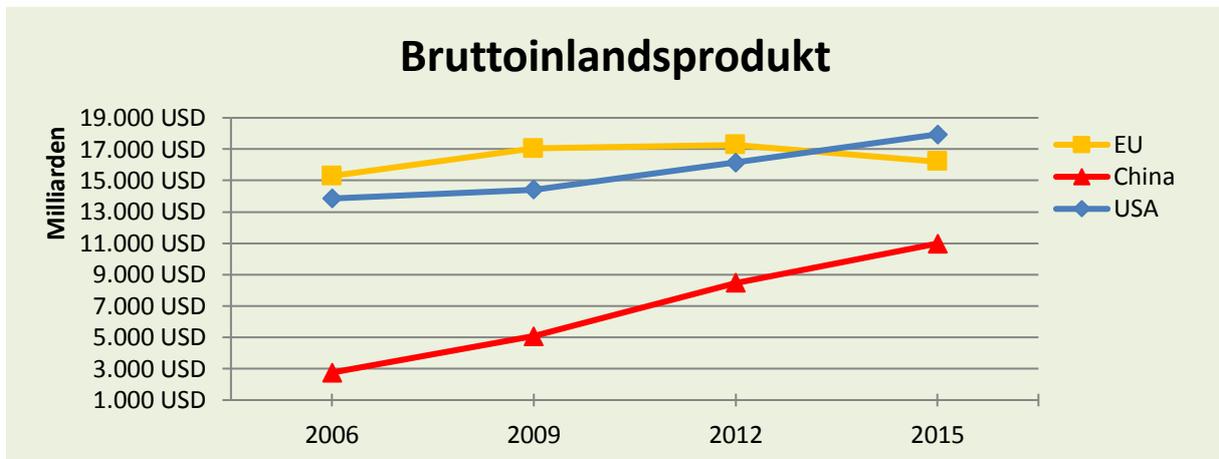
³⁷ Vgl. Jilch, Nikolaus (11.10.2013): Der Yuan kommt nach Frankfurt. Aus: Die Presse (Nr.19.948): 17

³⁸ Wolf, Nikolaus (2014): Kurze Geschichte der Weltwirtschaft. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. (64.Jahrgang 1-3/2014): 9-15

2.1.2.1 Bruttoinlandsprodukt

Als größte Volkswirtschaft der Welt gelten bereits seit 1872 die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Wirtschaftskraft wird anhand des Bruttoinlandsprodukts gemessen, also anhand des Gesamtwertes aller in einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen.³⁹

Abb. 4: Das Bruttoinlandsprodukt der EU⁴⁰, von China⁴¹ und den USA⁴² von 2006 bis 2015 in jeweiligen Preisen.



Quelle: Eigene Darstellung

Obgleich China zu einer globalen Wirtschaftsmacht herangewachsen ist und sehr viele Güter produziert, fällt das Bruttoinlandsprodukt in absoluten Zahlen immer noch recht gering aus, während die Europäische Union und die Vereinigten Staaten ein ähnlich hohes BIP aufweisen. Dieser Unterschied liegt wahrscheinlich unter anderem daran, dass die Volksrepublik ein Schwellenland ist und der Entwicklungsstand (z.B. Einkommen und Konsumverhalten) divergiert, was Einfluss auf statistische Angaben

³⁹ Vgl. Erber, Georg (3.5.2014): China überholt USA als Nummer eins der Weltwirtschaft. URL: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/03/china-ueberholt-usa-als-nummer-eins-der-weltwirtschaft/> (Abrufdatum: 19.8.2016): o.S.

⁴⁰ Vgl. International Monetary Fund (2016): Bruttoinlandsprodukt in der EU. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/01/weodata/weorept.aspx?sy=2006&ey=2015&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&c=998&s=NGDPD&grp=1&a=1&pr.x=48&pr.y=9> (Abrufdatum: 5.7.2016): o.S.

⁴¹ Vgl. Statista (2014): Bruttoinlandsprodukt Chinas. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19365/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-china/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

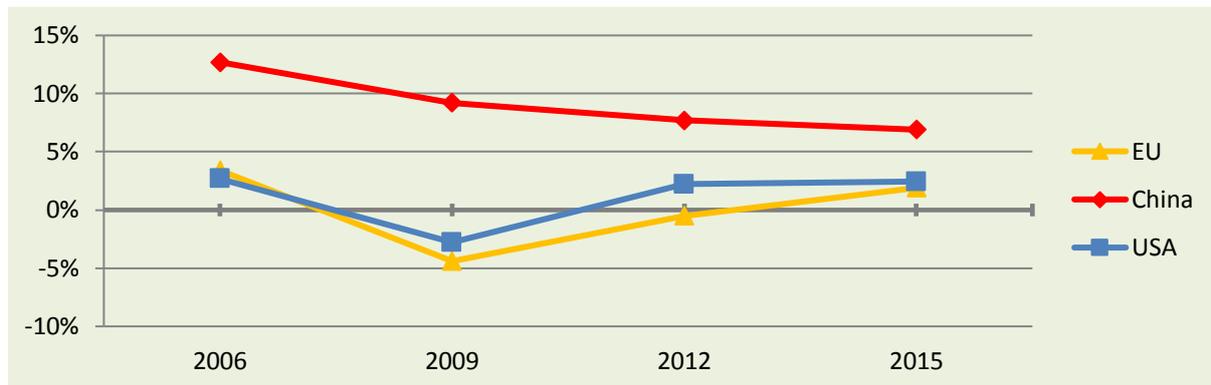
⁴² Vgl. Statista (2014): Bruttoinlandsprodukt der USA. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

nimmt. Zudem drücken die Massenproduktion und die Niedriglöhne in China zusätzlich den Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen.

Wenn man sich allerdings die Wachstumsraten ansieht, so sind Chinas Raten im Vergleich mit den anderen beiden Akteuren deutlich größer. Es ist zu erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt der drei Akteure weiterhin leicht zunehmen wird.

2.1.2.2 Wachstumsraten

Abb. 5: Die Wachstumsraten der EU⁴³, Chinas⁴⁴ und der USA⁴⁵ von 2006 bis 2015.



Quelle: Eigene Darstellung

Obwohl Chinas Wachstumsraten sinken und die Wirtschaft nur langsam wächst und die Raten der USA und der EU seit der Wirtschaftskrise 2008 wieder steigen, bleibt China von diesen drei Akteuren das Land mit den, mit Abstand, größten Wachstumsraten. Auch in näherer Zukunft wird Chinas Wirtschaft immer langsamer wachsen, allerdings immer noch in deutlich höheren Raten, als die der USA und der EU.

Chinas extremer Wirtschaftsboom ist zwar vorüber, aber dennoch konnte die Wirtschaft auch während der Weltfinanzkrise ab 2008 weiterwachsen, da „[...] [sich der] wirtschaftliche Einbruch [zunächst] vornehmlich auf den transatlantischen Raum [konzentrierte], indessen viele Schwellen- und Entwicklungsländer [vorerst] einigermaßen glimpflich durch die Krise

⁴³ Vgl. Statista (2014): Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in EU und Euro-Zone. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156282/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-der-eu-und-der-eurozone/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

⁴⁴ Vgl. Statista (2014): Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in China. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14560/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-china/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

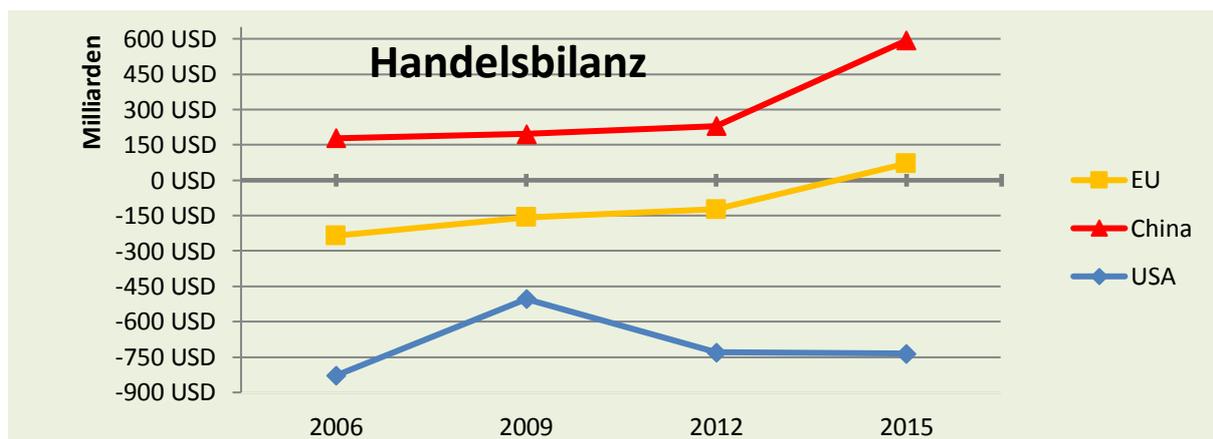
⁴⁵ Vgl. Statista (2014): Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den USA. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

kamen. Dies gilt insbesondere für China und Indien, die durch umfassende Konjunkturprogramme und Formen der Staatsintervention einen starken Einbruch der ökonomischen Wachstumsraten abwenden konnten.“⁴⁶

2.1.2.3 Handelsbilanzsaldo

Zudem ist die VR China mittlerweile auch weltgrößte Außenhandelsnation, was bedeutet, dass die Volksrepublik einen außerordentlich hohen Im- und Export vorzuweisen hat⁴⁷. Zur Berechnung dieser Ein- und Ausfuhr einer Volkswirtschaft wird die Handelsbilanz herangezogen, wodurch die Differenz von Im- und Export kalkuliert wird. Man spricht von einem Handelsbilanzüberschuss, wenn die Exporte höher sind als die Importe und umgekehrt von einem Handelsbilanzdefizit; ein Gleichgewicht dieser Bilanz ist allerdings höchst selten⁴⁸.

Abb. 6: Die Handelsbilanz der EU⁴⁹, Chinas⁵⁰ und der USA⁵¹ von 2006 bis 2015.



Quelle: Eigene Darstellung (Wechselkursstand Juli, 2016)

⁴⁶ Bieling, Hans-Jürgen (2014): Politische Ökonomie des Welthandels – Transformationsprozesse und Machtbeziehungen. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (64. Jahrgang 1-3/2014): 45

⁴⁷ Vgl. nck / AFP / Reuters (10.1.2014): Rekordhandelsbilanz 2013: China übertrumpft USA. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rekordhandelsbilanz-2013-china-wird-groesste-handelsnation-der-welt-a-942782.html> (Abrufdatum: 19.8.2015): o.S.

⁴⁸ Vgl. Krugman, P.; Obstfeld, M.; Melitz, M. (2012): 407

⁴⁹ Vgl. Statista (2014): Handelsbilanz der EU. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15640/umfrage/handelsbilanz-der-eu/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

⁵⁰ Vgl. Statista (2014): Handelsbilanzsaldo Chinas. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15638/umfrage/handelsbilanz-von-china/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

⁵¹ Vgl. Statista (2014): Handelsbilanz der USA. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15635/umfrage/handelsbilanz-der-usa/> (Abrufdatum: 19.6.2016): o.S.

Die Handelsbilanz der drei Weltakteure fällt im Gegensatz zu den vorangegangenen Indikatoren sehr unterschiedlich aus.

China hat stets eine positive Handelsbilanz vorzuweisen, weil es ein typisches Exportland ist und daher weniger importiert. Es ist in den letzten Jahrzehnten so stark gewachsen, dass es Deutschland sogar als Exportweltmeister vorübergehend abgelöst hat.

Die Vereinigten Staaten hingegen sind ein Land mit einer andauernden negativen Handelsbilanz, weshalb sie eine hohe Staatsverschuldung vorzuweisen haben, da das Land mehr importiert als exportiert. Dies hat allerdings nicht zwangsläufig negativen Einfluss auf die amerikanische Wirtschaft.⁵²

Die Europäische Union wiederum bewegt sich zwischen den beiden Weltmächten. Mittlerweile hat die EU wieder einen Handelsbilanzüberschuss, der im Jahre 2013 das Handelsbilanzdefizit aufgehoben hat. Auch langfristig bleibt das Handelsbilanzsaldo der Union positiv, wenn auch wieder leicht sinkend⁵³. Die USA hingegen bleiben im negativen Bereich, wobei das Defizit leicht rückläufig ist⁵⁴. Die VR China wird auch in Zukunft den höchsten Saldo vorzuweisen haben, obwohl es leicht rückgängig ist⁵⁵.

Gemessen an den gesamten Ein- und Ausfuhren, ist die Europäische Union durch den Zusammenschluss ihrer Mitgliedsstaaten der größte Wirtschaftsraum und liefert dadurch gemeinsam mit China und den USA die größten Anteile am Welthandel.⁵⁶

Insbesondere diese Statistik verbildlicht die Stellung der Europäischen Union in der Weltwirtschaft und Weltpolitik recht gut. Die EU wird nämlich zweifellos als Wirtschaftsmacht anerkannt und als globaler Wirtschaftspartner angenommen, sodass sie in der Weltwirtschaft fest verankert und integriert ist.⁵⁷ Die politische Stärke

⁵² Vgl. Dettweiler, Marco (21.2.2002): Amerikas Mut zur Lücke. URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/handelsbilanzdefizit-amerikas-mut-zur-luecke-147490.html> (Abrufdatum: 21.6.2016): o.S.

⁵³ Vgl. trading economics (o.J.): Im EURO-Währungsgebiet – Vorhersage – Wirtschafts-Indikatoren. URL: <http://de.tradingeconomics.com/euro-area/forecast> (Abrufdatum: 21.6.2016): o.S.

⁵⁴ Vgl. trading economics (o.J.): Vereinigte Staaten von Amerika – Vorhersage – Wirtschafts-Indikatoren. URL: <http://de.tradingeconomics.com/united-states/forecast> (Abrufdatum: 21.6.2016): o.S.

⁵⁵ Vgl. trading economics (o.J.): China – Vorhersage – Wirtschafts-Indikatoren. URL: <http://de.tradingeconomics.com/china/forecast> (Abrufdatum: 21.6.2016): o.S.

⁵⁶ Vgl. Eurostat (2014): EU-Anteil am Welthandel. URL: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ext_lt_introle&lang=de (Abrufdatum: 29.8.2015): o.S.

⁵⁷ Vgl. Lang, Kai-Olaf (2013): Die Anderen und die EU: Eine vergleichende und subsumierende Betrachtung. Aus: Lang, Kai-Olaf; Wacker, Gudrun (Hrsg.): Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten. Komplex – kooperativ – krisenhaft. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (Dezember 2013): 105-107

hingegen ist noch ausbaufähig. Die Union bewegt sich in einer Welt, die zwischen den Ländern im Pazifik und den Ländern im Atlantik unterscheidet. Die Volksrepublik China als Wirtschaftsmacht im pazifischen Raum und die Vereinigten Staaten von Amerika als etablierte Weltmacht im atlantischen Raum. Die Europäische Union pflegt zu beiden Seiten Partnerschaften. Die Zusammenarbeit mit den USA gestaltet sich unkomplizierter, weil die beiden Akteure schon seit geraumer Zeit Verbündete sind.⁵⁸ Die Beziehung zu China wiederum ist ambivalent, da die Interessen oftmals weit auseinandergehen.⁵⁹ Die EU hat bei beiden Partnern vordergründig im ökonomischen Gebiet Einfluss, wodurch sich auch der politische Einfluss der EU erweitert, da wirtschaftliche und politische Interessen korrelieren. Um jedoch nicht nur als Wirtschaftsmacht zu gelten, sondern auch als politische Kraft zu walten, muss sich die Europäische Union in der Weltpolitik positionieren und behaupten.⁶⁰ Hierfür bedient sich die EU der Außenpolitik und ihrer Instrumente. Anhand dieser kann die Union ihre politischen Stärken hervorheben und ihre Rolle als friedliche Wertegemeinschaft global gestalten und weitertragen.

2.2 Weltpolitik

Neben den Vereinigten Staaten von Amerika, der Volksrepublik China und der Europäischen Union gibt es eine Reihe weiterer aufstrebender Ökonomien, die Einfluss auf die Weltwirtschaft und somit auch auf die Weltpolitik haben. Tatsächlich teilt die Welt jedoch ein Nord-Süd-Gefälle. Einerseits sind es die Industrienationen der nördlichen Hemisphäre und andererseits die weniger entwickelten Länder der südlichen Hemisphäre, die unterschiedlich stark an der Weltwirtschaft teilhaben und einen divergierenden Lebensstandard aufweisen, da die globalen Ressourcen ungleich verteilt sind.

Die nachfolgende Graphik verschafft einen guten Überblick über die 15 wirtschaftsstärksten Nationen. Dazu gehören neben den USA und China unter anderem noch Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Brasilien, Russland,

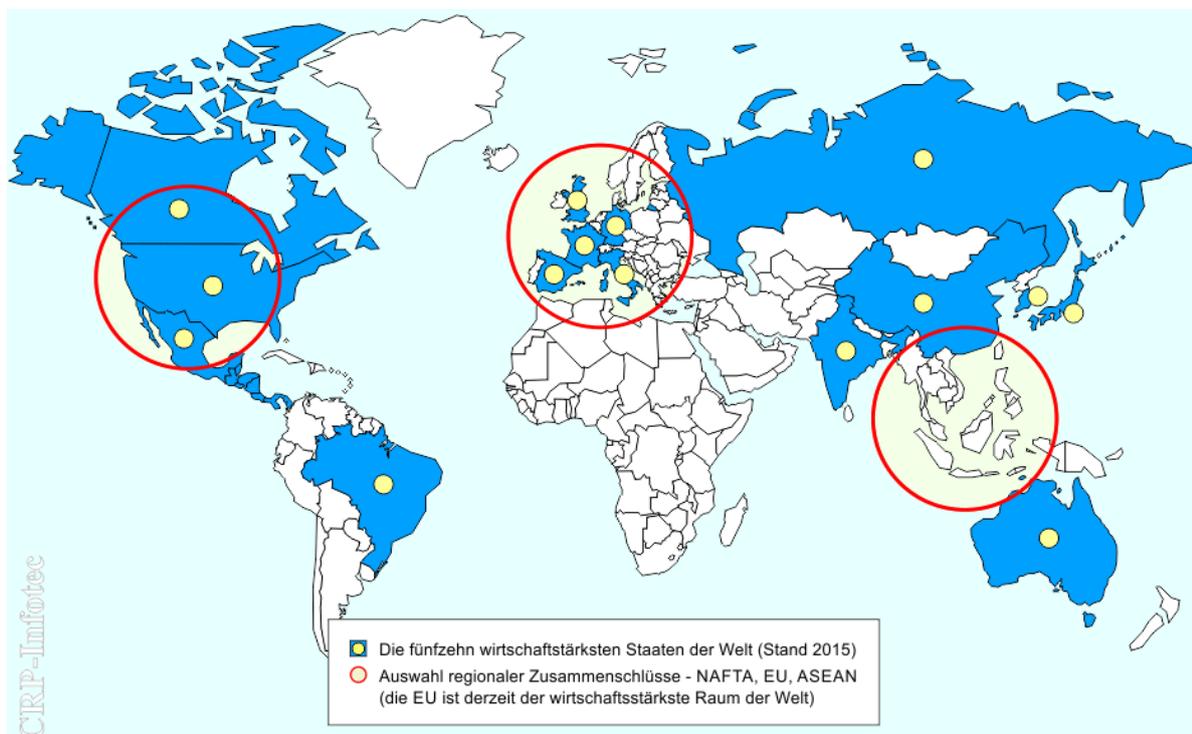
⁵⁸ Vgl. Lang, Kai-Olaf (2013): 109

⁵⁹ Vgl. ebd.: 106

⁶⁰ Vgl. Lang, Kai-Olaf (2013): 115

Indien und Italien. Zudem sind auch die Regionen mit ökonomisch erfolgreichen Allianzen kenntlich gemacht; hierzu zählen die Europäische Union, das ‚North American Free Trade Agreement‘ (NAFTA) und die ‚Association of Southeast Asian Nations‘ (ASEAN). Die Abbildung veranschaulicht zudem die Multipolarität von heute, die jedoch durch den Wettbewerb der USA und China um den Titel als größte und mächtigste Volkswirtschaft in Frage gestellt wird und eine bipolare Weltordnung thematisiert.

Abb. 7: Die Multipolarität im 21. Jahrhundert.



Quelle: CRP.Infotec; Richter-Publizistik (1.8.2016): Die Multipolarität von heute.
 URL: <https://crp-infotec.de/weltpolitik-polaritaeten/> (Abrufdatum: 8.11.2017): o.S.

Grundsätzlich lässt sich *Weltpolitik* zunächst als die Gesamtheit *internationaler Beziehungen* beschreiben. Diese Beziehungen sind im Allgemeinen zwischengesellschaftlicher Natur, die sowohl von staatlichen wie auch nichtstaatlichen Akteurinnen geprägt sein können. In Bezug auf Interaktionen in politischen Systemen hingegen, spricht man von *internationaler Politik*. Hierbei sind die Beziehungen politisch motiviert und werden meist von Staaten, Organisationen und sonstigen

Zusammenschlüssen unterhalten. Zu den nichtstaatlichen Akteuren zählen unter anderem NGOs, Unternehmen und andere Interessengruppen.⁶¹

Bei „[...] politischen Beziehungen zwischen Regierungsvertretern [...], was neben Staats- und Regierungschefs auch deren ministerielle Vertreter meint, [...] spricht man [dagegen] von intergouvernementaler Politik, also zwischen den Regierungen.“⁶²

Das Handeln dieser einzelnen Regierungen bzw. Staaten oder Organisationen in der internationalen Politik stellt die Außenpolitik dieser jeweiligen Akteure dar. „Außenpolitik bezeichnet die Gesamtheit der Handlungen, mit denen völkerrechtlich anerkannte Akteure, meist staatliche Akteure, ihre machtpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Interessen gegenüber externen Akteuren (u.a. Staaten, [...] internationale Organisationen, nichtstaatliche Akteure) in ihrem Umfeld wahrnehmen. Die Interessenswahrnehmung von außenpolitischen Akteuren umfasst sowohl Initiativen zur Einwirkung auf externe Akteure als auch Reaktionen auf deren Äußerungen und Aktionen sowie von außen kommende strukturelle Einflüsse.“⁶³

Ein wesentliches Instrument der Außenpolitik stellt die *Diplomatie* dar. Ein diplomatisches Vorgehen in der Außenpolitik bedeutet, dass die Interessen eines Staates durch seine diplomatischen Vertreterinnen im Ausland repräsentiert, kommuniziert und verhandelt werden, mit dem Ziel, der eigenen außenpolitischen Doktrin gemäß nationalstaatlicher Interessen möglichst großes Gewicht auf internationalem Parkett zu verleihen. Durch das Unterhalten solcher diplomatischen Beziehungen bezweckt man idealerweise eine Vermeidung möglicher Konflikte oder fördert, im Zuge bereits bestehender Divergenzen, eine Konfliktbewältigung zwischen den Akteuren.⁶⁴

Mit dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 wurde ein völkerrechtlicher Vertrag als Basis geschaffen, der die Spielregeln für einen diplomatischen Umgang in der internationalen Politik festlegt⁶⁵.

Die erste diplomatische Konnexion zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China wurde nicht erst mit dem Wirtschaftsaufschwung eingegangen, sondern schon im Mai 1975 beschlossen und formt sich seither stetig weiter; der

⁶¹ Vgl. Kohout, F.; Mayerhofer, B.; Vierecke, A. (2011): dtv-Atlas Politik. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung (Band 1182): 163

⁶² List, Martin (2006): 16

⁶³ Frank, Cornelia (2015): Außenpolitikforschung. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 15

⁶⁴ Vgl. Kohout, F.; Mayerhofer, B.; Vierecke, A. (2011): dtv-Atlas Politik. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung (Band 1182): 197

⁶⁵ Vgl. List, Martin (2006): 16

Schwerpunkt lag dabei auf wirtschaftlichen sowie handelspolitischen Angelegenheiten.⁶⁶

Die Beziehung zwischen den USA und der damaligen EG fand 1990, nach dem Ende der bipolaren Weltordnung im Kalten Krieg, mit der transatlantischen Erklärung der EG und USA eine erste vorläufige Basis; diese wurde schon 1995 durch die Neue Transatlantische Agenda erweitert, wobei der Fokus zunächst auf ökonomische Interessen gelegt wurde. Die Aspekte Frieden, Stabilität, Demokratie und Entwicklung gewannen in der Folge aber zunehmend an Bedeutung und wurden zu zentralen Zielen der Agenda.⁶⁷

Die USA entwickelten sich schließlich zum wichtigsten etablierten Partner der EU.⁶⁸ Diese Verbundenheit hält auch bis heute an, da sie „[...] materiell eng durch gemeinsame Interessen (Politik, Wirtschaft und Kultur) und ideell durch gemeinsame Grundwerte (etwa das Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft) verbunden [sind].“⁶⁹

Obwohl die EU kein Nationalstaat ist, sondern eine supranationale Organisation darstellt, verfügt sie über eine Europäische Außenpolitik⁷⁰, die verschiedene Dimensionen umfasst und nach sukzessiven Weiterentwicklungen der Verträge, nun seit Ende 2009, auf dem Vertrag von Lissabon gründet. Darin sind auch die Ziele einer Europäischen Außenpolitik formuliert. Diese beziehen sich auf Friedenssicherung, internationale Zusammenarbeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.⁷¹

Im Bereich der Dimensionen der ‚Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘ sowie der ‚Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik‘ werden diese Bestrebungen mittels intergouvernementaler Kooperationen durch die Mitgliedsstaaten ausgestaltet.

⁶⁶ Der offizielle Bericht über die Beziehungen zwischen der EU und China. [Belder, Bastiaan (2012): Plenarsitzungsdokument vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments] ist abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2012-0434+0+DOC+XML+V0//DE> (Abrufdatum: 16.11.2015): o.S.

⁶⁷ Vgl. Algieri, Franco (2010): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wien, Facultas: 146f

⁶⁸ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 185

⁶⁹ Matlé, Aylin; Varwick, Johannes (2015): Transatlantische Beziehungen. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 472

⁷⁰ Die Außenpolitik der EU wird in Kapitel 4 eingehend betrachtet.

⁷¹ Vgl. Europäische Union (2016): Außen- und Sicherheitspolitik. URL: http://europa.eu/pol/cfsp/index_de.htm (Abrufdatum: 22.7.16): o.S.

Die Außenwirtschaftspolitik der EU hingegen wird stets auf supranationaler Ebene durch die Organe der EU gestaltet. Diese Mehrdimensionalität⁷² auf verschiedenen Ebenen verdeutlicht eine Doppelstruktur innerhalb der Europäischen Außenpolitik.⁷³ Das diplomatische Gerüst der EU bildet, ebenfalls seit dem Lissabonner Vertrag, der neu geschaffene Europäische Auswärtige Dienst. Anhand dieser Institution, der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und ihrer Delegation, möchte man die internationalen Beziehungen pflegen und Konflikte lösen, indem konsensuale Entscheidungen getroffen werden. Auf diesem Wege versucht die Europäische Union ihre Interessen und Werte global zu vertreten und sich in der globalen Politik zu positionieren.⁷⁴

2.3 Fazit

Die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Volksrepublik China basieren auf gänzlich unterschiedlichen politischen Systemen, stehen aber dennoch in einem Beziehungsgeflecht zueinander. Dieses basiert häufig auf ökonomischen Komponenten. Vordergründig liegt der gemeinsame Nenner dieses Trios im Streben nach ökonomischem Wachstum. Je größer die wirtschaftliche Stärke, desto höher ist nämlich die Einflussnahme. Durch die wirtschaftliche Verflechtung werden aber durchaus auch politische Angelegenheiten zwischen den Parteien thematisiert. Die Ausweitung des eigenen Einflusses der Akteure in der internationalen Politik ist ein wesentliches Ziel, um die eigenen Interessen besser durchsetzen zu können.

Die EU ist in diesem Geflecht zwischen den USA und China eine Besonderheit, weil sie eine supranationale Organisation ist und die gemischten Interessen von derzeit 28 Staaten vertritt. Durch diesen Zusammenschluss von verschiedenen Nationen ist die Union zu einer wirtschaftlich starken Gemeinschaft gewachsen, die auch international Anerkennung findet. Zur Wahrung dieser ökonomischen Stärke ist die Politik der EU wirtschaftsfreundlich und wachstumsorientiert, aber sie versteht sich auch als

⁷² Siehe: Graphik ‚Mehrdimensionales Mosaik der EU-Außenpolitik‘ (Abb.9 / Kap.4).

⁷³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): Die Außenpolitik der EU. Berlin, De Gruyter Oldenbourg: 7ff

⁷⁴ Vgl. Europäische Union (2016): Außen- und Sicherheitspolitik. URL: http://europa.eu/pol/cfsp/index_de.htm (Abrufdatum: 22.7.16): o.S.

Friedensprojekt, weshalb sie auch stark wertorientiert ist. Diese Überzeugung der Europäischen Union spiegelt sich auch in der Beziehung zu den anderen Akteurinnen sowie ihrer Außenpolitik wieder. Zwar hat die EU keine offizielle Geostrategie, aber sie umgibt sich bewusst mit anderen Weltakteuren, um in Weltpolitik und Weltwirtschaft präsent zu sein, was im Endeffekt zu einem stärkeren Einfluss führen soll. Die gewünschte Einflussnahme richtet sich unter anderem auf globale Entscheidungsprozesse, denn die Unionsgemeinschaft ist an internationalen Entscheidungen interessiert, die friedliche Entwicklungen fördern. Die Europäische Union legt daher großen Wert auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit und Partnerschaften. Darum bildet dieser Aspekt einen beträchtlichen Teil der Europäischen Außenpolitik und formt die außenpolitische Strategie der EU.

3. Perspektiven und Theorien

Eine Theorie stellt ein „System widerspruchsfreier miteinander verknüpfter, wissenschaftlicher Aussagen über die Realität zum Zweck ihrer Erklärung und Beherrschung“⁷⁵ dar.

Wissenschaftliche Theorien werden folglich zur Deutung von umstrittenen Sachverhalten entwickelt, um sie verständlich zu machen. Da gegebene Sachverhalte von verschiedenen Theoretikern unterschiedlich interpretiert werden können, unterscheiden sich teilweise auch deren Erklärungsansätze. So unterscheiden sich auch die wissenschaftlichen Annahmen innerhalb der internationalen Politik, was eine Fülle an Deutungsansätze und Theorien für globale Zusammenhänge hervorbringt.⁷⁶

Theorien internationaler Politik und internationaler Beziehungen bilden die Grundlage zur Erklärung außen- und sicherheitspolitischer Aktivitäten der EU, der USA und Chinas. In dieser Arbeit liegt besonderes Interesse darin, die Situation der Europäischen Union in der Weltpolitik und ihre außenpolitische Strategie zu begründen. Aufgrund der Komplexität der außenpolitischen Vorgänge sowie der unterschiedlichen Handlungsmuster der Akteure, lässt sich das Verhalten dieser Akteure nicht nur anhand eines einzigen Theorieansatzes erklären, sondern es bedarf der Kombination verschiedener Ansätze. Aus europäischer Perspektive stellt der *Neoinstitutionalismus* das Fundament für die Anschauung und das Handeln der EU dar, wohingegen der *Neorealismus* die chinesische und amerikanische Perspektive abbildet. Beides sind klassische Theorien der Internationalen Politik, wobei der Neoinstitutionalismus als optimistisch und der Neorealismus als pessimistisch charakterisiert wird. Als ergänzender Erklärungsansatz kann die Theorie der Geopolitik herangezogen werden. Diese ermöglicht es, die trotz der verschiedenartigen Eigenheiten von Neoinstitutionalismus und Neorealismus vorhandenen, gemeinsamen Charakteristika in den geostrategischen Konzepten der Akteure, zu erkennen und zu verstehen.

⁷⁵ Kohout, F.; Mayerhofer, B.; Vierecke, A. (2011): 13 [Hervorhebung i.O.]

⁷⁶ Auth, Günther (2008): Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt. München, Oldenbourg Verlag: 2

3.1 Neoinstitutionalismus

Der *Institutionalismus*, eine Theorie aus der Disziplin der Internationalen Beziehungen, besagt im Allgemeinen, dass internationale Institutionen kooperationsfördernden Einfluss auf die Aktivitäten internationaler Akteurinnen nehmen. Der Begriff Institutionen umfasst dabei sowohl institutionalisierte Einrichtungen als auch normative Regelsysteme. Die Theorie des Institutionalismus erklärt die Phasen und Formen (Entstehung, Funktionsweise, Wirkung) internationaler Zusammenarbeit und von Institutionen, wobei der zentrale Erklärungsansatz darin besteht, dass institutionelle Kooperationen allumfassende Vorteile (z.B. Transparenz, gemeinsame Instrumente, sinkende Transaktionskosten) bringen. Zudem wird Anarchie, also das Fehlen einer übergeordneten normsetzenden Instanz in der Weltpolitik, durch gemeinsame Gestaltung des internationalen Systems, überwunden. Darüber hinaus wirkt diese Zusammenarbeit konfliktreduzierend bzw. friedensfördernd.⁷⁷

Der *Neoinstitutionalismus* (auch ‚neoliberaler Institutionalismus‘ genannt) geht zurück auf Robert Keohane⁷⁸ und Joseph Nye⁷⁹ und entstand in den 1970ern im Zuge zunehmender ökonomischer Verflechtungen zwischen internationalen Akteuren und stellt eine Weiterentwicklung des Institutionalismus dar. Obwohl dieser kooperationsfreudige Ansatz eine Abgrenzung zum klassischen Realismus in der Internationalen Politik darstellt, besteht die gleiche Annahme darüber, dass Staaten und andere internationale Institutionen egoistische Akteure sind, die stets nur im eigenen Interesse handeln. Diese Interessen sind im Wesentlichen (nationale) Sicherheit und Wohlstandssteigerung. Mehrere Akteure mit ähnlichen Interessen können sich dabei zusammentun und ihre Interessen gemeinsam verfolgen. Es sind also Kooperationen möglich.⁸⁰

Zugleich kommt es zu Interdependenzen zwischen den vielen verschiedenen Akteurinnen, wodurch eine globale Vernetzung nicht nur erhöht, sondern auch gefestigt wird und Kooperationen auch langfristig ausgeweitet werden. Der Staat ist in

⁷⁷ Vgl. Knelangen, Wilhelm (2015): Institutionalismus als IB-Theorie. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 164f

⁷⁸ Siehe Keohane, Robert (1984): *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton, University Press

⁷⁹ Siehe Keohane, Robert; Nye, Joseph (1977): *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. Boston, Little, Brown and Company

⁸⁰ Vgl. Knelangen, Wilhelm (2015): 165

diesem internationalen System ein wesentlicher Akteur, wird aber durch den Einfluss anderer staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt und dadurch geschwächt. Nichtstaatliche Akteurinnen können in diesem Fall zum Beispiel NGOs, Parteien, Gewerkschaften und Unternehmen sein. Die Kooperation dieser Akteurinnen miteinander sichert ihr Überleben und das des Staates. Die Formen und Regelwerke der Zusammenarbeit schaffen zudem neue Institutionen, die die internationale Politik mitbestimmen. Die Zunahme ökonomischer Liberalisierung, globaler Verflechtung und Interdependenzen sowie das gemeinsame Streben nach Wohlstandssteigerungen, führen zu transnationalen Kooperationen, die von Institutionen geleitet werden. Diese globale Institutionalisierung führt in der globalen Politik langfristig zu Stabilität, Sicherheit, Frieden und Wohlstand.⁸¹

Die Theorie des Neoinstitutionalismus, verdeutlicht im Falle des hier zu untersuchenden Forschungsgegenstandes, die europäische Perspektive auf Integrationsprozesse. Die Europäische Union ist ein klassisches Beispiel für das Ergebnis einer hier beschriebenen Institutionalisierung. Die Mitgliedsländer bilden im Zuge eines stetigen Integrationsprozesses mit der EU eine supranationale Organisation, die mit dem Vertrag von Lissabon über eine eigene intergouvernementale Rechtsordnung verfügt. Die Einhaltung dieser europäischen Vertragsregeln wird von der Europäischen Kommission überwacht. Daneben werden in vielen weiteren Bereichen themenspezifische Institutionalisierungen angestrebt. Dies betrifft insbesondere die Europäische Außenpolitik. Der einzelne Nationalstaat verliert dadurch an Bedeutung, wohingegen die EU als supranationale Institution an Wichtigkeit gewinnt. In der Weltpolitik hingegen sind die Vereinten Nationen eine globale Institution, die ein übergeordnetes Regelwerk für die internationalen Akteure schafft und deren Einhaltung beobachtet.⁸²

Die Außenbeziehungen der Europäischen Union zu den Großmächten USA und China sowie zu anderen internationalen Akteurinnen verdeutlichen ebenfalls eine empirische Institutionalisierung in der internationalen Politik. Durch die stetig steigende Kooperationsbereitschaft zwischen globalen Akteuren, kommt es zu weltweiten Verflechtungen und zu einer Pluralität von Mitwirkenden. Dies äußert sich

⁸¹ Vgl. Tuschhoff, Christian (2015): Internationale Beziehungen. Konstanz und München, UVK Verlagsgesellschaft mbH: 32-37

⁸² Vgl. ebd. 36

beispielsweise durch Verhandlungen zu gemeinsamen Interessensbereichen. Ausgehandelte Verträge und Abkommen zwischen den Parteien führen schließlich zu einer regelbasierten Institutionalisierung zwischen den Akteurinnen. Es kommt zur Bildung einer kollektiven Identität bzw. Allianzgemeinschaft. Die verstärkte Zusammenarbeit der EU, USA, China und anderer Akteure in weltpolitischen Angelegenheiten, führt gemäß der Theorie des Neoinstitutionalismus schließlich dazu, dass Machtverhältnisse umverteilt werden und die kooperierenden Akteure dennoch einen Nutzen aus der Zusammenarbeit ziehen können, der langfristig auf Sicherheit, Wohlstand und Frieden ausgelegt ist.

3.2 Neorealismus

Der klassische *Realismus* als traditionelle Theorie der Internationalen Beziehungen geht zurück auf Hans Morgenthau⁸³, der eine pessimistische Weltanschauung im Zuge des Zweiten Weltkriegs als globale Realität beschrieb und diese der bis dahin vorherrschenden Idealismustheorie entgegenbrachte. In diesem Denkansatz geht es um die Machtverteilung zwischen Staaten. Sie sind die Hauptakteure in der Weltpolitik und kämpfen um den größten Machtanteil, um ihre eigenen Interessen durchsetzen zu können. Die zentrale Annahme besteht darin, dass die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten anarchisch geprägt sind und das Streben nach Macht zwischen den Akteuren grundsätzlich zu Konflikten führt. Dies könnte schließlich sogar zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft oder sogar zu Krieg führen.⁸⁴

Die Theorie des *Neorealismus* beruht auf den Grundlagen des Realismus, die in den 1970ern von Kenneth Waltz⁸⁵ in einem neuen Denkansatz weitergedacht wurden, weil im Zuge der Globalisierung neue Faktoren auftraten, die Einfluss auf das transnationale Agieren der Nationalstaaten nahmen. Eine große Akzeptanz erfuhren realistische Gedanken in Bezug auf die Entstehung der Spannungen zwischen den damaligen Großmächten, die sich in den zwei Weltkriegen entluden und insbesondere

⁸³ Siehe Morgenthau, Hans (1948): *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*. New York: Alfred A. Knopf

⁸⁴ Vgl. Puglierin, Jana (2015): *Realismus als IB-Theorie*. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 394f

⁸⁵ Siehe Waltz, Kenneth (1979): *Theory of International Politics*. USA, Addison-Wesley, Reading, Mass

im Zuge des Kalten Krieges, weil der bipolare Machtkampf zwischen der UdSSR und den USA die Theorie bestätigte und widerspiegelte. Die Theorie ist eine der bekanntesten, aber zugleich auch umstrittensten, weil die transnationalen Entwicklungen im Zeitalter der Globalisierung eher auf eine Zusammenführung der Staaten hinzielen, die der Neorealismus jedoch stets bestreitet. Der Neorealismus beharrt auf der pessimistischen Einstellung, dass es nur eine hierarchische Weltordnung geben soll, die von einem mächtigen Staat, der autonom und unabhängig ist, geführt wird. Dies kann ein Staat nur erreichen, wenn dieser egoistisch handelt und seine Interessen auch militärisch durchsetzt ohne auf andere angewiesen zu sein. Diese militärische Selbsthilfe und die nationale Sicherheit haben Priorität und sind ein wesentliches Element zur Machtausweitung.⁸⁶

Der Fortschritt der Globalisierung ändert nichts an dieser Annahme, obwohl immer wieder Kritik daran geübt wird, dass die Transnationalisierung und die Selbsthilfe absolut kontradiktorisch sind. Die Neorealisten sehen in der Globalisierung jedoch eine Bestätigung ihrer These, denn die steigende Konkurrenz durch die Transnationalisierung führe wieder zu einer größeren Wichtigkeit des Staates, weil sich dieser anhand von Selbsthilfe wieder zu behaupten versucht, um nicht mit den anderen Staaten gleichgestellt zu werden. Deswegen ist die Konkurrenz, die mit der Transnationalisierung gefördert wird, ein bedeutender Faktor für den Neorealismus im Zuge der Globalisierung. Außerdem ist der Globalisierungsprozess kein neuzeitliches Phänomen, sondern besteht eigentlich schon seit jeher, hat aber im Laufe der Zeit viele neue Facetten dazu erhalten.⁸⁷

Die Europäische Union, als supranationale Organisation europäischer Staaten, deckt sich nicht mit den neorealistischen Annahmen über Nationalstaaten in der internationalen Politik. Stattdessen ist das theoretische Fundament der EU im Neoinstitutionalismus zu verorten, wo Kooperation ein wesentliches Element darstellt. Nichtsdestotrotz lassen sich einige einzelne Eigenschaften der EU wahrnehmen, die durchaus auch dem Neorealismus zugeordnet werden könnten. So strebt die Union auch nach Macht, um wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu erlangen. Im Zuge

⁸⁶ Vgl. Tuschhoff, Christian (2015): Internationale Beziehungen. Konstanz und München, UVK Verlagsgesellschaft mbH: 26-32

⁸⁷ Vgl. Puglierin, Jana (2015): Realismus als IB-Theorie. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 397ff

dessen könnte der Union zudem Egoismus vorgeworfen werden, da sie im Interesse ihrer europäischen Wertvorstellungen handelt. Außerdem hat der sicherheitspolitische Aspekt, im Sinne von Frieden, ebenfalls oberste Priorität für die EU. Nimmt man all diese Merkmale der EU zusammen, entsteht jedoch nicht ein dem Neorealismus entsprechendes, von Egoismus und Machtausweitung geprägtes, pessimistisches Weltbild, sondern das Bild einer Weltanschauung, in der sowohl Nationalstaaten als auch Institutionen miteinander kooperieren, um positive Entwicklungen herbeizuführen. In diesem Sinne ist die Europäische Union weniger dem Neorealismus, sondern vielmehr dem Neoinstitutionalismus zuzuordnen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hingegen gehören zu den traditionellen Akteuren des Neorealismus, da sie eine hegemoniale Stellung in der Welt einnehmen und willens sind, diese Vorherrschaft zu verteidigen. Der Präsident der USA nimmt dadurch eine der einflussreichsten politischen Positionen auf der Welt ein und ist wesentlicher Akteur der Weltpolitik. Die nationalen Interessen stehen im Vordergrund, sodass weltpolitische Entscheidungen nicht im Sinne der Allgemeinheit, sondern gemäß dem eigenen Nutzen getroffen werden. Die globale Dominanz der USA ist vor allem in ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke begründet. Der amerikanische Dollar ist eine Leitwährung für die Weltwirtschaft, die großen Einfluss auf ökonomische Entwicklungen nimmt. Das Streben nach Hegemonie äußert sich beispielsweise auch in der Verlagerung des politischen und wirtschaftlichen Fokus auf den asiatischen Raum.

Nationale Interessen haben auch in der Volksrepublik China Vorrang und bestimmen die politische Ausrichtung. Zudem streben sie ebenfalls nach einem Weltmachtstatus, der unter anderem jedoch dadurch begrenzt wird, dass das autoritäre System Chinas nicht das gleiche Ansehen unter den führenden Nationen genießt wie das der USA. Nichtsdestotrotz ist auch China ein starker Akteur in der globalen Wirtschaft und Weltpolitik, der nicht zu unterschätzen ist. Die Europäische Union begegnet auf internationalem Parkett somit zwei Partnern, deren Politik von der Theorie des Neorealismus geprägt ist.

3.3 Klassische und Kritische Geopolitik

Für den Begriff *Geopolitik* gibt es keine einheitlich eingrenzende Definition, sodass die Bedeutung des Begriffs dehnbar und dessen Verwendung vielfältig ist. Im Zuge dessen sind auch die Interpretationsmöglichkeiten flexibel. Die geopolitische Theoriebildung ist historisch geprägt und wird von Theoretikerinnen, aus verschiedenen politischen Kontexten heraus, unterschiedlich definiert und ausgelegt. Einige geopolitische Denkansätze werden im Folgenden kurz dargelegt.

Die Theorie der *Geopolitik* setzt sich im Allgemeinen aus den Bereichen der Geographie und der Ideologie zusammen, die in einen kausalen Zusammenhang gebracht werden. Dabei wird ein Raum bzw. Staat aufgrund seiner geographischen Lage politisch gedeutet und daraus eine wissenschaftliche Weltanschauung hergeleitet. Der Machtanspruch, der durch den eigenen Standort vergrößert werden kann, spielt hierbei eine große Rolle, weshalb eine Nähe zum Realismus unbestreitbar ist.⁸⁸

Der deutsche Zoologe, Friedrich Ratzel⁸⁹, und der schwedische Staatswissenschaftler, Rudolf Kjellén⁹⁰, waren mit ihren Überlegungen, Ende des 19. Jahrhunderts, die ersten Vertreter von Geopolitik. Beide sprechen bei dem Begriff der Geopolitik von Inbesitznahme und Machtanspruch bestimmter Territorien durch Staaten und ihre Kontrolle darüber. Geleitet werden diese Annahmen von einem naturwissenschaftlichen Ansatz, der von einer Biologisierung der Staaten ausgeht. Der Staat wird als Organismus und Lebensform definiert, dessen Überleben und Wachstum den Gesetzen des Darwinismus unterliegt. Maßgebend für seine Entwicklung ist insbesondere die Lage, die über die Überlebensstrategie des Staates entscheidet und darüber, ob ein Land zur Land- oder Seemacht prädestiniert ist.⁹¹

⁸⁸ Vgl. Ritz, Hauke (2013): Die Rückkehr der Geopolitik. Eine Ideologie und ihre fatalen Folgen. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2013. Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH (58. Jahrgang): 72-77

⁸⁹ Siehe Ratzel, Friedrich (1897): Politische Geographie. München & Leipzig, R. Oldenbourg

⁹⁰ Siehe Kjellén, Rudolf (1917): Der Staat als Lebensform. Leipzig, Hirzel

⁹¹ Vgl. Werber, Niels (2015): Geopolitik. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 123-126

Der britische Geograph Halford Mackinder⁹² hat schließlich Anfang des 20. Jahrhunderts, mit der Verknüpfung von Politik und Geographie, den kausalen Zusammenhang zwischen diesen Aspekten präzisiert. Dieser besteht darin, die Welt geopolitisch zu dichotomisieren, und zwar in Land- und Seereich. Diese Unterscheidung wurde zu einem grundlegenden Konzept der Geopolitik. Unter anderem wird dieses Konzept auch als Ansatz für imperialistische Ambitionen herangezogen. Ein typisches Beispiel, welches für die geopolitische Dichotomisierung herangezogen wird, ist die Aufteilung der Welt in zwei Blöcke – Ost/West – zu Zeiten des Kalten Krieges.⁹³

Solch eine antagonistische Aufteilung staatlicher Territorien bildet die Grundlage für Mackinders Heartland-Theorie, die die Welt neu kartographiert und Eurasien als ‚heartland‘ bzw. ‚pivot area‘ hervorhebt, weil es durch seinen Ressourcenreichtum und die geographische Lage das größte Potenzial zur Machtausweitung aufweist.⁹⁴

Abb. 8: Geopolitische Weltkarte der Heartland-Theorie.



Quelle: Politique-Actu (o.J.): Mackinders Welt von 1904. URL: <http://www.politique-actu.com/dossier/mackinder-oeuvre-geopolitique/243141/> (Abrufdatum: 21.11.2017): o.S.

⁹² Siehe Mackinder, Halford (1904): The Geographical Pivot of History. In: Royal Geographical Society.

⁹³ Vgl. Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): Kritische Geopolitik. Aus: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen & Farmington Hills, Verlag Barbara Budrich (3. Auflage): 556f

⁹⁴ Vgl. Werber, Niels (2015): 127f

Der deutsche Geograph, Karl Haushofer, zog die vorangegangenen Ideen der Geopolitik schließlich heran, um die Machtausweitung des Dritten Reiches zu konkretisieren. Dies hatte zur Folge, dass geopolitisches Gedankengut stets mit nationalsozialistischen Inhalten in Verbindung gebracht wurde. Dadurch wurde die Geopolitik in der Nachkriegszeit ab 1945 stark abgewertet, weil die negative Assoziation mit dem Nationalsozialismus von vielen Theoretikern und Wissenschaftlern missbilligt und die Theorie dadurch abqualifiziert wurde.⁹⁵

Die ‚*Kritische Geopolitik*‘ ist eine Weiterentwicklung der ‚Klassischen Geopolitik‘, die sich seit Ende der 1970er Jahre herausbildete und dessen alternativer Denkansatz sich deutlich vom traditionellen Verständnis abgrenzt⁹⁶. Insbesondere das Ende des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts eröffneten einen Strukturwandel und eine Wende zu einer kritischeren Geopolitik⁹⁷. Der kritische Ansatz vollzieht einen Bedeutungswandel des Verständnisses von Staat und Geographie, der sich von der Theorie des Realismus bzw. Neorealismus stark distanziert⁹⁸. Führender Vertreter dieses Theorieansatzes ist der irische Geograph Gearóid Ó Tuathail⁹⁹.

„Die *Critical Geopolitics* setzen sich mit den Entstehungszusammenhängen geopolitischer Argumentationen und Weltbilder auseinander.“¹⁰⁰ Unter anderem inkludiert kritische Geopolitik soziale und politische Tätigkeiten sowie kulturelle Aspekte und analysiert diese. Diese sind, wie bei der klassischen Geopolitik, ebenfalls mit Macht in Zusammenhang zu bringen, jedoch kommt es durch diesen Perspektivenwechsel zwangsläufig zu einem veränderten Verständnis von Territorialität. Diese veränderte Sichtweise bringt schließlich weniger einzelne, gar isolierte Nationalstaaten hervor (wie es bei der klassischen Geopolitik der Fall ist), sondern ganze Kulturräume, die eine Weltkarte politischer Geographien hervorbringen und damit die klassische Form von Territorialität dekonstruieren.¹⁰¹

⁹⁵ Vgl. Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): 559f

⁹⁶ Vgl. Helmig, Jan (11.5.2007): Geopolitik – Annäherung an ein schwieriges Konzept. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/apuz/30477/geopolitik-annaeherung-an-ein-schwieriges-konzept?p=all> (Abrufdatum: 3.3.2017): o.S.

⁹⁷ Vgl. Werber, Niels (2015): 130

⁹⁸ Vgl. Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): 553f

⁹⁹ Siehe Ó Tuathail, Gearóid (1996): *Critical Geopolitics. The politics of writing global space.* Minneapolis, University of Minnesota Press

¹⁰⁰ Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): 561 [Hervorhebung i.O.]

¹⁰¹ Vgl. ebd.: 562-565

„Mit [der] Abkehr von essenzialistischen Konzepten stellt die politische Geographie die geopolitischen Diskurse und die Konstruktion von geopolitischen Repräsentationen der politisch Handelnden in den Vordergrund.“¹⁰²

Geographie ist demnach nicht mehr ausschlaggebend für politische Handlungen, da Raum und Grenzen nicht per se real sind, sondern sozial konstruiert werden. Man distanziert sich folglich von der objektiven, realistischen Sichtweise. Die abstrakte Herangehensweise entspricht dem Weltbild, welches weniger von Territorien, sondern vielmehr von kulturellen Räumen bestimmt wird.¹⁰³

Geopolitik als wissenschaftliche Theorie lässt sich zusammenfassend in eine klassische und eine kritische Geopolitik unterteilen.

Die klassische Geopolitik geht davon aus, dass die Geographie eines Staates der wesentliche Faktor für Politik und Macht darstellt und allein durch den Standort definiert wird.¹⁰⁴

Die kritische Geopolitik hingegen besagt, dass nicht der geographische Raum die Macht eines Staates beeinflusst, sondern diese vielmehr sozial konstruiert wird.¹⁰⁵

Die wesentliche Differenz zwischen klassischer und kritischer Geopolitik liegt folglich darin, dass sich die traditionelle Sichtweise auf den Aspekt der Macht von Nationalstaaten fokussiert, während die unkonventionelle Auslegung von Geopolitik sich mit dem Aspekt der sozialen Konstruktion von Kulturräumen auseinandersetzt.

Geopolitik ist ein weitläufiger Denkansatz, der in Teilen sowohl auf die Europäische Union als auch auf China und die Vereinigten Staaten bezogen werden kann. Die Territorien dieser drei Akteure haben jeweils eigene und spezifische Merkmale und Besonderheiten, die einerseits auf die Geographie zurückzuführen sind und andererseits aber auch gesellschaftlich bzw. politisch konstruiert sind. Jeder Akteur hat dadurch seine Eigenheiten, die ihn positiv oder negativ zeichnen. Es sind die positiven Gegebenheiten, die hervorgehoben und schließlich für machtpolitische und wirtschaftliche Zwecke verwendet werden.

¹⁰² Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): 562

¹⁰³ Vgl. Helmig, Jan (11.5.2007): Geopolitik – Annäherung an ein schwieriges Konzept. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/apuz/30477/geopolitik-annaeherung-an-ein-schwieriges-konzept?p=all> (Abrufdatum: 3.3.2017): o.S.

¹⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): 562-565

Die Besonderheit der US-amerikanischen Geographie liegt darin, dass es eines der größten Länder der Welt ist und unterschiedlichste Lebensräume und Klimazonen aufweist. Es grenzt nur an zwei Länder (Kanada und Mexiko), hat Zugang zu beiden Weltmeeren (im Osten an den Atlantik und im Westen an den Pazifik) und verfügt über viele verschiedene Bodenschätze, die zu ihrer heutigen herausragenden Position verholfen haben.

Die Eigentümlichkeit der Volksrepublik China, welche hinter den USA ebenfalls zu den größten Staaten der Erde gehört, liegt in ihrem Bevölkerungsreichtum. Aufgrund der Größe ist China ebenfalls in verschiedene Zeit- und Klimazonen einzuteilen mit unterschiedlichsten Ressourcen gesegnet. Der Osten Chinas liegt am Pazifik und der Rest des Landes ist umgeben von 14 Ländern (Nordkorea, Mongolei, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan, Indien, Nepal, Bhutan, Burma, Laos und Vietnam).

Die Einzigartigkeit der Europäischen Union liegt in ihrer Konstruktion als Staatenverbund. Darin sind derzeit 28 Nationalstaaten mit unterschiedlichen Kulturen enthalten, die gemeinsam eine europäische Kultur formen. Daher stammt auch das Motto der EU ‚In Vielfalt geeint‘. Theoretisch gesehen wäre ein ‚Bundesstaat Europa‘, bestehend aus den Mitgliedsländern der EU, flächenmäßig das zweitgrößte Land der Erde nach Russland. Als Kontinent ist Europa hingegen nur der zweitkleinste nach Australien. Im Norden reicht er fast bis zum Nordpol, im Süden bis zum Mittelmeer, im Westen grenzt er an den atlantischen Ozean und im Osten reicht er bis zum Ural.

„Im [...] [Zuge der Globalisierung] haben sich zwar Inhalt und Ziele der Geopolitik verändert, diese hat aber nicht ihre Relevanz für das internationale politische Handeln verloren.“¹⁰⁶ Auch in der heutigen Zeit, eine Zeit des schnellen Wandels in einer global stark vernetzten Welt, hat die Geopolitik immer noch einen hohen Stellenwert. „[...] Geopolitik zeigt auf, wie internationale Angelegenheiten vor dem Hintergrund geographischer Faktoren zu verstehen sind. Dabei geht es nicht nur um die tatsächliche Landschaft – die natürlichen Barrieren durch Berge oder die Verbindungen durch Flusssysteme beispielsweise -, sondern auch um Klima, Demographie, Kulturregionen und den Zugang zu natürlichen Ressourcen. Solche Faktoren können erhebliche Auswirkungen auf viele Bereiche unserer Zivilisation haben, von politischen und militärischen

¹⁰⁶ Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B17/2004): Bonn, bpb: 7

Strategien bis hin zur Entwicklung der menschlichen Gesellschaft samt Sprache, Handel und Religion.“¹⁰⁷

Da die Geopolitik sowohl die Sichtweisen der Europäischen Union einschließt als auch die der USA und Chinas, bildet diese das theoretische Fundament der vorliegenden Forschungsanalyse. Die Anwendung der traditionellen Schule der Geopolitik auf ein Phänomen der Moderne, nämlich der geostrategischen Positionierung der Europäischen Union zwischen den beiden Weltmächten China und USA, ermöglicht neue Perspektiven und eine Erweiterung dieser Theorie.

Während der Neoinstitutionalismus das kooperative Handlungsmuster der Europäischen Union erklärt, prägt der Neorealismus die amerikanische und chinesische Machtpolitik. In der Geopolitik äußert sich der neoinstitutionalistische und der neorealistiche Denkansatz darin, dass Kooperation ein Instrument ist, um gegenseitige Schwächen und Stärken auszugleichen und somit die Entwicklung der Länder zu stärken und die Position in der Weltpolitik zu festigen (Neoinstitutionalismus). Der Machtgedanke ist dabei nicht unwesentlich, allerdings auch nicht maßgebend (Neorealismus).¹⁰⁸

Die Europäische Wirtschafts- und Außenpolitik kann hierbei als Beispiel solch einer Verflechtung der beiden Theorien dienen. Die EU kooperiert mit den USA sowie mit China und erleichtert den gegenseitigen Handels- und Warenaustausch, um die beidseitige Produktivität zu steigern, was wiederum zu Wirtschaftswachstum führt, welches langfristig Wohlstandssteigerung bringt. Eine erfolgreiche Wirtschaft des eigenen Landes ist außerdem in der internationalen Gemeinschaft prestigesteigernd und damit auch mit Einfluss verbunden.

Aufgrund der Dehnbarkeit und der Vielfältigkeit des geopolitischen Begriffs bedarf es als Grundlage für die Masterarbeit einer definitorischen Eingrenzung von Geopolitik. Geopolitik ist eine Lehre über die Gestaltung und Ausrichtung von Außenpolitik aufgrund geographischer Gegebenheiten und politischer Bedeutungen¹⁰⁹.

Die Geographie eines Staates ist wesentlich für dessen Selbstansicht und politische Platzierung in der Welt, da die staatliche Politik gemäß ihren natürlichen und

¹⁰⁷ Marshall, Tim (2015): Die Macht der Geographie. München, dtv: 8

¹⁰⁸ Vgl. Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): 552f

¹⁰⁹ Vgl. Ritz, Hauke (2013): Die Rückkehr der Geopolitik. Eine Ideologie und ihre fatalen Folgen. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2013. Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH (58. Jahrgang): 72

vorteilhaften geographischen Gegebenheiten gestaltet wird. Die eigenen Ressourcen wollen dadurch von den Nationen so effizient wie möglich genutzt werden, um den eigenen Einfluss als politischer Akteur in der Weltgemeinschaft auszuweiten und zu festigen.¹¹⁰

Geopolitik bildet folglich die Grundlage geostrategischer Überlegungen und Aktivitäten in der internationalen Politik¹¹¹.

3.4 Fazit

Die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Volksrepublik China stellen ein Trio der Weltpolitik dar, deren theoretischer Hintergrund auf verschiedenen Annahmen beruht: Neoinstitutionalismus, Neorealismus und Geopolitik. Die Theorien sind logische Ansätze, um das Handeln eines internationalen Akteurs zu veranschaulichen und zu erklären. Einzeln betrachtet sind sie jedoch nicht gänzlich stimmig, weil sich Aspekte in den Handlungsmustern der Akteure finden, die nicht nur anhand eines einzigen theoretischen Modells zu erläutern sind. Die kombinierte Betrachtung von Neoinstitutionalismus, Neorealismus und Geopolitik vervollständigt den theoretischen Erklärungsansatz hinsichtlich internationaler Politik zwischen den Akteuren EU, USA und China. Jeder einzelne Akteur dieses Trios, versucht seinen Interessen nachzugehen und sich zu bereichern, dafür sind heutzutage aber eben auch Kooperationen notwendig, die beispielsweise die Schaffung neuer Institutionen beinhalten. Die Art und Weise von Kooperation und Machtausweitung ist abhängig von Ziel und Strategie. Auch im Hinblick auf eine Europäische Geostrategie ist die Kombination dieser theoretischen Zugänge eine sinnvolle Anwendung, um die außenpolitische und geostrategische Ausrichtung der Europäischen Union besser nachvollziehen und erklären zu können.

¹¹⁰ Vgl. Albert, Mathias; Reuber, Paul; Wolkersdorfer, Günter (2010): 551f

¹¹¹ Vgl. Wagner, Jürgen (13.10.2011): Die Geostrategie Europäischer Macht. URL: <https://www.radio-utopie.de/2011/10/13/die-geostrategie-europaischer-macht/> (Abrufdatum: 13.3.2017): o.S.

4. Außenpolitik der Europäischen Union

Die Außenpolitik der Europäischen Union unterliegt, gegenüber nationalstaatlicher Außenpolitik, einer Besonderheit, da die EU aus souveränen Nationalstaaten besteht, die durch intergouvernementale Zusammenarbeit die Europäische Außenpolitik bestimmen. Diese Staaten haben weiterhin, neben ihrer Mitgliedschaft in der Union, ein Anrecht auf eine eigene nationalstaatliche Außenpolitik. Darüber hinaus verfolgt aber auch die EU als supranationaler Staatenbund eine Europäische Außenpolitik, die die Interessen der gesamten europäischen Region berücksichtigt und vertritt.

Die Anfänge einer gemeinsamen, substitutiven europäischen Außenpolitik lassen sich im Sinne einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bis zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (auch Montanunion genannt), die im Jahre 1952 gegründet wurde, zurückverfolgen. Aus deren positiver Entwicklung heraus folgte, mit immer weiter fortschreitender Integration der Mitgliedsländer, bis hin zur heutigen Europäischen Union, neben dem gesteigerten ökonomischen Einfluss auch der Anspruch auf politische Einflussnahme mit globalen Ambitionen.¹¹² Dies war der Beginn einer substitutiven europäischen Außenpolitik, die einem ständigen Wandel unterliegt und auch von vielerlei Kritik geprägt ist.

Bereits im Jahre 1970 „[...] hatten sich die EG-Staaten [...] mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) ein intergouvernementales Forum geschaffen, um außenpolitische Fragen zu erörtern und, wenn möglich, gemeinsame Positionen zu finden.“¹¹³

Erst im Jahre 1993 erfolgte mit dem Vertrag von Maastricht eine institutionelle Umgestaltung mit der Schaffung der Europäischen Union und einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).¹¹⁴ „[...] [Dies] bedeutete den Anfang einer neuen Politik, die mehr sein sollte als nur die politische Zusammenarbeit zwischen Staaten.“¹¹⁵ Mit der GASP wird nämlich „[w]esentlich deutlicher als im Hinblick auf die EPZ [...] das außenpolitische Handeln der EU als zielorientiertes Projekt konzeptualisiert. Vom Vertrag von

¹¹² Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 185f

¹¹³ Ebd.: 190

¹¹⁴ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 190

¹¹⁵ Algieri, Franco (2010): 45

Maastricht bis zum Vertrag von Lissabon zieht sich eine klare Zielorientierung europäischer Außenpolitik durch die verschiedenen Fassungen der Verträge.“¹¹⁶

Der Vertrag von Amsterdam aus dem Jahre 1999 schuf den Posten eines offiziellen ‚Hohen Vertreters‘ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der jedoch mit wenig Befugnissen ausgestattet war. 2003 führte dann der Vertrag von Nizza dazu, dass die damalige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Rubrik der GASP zugeordnet wurde, um sie handlungsfähiger gestalten zu können. Außerdem wurde im gleichen Jahr die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) festgeschrieben, welches das offizielle Konzept der EU-Außenpolitik darstellen soll. Der Vertrag von Lissabon brachte 2009 schließlich nochmals viele Veränderung für die Europäische Union, um sie effizienter zu gestalten. ¹¹⁷

„Zu den zentralen Reformen gehören die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, die Einführung der doppelten Mehrheit, die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten, die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte, die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens sowie die Justierung der Instrumente der differenzierten Integration.“¹¹⁸

Die Europäische Union fußt nun seit dem 1. Dezember 2009 auf dem Vertrag von Lissabon.

Die Europäische Außenpolitik zeichnet sich insbesondere seit dem Vertrag von Lissabon durch eine Mehrdimensionalität aus, wobei die GASP und die GSVP die wesentliche intergouvernementale Dimension bilden, welche durch die Zusammenarbeit und durch die einstimmigen Entscheidungen der Mitgliedstaaten geleitet wird¹¹⁹. Diese Mehrdimensionalität löst das Drei-Säulen-Modell der EU vom Maastrichter Vertrag ab¹²⁰.

Neben der intergouvernementalen Dimension gibt es die Gemeinschaftsdimension, die mittels einer qualifizierten Mehrheit der supranationalen Institutionen (Rat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament) Entscheidungen trifft. Hierzu gehören beispielsweise die Handelspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe der EU. Die Sui-generis-Dimension hingegen ist ein europäisches Politikfeld, welches einzigartig ist und in den nationalen politischen Systemen nicht

¹¹⁶ Algieri, Franco (2010): 48

¹¹⁷ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 190-193

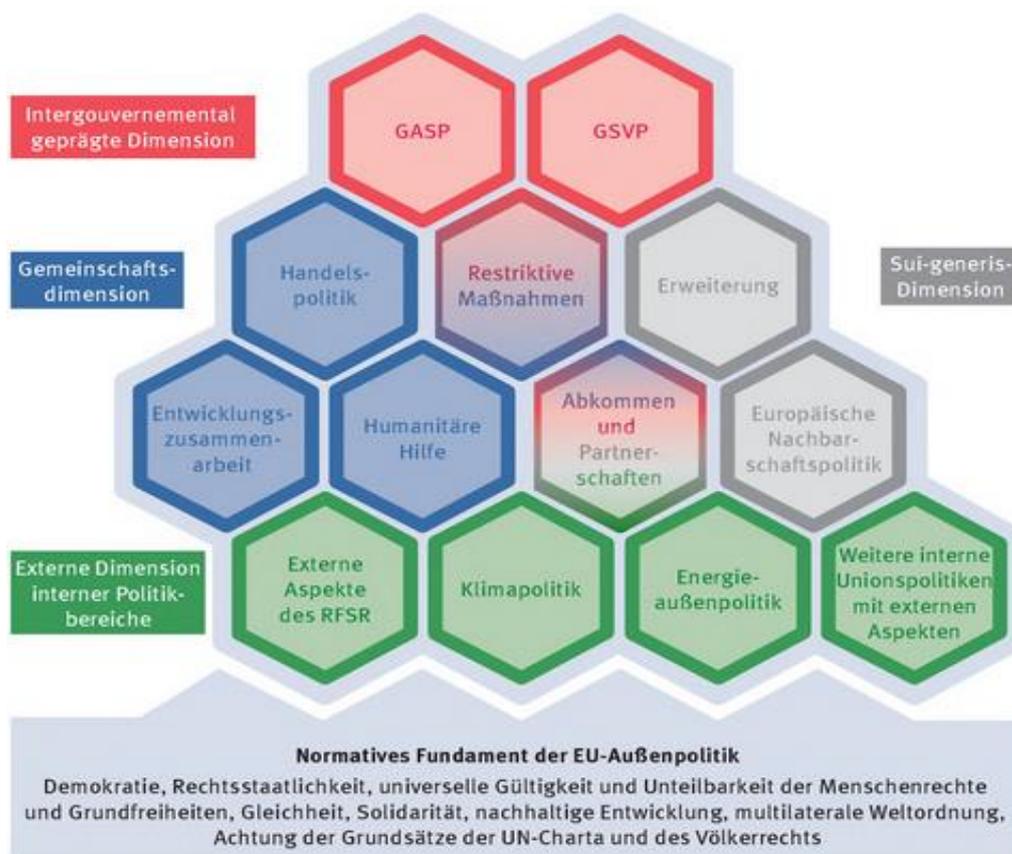
¹¹⁸ Ebd. 94f

¹¹⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 10

¹²⁰ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 83

vorhanden ist. Die Rede ist an dieser Stelle von der Erweiterungspolitik und der Nachbarschaftspolitik der EU. Sonstige Politikfelder fallen in die externe Dimension interner Politikbereiche, die durchaus einen hohen Stellenwert aufweisen und richtungsweisend für die Entwicklung der Union sind. Dazu zählen zum Beispiel Aspekte des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (z.B. Migrationspolitik), die Klimapolitik, die Energieaußenpolitik sowie weitere interne politische Angelegenheiten mit externen Bezugspunkten (z.B. Währungspolitik).¹²¹

Abb. 9: Mehrdimensionales Mosaik der EU-Außenpolitik.



Quelle: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 10

Neben der Mehrdimensionalität zeichnet die europäische Außenpolitik auch ein Mehrebenensystem aus, welches insbesondere die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betrifft. „Die europäische Ebene ist für die Außenpolitik der Mitgliedstaaten lediglich – nach der nationalen Ebene – eine zweite Ebene für das Verfolgen nationaler Interessen. [...] Die Mitgliedstaaten haben zwar ein Interesse daran, die europäische außenpolitische Ebene (institutionell) möglichst handlungsstark auszugestalten, damit bei Bedarf die „europäische“

¹²¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 15-21

Interessendurchsetzung effektiv möglich ist. Gleichzeitig haben sie jedoch kein Interesse an einer Verselbstständigung des europäischen außenpolitischen Prozesses[.] [...] Diesen Überlegungen entspricht beispielsweise die gegenwärtige intergouvernementale Struktur der GASP, die den Mitgliedstaaten mit dem Veto gegen unliebsame außenpolitische Beschlüsse ein entscheidendes Kontrollinstrument an die Hand gibt.“¹²² Diese Diskrepanz zwischen den Interessen nationaler Außenpolitik und einer Europäischen Außenpolitik verdeutlicht die Schwierigkeit einer effektiven Weiterentwicklung der supranationalen Außenpolitik.

Die Außenpolitik der Europäischen Union ist folglich ein vielschichtiges und komplexes Gebiet, dessen Kernelement die GASP darstellt.

4.1 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat die Europäische Union ein wichtiges und fundamentales Instrument geschaffen, welches das gemeinsame außenpolitische Handeln der EU-Mitgliedstaaten koordiniert. Die Hohe Vertreterin der EU ist das Gesicht der Europäischen Außenpolitik und damit für die Arbeit der GASP verantwortlich. Hierbei werden stets die in den Verträgen festgeschriebenen Ziele und Bestimmungen verfolgt, welche die Werte der EU widerspiegeln.¹²³ „Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Die Union strebt an, die Beziehungen zu Drittländern und zu regionalen oder weltweiten internationalen Organisationen, die die [...] aufgeführten Grundsätze teilen, auszubauen und Partnerschaften mit ihnen aufzubauen. Sie setzt sich insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen für multilaterale Lösungen bei gemeinsamen Problemen ein.“¹²⁴

Multilateralismus ist folglich ein wesentlicher Aspekt der Europäischen Außenpolitik. „Multilateralismus ist eine Handlungsform zur Gestaltung und Regelung internationaler Beziehungen. [...] Multilateral zu handeln bedeutet, ausgehandelte Regeln in

¹²² Gaedtker, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik. Paderborn, Ferdinand Schöningh: 24

¹²³ Vgl. Algieri, Franco (2010): 48

¹²⁴ Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel V, Kapitel 1, Artikel 21 (1)

institutionalisierten Foren mit mehreren unterschiedlichen Akteuren zu pflegen.“¹²⁵ Die EU bekennt sich insbesondere zum sogenannten ‚effektiven Multilateralismus‘ als Leitmotiv. Mit dieser politischen Ausrichtung „[...] möchte sie nicht nur die Beziehungen zu und zwischen anderen Akteuren nach ihren Vorstellungen gestalten [...], sondern zielt darauf ab, die Weltordnung insgesamt *strukturell* zu beeinflussen.“¹²⁶

In der EU ist man daher darauf bedacht, in internationalen Organisationen vertreten zu sein, um die eigenen Anliegen aufzuzeigen und bestmöglich umzusetzen. Diese Maxime ist ein wesentliches Merkmal in der Ausgestaltung der GASP.¹²⁷

Die Mitgliedsstaaten bekennen sich infolge der Anerkennung eines gemeinsamen außenpolitischen Instrumentariums der EU zum wertegeleiteten Zielkatalog und verpflichten sich entsprechend zu handeln. Die GASP ist in ihrem Handlungsspielraum nicht nur regional eingegrenzt, sondern stets auch global orientiert.¹²⁸

Die Themengebiete und Arbeitsbereiche sind hierbei sehr vielfältig und ausgedehnt. Thematische Schwerpunkte liegen im Bereich der Menschenrechte und der Konfliktprävention sowie der Stabilisierung nach Konflikten. Weitere Teilbereiche sind die Einführung von Reformen und der Umgang mit sicherheitsrelevanten Zwischenfällen. Auch Glückwünsche und Kondolenzbotschaften bilden einen kleinen Bereich dieser Arbeit. Die Vertreter der Mitgliedsländer verfassen im Rahmen der GASP zu jeglichen Themen Erklärungen und Stellungnahmen, um die Position und Meinung der EU zu verdeutlichen und um die Öffentlichkeit zu informieren. Der geographische Schwerpunkt der GASP liegt vorrangig in Nordafrika und in Osteuropa sowie den Balkanstaaten, gefolgt von Asien, dem Nahen Osten und den Golfstaaten. In Lateinamerika und Nordamerika findet die GASP hingegen vergleichsweise wenig Anwendung. Die GASP versucht hierbei in ihrer Arbeit stets die Interessen aller Mitgliedsstaaten zu vertreten, kann dies aber aufgrund der Vielfalt nur schwer erfüllen. Dies ist ein wesentlicher Kritikpunkt an der gemeinsamen EU-Außenpolitik.¹²⁹

¹²⁵ Algieri, Franco (2010): 131f

¹²⁶ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 127 [Hervorhebung i.O.]

¹²⁷ Gaedtker, Jens-Christian (2009): 127

¹²⁸ Vgl. Algieri, Franco (2010): 49ff

¹²⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 233-238

4.1.1 Akteure der GASP

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist ein Politikbereich, auf deren Grundlage die Außenpolitik der Union gestaltet wird. Der Arbeitsbereich der GASP ist themenübergreifend, weshalb eine Verzahnung mit anderen EU-Organen notwendig und sinnvoll erscheint. Jede einzelne Akteurin erfüllt durch ihre zugewiesenen Rollen und Aufgaben, Leistungsbeiträge an die GASP, wodurch diese ihre Struktur erhält. Mitwirkende sind hauptsächlich die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der ihr unterstellte Europäische Auswärtige Dienst, der Europäische Rat, der Rat der EU, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament.

Die *Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik* und der ihr untergeordnete *Europäische Auswärtige Dienst* sind 2009, mit dem Vertrag von Lissabon, zur Leitung und Koordinierung der GASP neu erschaffen worden¹³⁰.

Dieser Posten symbolisiert die Bemühung der EU eine Europäische Außenministerin zu schaffen, die die außenpolitische Dimension der EU repräsentiert¹³¹.

Allen voran, soll die Hohe Vertreterin der EU-Außenpolitik ein Profil anhand von ‚Stimme und Gesicht‘ verleihen und sie gegenüber anderen Akteurinnen vertreten. Da der Bereich, der die Außenpolitik betrifft, sehr umfassend ist, wünscht man sich durch die neue Aufgabenteilung mehr Kohärenz und Effizienz. Im Detail bestehen die Anforderungen an die Außenvertreterin darin, politische Dialoge mit anderen Akteurinnen zu führen und die Standpunkte der Europäischen Union zu repräsentieren und zu verdeutlichen. Hierfür ist die Harmonisierung der unterschiedlichen Ansichten und Meinungen der Mitgliedsstaaten erforderlich. Dies gehört vermutlich zu den anspruchsvollsten Aufgaben der Hohen Vertreterin, da jeder Mitgliedsstaat eine eigene Außenpolitik beansprucht. Diese müssen zwar den Werten der EU entsprechen, sind aber ansonsten unabhängig. Die Außenvertreterin versteht sich somit als Bindeglied der Europäischen Union und ihrer Mitglieder. Zu den sonstigen Tätigkeiten dieses Amtes gehört die Beschlussfassung außenpolitischer Aktivitäten.

¹³⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 153-159

¹³¹ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 83

Die Amtszeit beläuft sich auf mindestens fünf Jahre und die Ernennung erfolgt mit qualifizierter Mehrheit (mindestens 55% der Mitgliedsstaaten und gleichzeitig 65% der EU-Bevölkerung) durch den Europäischen Rat und der zusätzlichen Zustimmung durch den Kommissionspräsidenten. Eine finale Affirmation durch das Europäische Parlament ist für die endgültige Ernennung notwendig. Mit dem Amtsantritt ist die Hohe Vertreterin Vizepräsidentin der Kommission und hält den Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Rat der EU). Außerdem nimmt die Außenvertreterin an der Arbeit des Europäischen Rates teil. Die Hohe Vertreterin ist somit nicht nur Bindeglied aller EU-Mitgliedsstaaten, sondern aller Akteure der Union. Das Amt ist vordergründig repräsentativ, da es zur Vermittlung dient und weniger zur Gestaltung der EU-Außenpolitik. Nichtsdestotrotz ist das Amt bedeutungsvoll, weil die Präsenz der EU-Außenpolitik bis dato einen großen Kritikpunkt darstellte.¹³²

Aufgrund der Komplexität dieses Politikbereiches, in dem so viele, teilweise divergierende Interessen zu einer gemeinsamen außenpolitischen Linie zusammengefasst werden sollen, ist die Arbeit der Hohen Vertreterin sehr anspruchsvoll. Daher wurde ihr der *Europäische Auswärtige Dienst* zur Seite gestellt, um sie zu entlasten und zu unterstützen. Dieser hilft bei sämtlichen Bereichen der EU-Außenpolitik und ihrer Koordinierung mit den Mitgliedsstaaten. Sein Aufgabenbereich beinhaltet allen voran die außenpolitische Gesamtkoordinierung, die Gestaltung von Planungs- und Umsetzungsaufgaben sowie die Erstellung von Expertisen. Außerdem entsendet der EAD Delegationen in Drittstaaten bzw. in internationale Organisationen. Die Zentrale des Europäischen Auswärtigen Dienstes befindet sich in Brüssel und beschäftigt mehrere tausend Mitarbeiterinnen. Diese sind in verschiedenen Abteilungen tätig, die nach Regionen und Themen zu unterscheiden sind. Durch diese neuen Aufteilungen soll die EU-Außenpolitik kohärenter und effizienter werden.¹³³

Der *Europäische Rat* besteht aus den ranghöchsten Vertretern der Mitgliedsländer, die durch intergouvernementale Zusammenarbeit über die Grundsätze der EU abstimmen und dadurch richtungsweisende Entscheidungen treffen.¹³⁴

¹³² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 153-159

¹³³ Vgl. ebd.: 160-164

¹³⁴ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 117

Während die Hohe Vertreterin bei Ratssitzungen als Delegierte der EU auftritt und deren Außenpolitik als ranghöchste EU-Diplomatin vertritt, ist der Präsident des Europäischen Rates Delegierter der nationalstaatlichen Ebene und Leiter der Sitzungen. Diese finden für gewöhnlich zweimal pro Halbjahr statt, es sei denn der Präsident lädt aufgrund von ungewöhnlichen Umständen zu einer außerordentlichen Tagung. Mitwirkende sind neben dem EU-Ratspräsidenten des Europäischen Rates, die derzeit 28 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer, der Kommissionspräsident sowie die Hohe Vertreterin der Union. Sie gemeinsam legen in kleinen und informellen Runden die Leitlinien für die Europäische Außenpolitik fest, die für die Interessen der EU stehen. Je nach Thematik können allerdings noch andere Expertinnen zu diesen Runden hinzugezogen werden. Diese Expertinnen, die Hohe Vertreterin, der Kommissionspräsident und der Ständige Präsident des Europäischen Rates haben jedoch kein Stimmrecht. Mittels Konsensentscheidungen, bei denen kein Widerspruch auch als Zustimmung gilt (es sei denn es handelt sich um festgelegte Ausnahmen), werden diese Grundgedanken schließlich festgelegt und in Schlussfolgerungen nach den Versammlungen als Beschlüsse formuliert.¹³⁵

Der Europäische Rat ist folglich ein Schlüsselakteur in der EU-Außenpolitik, denn er „[...] gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten hierfür fest.“¹³⁶

Der *Rat der EU*, auch bekannt als *Ministerrat*, ist ebenfalls ein wesentliches Organ der EU-Außenpolitik, da als Entscheidungsgremium gesetzgebend tätig ist. Er besteht aus je einem Minister pro Mitgliedsstaat, der die nationalstaatlichen Interessen vertritt. Zusätzlich gibt es einen Präsidenten, dessen Vorsitz halbjährlich zwischen den EU-Staaten rotiert. Die Aufgabe des Präsidenten ist unter anderem die Organisation und Leitung der Ratstreffen. Insgesamt gibt es im Ministerrat zehn verschiedene Ratsformationen (Allgemeine Angelegenheiten; Auswärtige Angelegenheiten; Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz; Bildung, Jugend, Kultur und Sport; Justiz und Inneres; Landwirtschaft und Fischerei; Umwelt; Verkehr, Telekommunikation und Energie; Wettbewerbsfähigkeit; Wirtschaft und Finanzen) an deren Sitzungen die jeweiligen Fachminister der Länder teilnehmen und sie vertreten.

¹³⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 132-140

¹³⁶ Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel III, Artikel 15 (1)

Für die gemeinsamen Beschlüsse gibt es je nach Ratsformation verschiedene Abstimmungsmethoden (Einfache Mehrheit, Qualifizierte Mehrheit, Superqualifizierte Mehrheit, Einstimmigkeit).¹³⁷

Mit dem Vertrag von Lissabon wurden die Felder, bei denen eine qualifizierte Mehrheit zur Beschlussfassung ausreicht, ausgeweitet, um die EU handlungsfähiger zu gestalten. Für eine qualifizierte Mehrheit braucht es die Zustimmung von mindestens 55% der Mitgliedsstaaten, die gleichzeitig 65% der gesamten EU-Bevölkerung darstellen.¹³⁸

Eine Besonderheit fällt der Ratsformation für Auswärtige Angelegenheiten zu, bei dem die Außenminister der Mitgliedsstaaten zusammenkommen und außenpolitische Angelegenheiten der Union behandeln. Anders als bei den sonstigen Themengruppen übernimmt beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten nicht der Präsident die Leitung, sondern die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Ziel ist es einen gemeinsamen Standpunkt zu den jeweiligen spezifischen Themen zu erarbeiten, die sich im Rahmen der vorgegebenen Leitlinien des Europäischen Rates bewegen. Zur administrativen Unterstützung gibt es ein Generalsekretariat und gesonderte Arbeitsgruppen, die Zuarbeit leisten. Im Rat für Auswärtige Angelegenheiten gilt jedoch stets das Prinzip der Einstimmigkeit, da die Außenpolitik ein sensibles Feld für die Mitgliedsländer darstellt, welches sie explizit mitgestalten wollen. Der Rat der EU, bzw. Ministerrat, ist folglich ein Konglomerat einzelstaatlicher Interessen, welche in gemeinsamen Rechtsvorschriften zusammengefasst werden.¹³⁹

Die *Europäische Kommission* ist ein Exekutivorgan der Europäischen Union, dessen Aufgabe darin besteht die allgemeinen Interessen der EU zu fördern. Jeder Mitgliedsstaat stellt einen Kommissar, wobei es für jeden Bereich der EU-Innen- und Außenpolitik einen eigenen Kommissar gibt. Ihre Tätigkeiten umfassen im Wesentlichen die Festlegung von Leitlinien für politische Umsetzungen, ein Initiativmonopol für Gesetzesvorschläge und die Überwachung bestehender Gesetze sowie die Ausarbeitung und Gestaltung des EU-Haushaltes. Hierfür verfügt die Kommission über einen aufwendigen administrativen Apparat. Dazu zählen neben den Vertretungen in den Mitgliedsstaaten auch die Generaldirektion und die

¹³⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 141-147

¹³⁸ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 126f

¹³⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 141-145

entsprechenden Bereichsdirektionen (z.B. Handel, Nachbarschaftspolitik und Erweiterung, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz, Klimapolitik, Maritime Angelegenheiten und Fischerei). Der Kommissionspräsident übernimmt außerdem die Außenvertretung für die Tätigkeitsfelder der Kommission, allen voran betrifft dies die Handelspolitik und die Entwicklungspolitik als größte Ressorts. In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat die Kommission jedoch nur eine ambivalente Nebenrolle, da sie, anders als in den Gemeinschaftsbereichen der EU-Außenpolitik (Handelspolitik, Entwicklungspolitik, Humanitäre Hilfe), über kein Initiativrecht in diesem Bereich verfügt. Stattdessen übt sie nur durch die Ausarbeitung und Gestaltung der Haushaltspläne der Union indirekten Einfluss auf die GASP aus. Größere Einflussnahme in der EU-Außenpolitik hat die Kommission folglich nur in den Gemeinschaftsbereichen, wo sie über das Initiativmonopol verfügt und diese Bereiche dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegen. Nicht zuletzt gilt die Europäische Kommission als ‚Motor der Integration‘, weil sie mit ihrem Vorschlagsrecht für die allgemeinen Interessen der EU handelt.¹⁴⁰

Das *Europäische Parlament* ist mit 751 Abgeordneten die Vertretung des europäischen Volkes und als gesetzgebendes Organ tätig. Mit dem Vertrag von Lissabon wurden die Kompetenzen des Parlamentes deutlich ausgebaut, um die demokratischen Prinzipien zu stärken. Neben einer Erhöhung der Anzahl an Abgeordneten, hat man eine degressiv-proportionale Aufteilung der Sitze eingeführt. Diese soll dazu dienen, dass die Bevölkerung kleinerer Länder gegenüber bevölkerungsreichen Nationen stärker repräsentiert werden. Eine weitere, besonders wichtige Kompetenzausweitung besteht im neuen, ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, welches das Parlament zum gleichwertigen Gesetzgeber, neben dem Ministerrat und der Kommission, befördert.¹⁴¹

Die Beschlüsse der Abgeordneten werden durch eine Mehrheit im Parlament beschlossen. In der Europäischen Außenpolitik sind die Kompetenzen des Parlaments allerdings gespalten. Während es in der Gemeinschaftsdimension der EU-Außenpolitik über das Mitentscheidungsverfahren am ordentlichen Gesetzgebungsverfahren

¹⁴⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 147-153

¹⁴¹ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 109-114

teilnimmt, sind die Kompetenzen im Bereich der GASP bescheiden. Dort verfügt das Parlament lediglich über Informations- und Anhörungsrechte. Diesbezüglich steht es in enger Kooperation mit der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Außerdem ist das Parlament befugt, Anfragen und Empfehlungen an den Rat der EU und die Hohe Vertreterin zu stellen. Dadurch gleicht es eher einem Forum, in dem substanzielle Themen besprochen und beraten werden. Insbesondere das Thema Menschenrechte hat einen hohen Stellenwert in den Versammlungen der Abgeordneten. Einzig durch sein Budgetrecht ist das Parlament wesentlich an der Gestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt.¹⁴²

Die Europäische Außenpolitik ist folglich ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Organe. Diese haben unterschiedliche Aufgabenbereiche und differierende Vorgehensweisen bei ihrer Tätigkeit. Die ungleiche Kompetenzaufteilung birgt jedoch Konfliktpotenzial, weil einige Akteurinnen mehr Einfluss haben als andere. Diese Einflussnahme wiederum hängt von der außenpolitischen Dimension ihrer Zuständigkeit ab, die vertraglich geregelt ist (ausschließliche/geteilte Zuständigkeit, unterstützende / koordinierende / ergänzende Maßnahmen). Die GASP hingegen stellt einen Sonderbereich der EU-Außenpolitik dar, die mit gesonderten Bestimmungen ausgestattet ist. Grund dafür ist die intergouvernementale Struktur dieser Dimension, in der die Mitgliedsstaaten eine dominante Stellung einnehmen und somit eine gemeinschaftliche Dimension auf EU-Ebene verhindern. Die Souveränität der Nationalstaaten im Bereich der Außenpolitik bleibt ihnen also erhalten. Neben den Europäischen Institutionen und Organen sind in der GASP folglich die Nationalstaaten von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der EU-Außenpolitik.¹⁴³

4.1.2 Funktionsweise der GASP

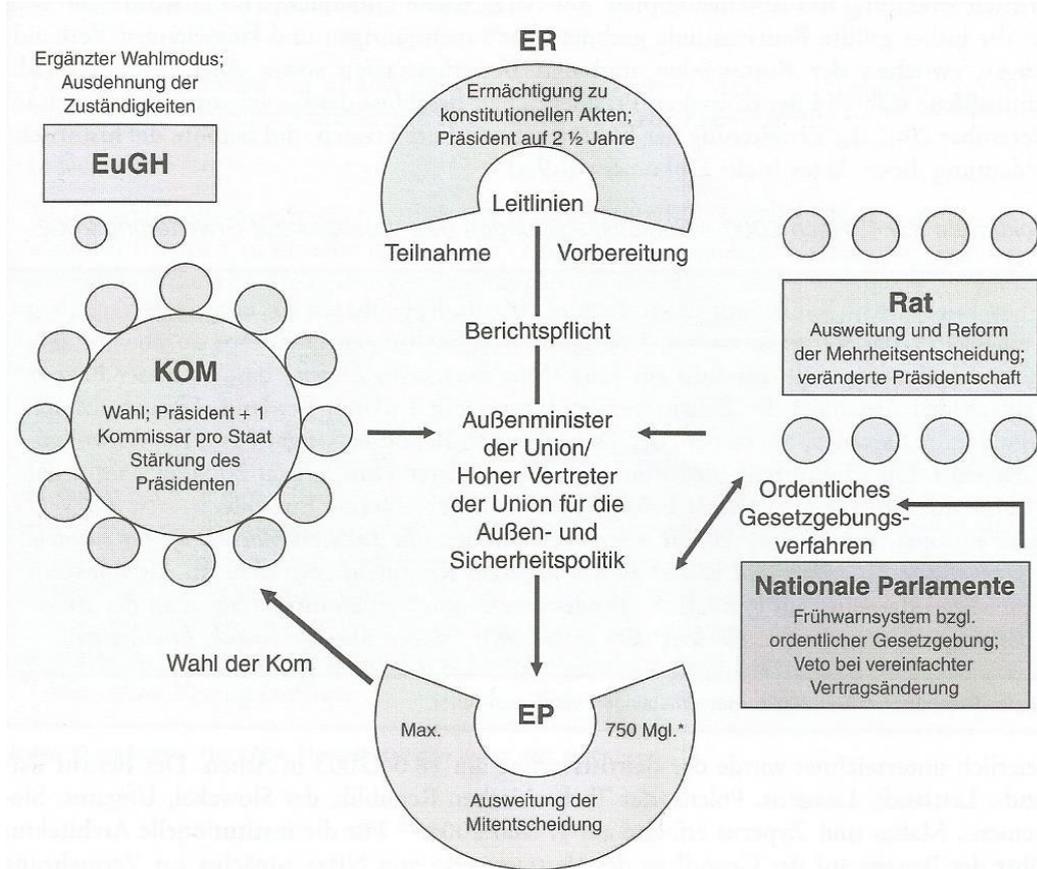
Die Funktionsweise der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unterliegt einer vorgeschriebenen Arbeitsweise der Akteurinnen, die vorwiegend intergouvernemental geprägt ist¹⁴⁴.

¹⁴² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 165-169

¹⁴³ Vgl. ebd.: 173-177

¹⁴⁴ Vgl. Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 395

Abb. 10: Die institutionelle Architektur der EU.



Quelle: Wessels, Wolfgang (2008): 107

Die Abbildung verdeutlicht, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ein Zusammenspiel mehrerer Akteurinnen ist, die für eine gemeinsame Ausgestaltung der EU-Außenpolitik verantwortlich sind.

„An oberster Stelle steht der Europäische Rat, der die allgemeinen Leitlinien der GASP festlegt. Basierend auf den strategischen Vorgaben der Staats- und Regierungschefs fasst der Rat [für Auswärtige Angelegenheiten] (unter dem Vorsitz des Hohen Vertreters) die erforderlichen Beschlüsse und setzt Leitlinien in konkrete Politik um. Die Mitgliedstaaten koordinieren ihre einzelstaatliche Politik und vertreten die gemeinsam festgelegten Standpunkte der Union. [...] [Prinzipiell] kann jeder Mitgliedstaat, der Hohe Vertreter oder der Hohe Vertreter mit Unterstützung der Kommission den Rat mit einer Frage der GASP befassen und Initiativen oder Vorschläge einbringen. [...] Europäische Kommission und Europäisches Parlament haben [...] in der GASP nur eine Nebenrolle inne.“¹⁴⁵

Es ist zu betonen, dass nahezu alle Entscheidungen der Akteurinnen in der GASP, die in Beschlüssen zusammengefasst werden, auf dem Prinzip der Einstimmigkeit beruhen. Nur in einigen wenigen Ausnahmen wird von dieser Regel abgewichen.¹⁴⁶

¹⁴⁵ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 178

¹⁴⁶ Vgl. Wessels, Wolfgang (2008): 398f

4.2 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird ergänzt durch eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU, welche an dieser Stelle kurz erläutert wird.

Die Anfänge der heutigen GSVP gehen zurück auf geopolitische Entwicklungen in den 1990er Jahren, nämlich den Ost-West-Konflikt und die Balkankriege, die zunehmend sicherheitspolitischen Themen in Europa Auftrieb gaben.¹⁴⁷ „Entscheidend für die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) war ein bilateraler Gipfel [im Jahre 1998] zwischen Frankreich und Großbritannien [...]. Dort einigten sich die beiden größten europäischen Militärmächte auf eine Initiative, die EU mit einer militärischen Komponente auszustatten. Ausschlaggebend [...] waren insbesondere der Eindruck der Abhängigkeit der Europäer von den USA im Zuge der Bürgerkriege auf dem Balkan [...].“¹⁴⁸ Schließlich kam es daraufhin in den Folgejahren zur Ausgestaltung der ESVP durch die EU-Mitgliedsstaaten¹⁴⁹, die sie in diesem Bereich handlungsfähiger machen sollte. Mit dem Vertrag von Nizza 2003 wurde die ESVP dann offiziell ein Teilbereich der GASP und ist vor allem im Bereich der Friedenssicherung und Konfliktbewältigung tätig geworden. Im Vertrag von Lissabon 2009 wurde die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik dann in eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umgetauft.¹⁵⁰

Die GSVP ist ein Instrument, welches intergouvernemental und operativ eingesetzt wird. Die Union verfügt hierbei über keine eigene Armee, die im Sinne einer klassischen Verteidigung von Territorium handelt. Stattdessen beteiligen sich die Mitgliedsstaaten an einem Krisenmanagement für friedenserhaltende Maßnahmen rund um Europa und in der Welt. Hierfür dienen sog. Missionen als zentrales Werkzeug. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) ist das Zentrum der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, von dem aus die Tätigkeiten der GSVP koordiniert werden. Es beinhaltet unter anderem die Beobachtung der internationalen Lage sowie die Kontrolle bzw. Leitung der sicherheitspolitischen Missionen. Daneben existieren einige weitere Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die sich speziellen Themenbereichen widmen. Entscheidungen im Bereich der GSVP

¹⁴⁷ Vgl. Algieri, Franco (2010): 91f

¹⁴⁸ Weidenfeld, Werner (2010): 191

¹⁴⁹ Dänemark ist mittels einer Ausnahmeregelung nicht Teil dieser Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

¹⁵⁰ Vgl. Weidenfeld, Werner (2010): 191f

müssen ausschließlich einstimmig getroffen werden, da die Verteidigung den Kern nationaler Souveränität darstellt und Mehrheitsbeschlüsse daher ausgeschlossen sind. Die Beschlüsse werden, entsprechend vorgegebener Leitlinien des Europäischen Rates, durch den Rat für Auswärtige Angelegenheiten und der in ihm vertretenen Außenminister und gegebenenfalls Verteidigungsminister gefasst.¹⁵¹

4.3 Kritik an der GASP

„Die EU erhebt für sich den Anspruch, eine an Werten orientierte Außenpolitik zu verfolgen. Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind grundlegende Bestandteile der Ordnung der politischen Systeme in den Mitgliedstaaten der EU. Die Umsetzung einer wertgeleiteten Außenpolitik erweist sich jedoch nicht als einfach und hat in manchen Fällen ihre Grenzen erreicht.“¹⁵² Diese Grenzen sind altbekannte Problematiken in der Europäischen Union. Im Allgemeinen leidet die Europäische Außenpolitik unter Komplexität, Inkohärenz und Ineffizienz. Zudem werden die Wertvorstellungen der EU, durch subjektive Normen und Wertvorstellungen ergänzt.

Konkret bedeutet dies, dass die Union Defizite in ihrer institutionellen Struktur aufweist. Zum einen ist es die Vielzahl an Mitgliedsstaaten und zum anderen sind es die Handlungsweisen der außenpolitischen Organe, die zu diesen Defiziten führen. Das Dilemma besteht hauptsächlich darin, dass die EU-Staaten in der GASP (und auch in der GSVP) eine gemeinsame Position vertreten sollen, aber gleichzeitig zwei Ebenen vertreten müssen - die eigene nationalstaatliche und die europäische Ebene. Bei derzeit 28 Akteurinnen ist Einigkeit nicht immer widerspruchslös und ohne Kompromisse zu erlangen, wodurch es zu einer Verwässerung der Prinzipien kommt. „[...] Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik gehören traditionell zum Kern staatlicher Souveränität, den viele Mitgliedstaaten nicht aufgeben wollen.“¹⁵³ Die in der GASP sitzenden Vertreterinnen der Nationalstaaten befinden sich oftmals in einem Interessenkonflikt. Die außenpolitischen Absichten und Strategien eines einzelnen Staates können durchaus von denen der EU abweichen. Um die Außenpolitik der EU dennoch erfolgreich fortführen zu können, müssen die Vertreterinnen einen einstimmigen Konsens finden. Diese Konsensfindung kann manchmal schnell erfolgen

¹⁵¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 183-187

¹⁵² Algieri, Franco (2010): 158

¹⁵³ Weidenfeld, Werner (2010): 185

oder aber langwierige Verhandlungen nach sich ziehen, die für die Außenpolitik eine Stagnation und eine Abschwächung der eigenen Position zur Folge haben können.

Das Manko der GASP liegt folglich in der Entscheidungsfindung mittels Einstimmigkeit zwischen den Mitgliedern. Nur in einigen wenigen Fällen wird von dieser Regel abgewichen. Uneinigkeiten können zur vorübergehenden Handlungsunfähigkeit der GASP führen, weil man ohne die Zustimmung der Mitgliedsstaaten nicht tätig werden darf. Selbiges gilt auch für die GSVP. Dadurch verliert die EU-Außenpolitik an Beständigkeit und an Glaubwürdigkeit in der Weltpolitik und die EU wird daran gehindert sich weiterhin als Global Player zu etablieren.¹⁵⁴

Zudem können ökonomische Aspekte, die vor allem im Umgang mit autoritären Regimen oftmals in Konkurrenz zu den Prinzipien einer wertegeleiteten Außenpolitik stehen, die Umsetzung einer ebensolchen erschweren, was sich zum Beispiel in den Beziehungen zwischen der EU und China zeigt.

Positiv hervorzuheben ist hingegen, dass die Europäische Union dennoch versucht ihre demokratischen Prinzipien zu verfolgen. Diese Prinzipien gelten auch bei der Konsensfindung zur Gestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Jeder Mitgliedsstaat hat in der GASP und GSVP ein Stimmrecht, welches ihm erlaubt an außenpolitischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen und sie mitzugestalten. Bei erfolgreicher Konsensfindung kann dies die Union beleben, stärken und als Gemeinschaft festigen. Dies gelingt den EU-Staaten insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, wo sie durch ihren Zusammenschluss den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen haben. Als globale Wirtschaftsmacht haben sie daher Einfluss auf Weltwirtschaft und Weltpolitik und stärken so auch die eigene nationale Außenpolitik. Trotz dieser besonderen Stärke und einer dementsprechenden wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung der gesamteuropäischen Außenpolitik, besinnt sich die Europäische Union aber auch stets auf ihren Ursprung als friedensschaffendes und -erhaltendes Bündnis zurück.

¹⁵⁴ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 224ff

4.4 Außenhandelspolitik der EU

„Der Binnenmarkt [der EU] gilt bis heute als das Herz des europäischen Einigungsprozesses. Die wirtschaftliche Integration ist eine Erfolgsgeschichte, die mit der Wirtschafts- und Währungsunion eine weltweit einzigartige Stufe erreicht hat.“¹⁵⁵

Kennzeichnend für den Europäischen Binnenmarkt sind die vier Grundfreiheiten: „[...] der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital [...]“¹⁵⁶

Mittlerweile verfügt die Union über den weltweit größten Binnenmarkt und ist zur Wirtschafts- und Handelsmacht herangewachsen, die für viele Staaten zur wichtigsten Handelspartnerin geworden ist. Neben der EU-Binnenmarktpolitik gehört auch die Außenhandelspolitik der Europäischen Union zu den ältesten Bereichen der EU-Außenpolitik.¹⁵⁷

Die Handelspolitik der EU ist eine vergemeinschaftete Dimension der Außenpolitik, die von den Institutionen der EU vertreten wird und den Außenhandel der EU mit Drittstaaten regelt. Das sogenannte ‚institutionelle Dreieck‘ besteht aus der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat sowie dem Europäischen Parlament. Anhand der Gesetze im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens entscheiden sie über die Entwicklung der Europäischen Handelspolitik. Die Kommission fungiert hierbei als Initiatorin von Gesetzesvorschlägen, der Rat und das Parlament müssen diesem mit einer Mehrheit zustimmen, um es geltend machen zu können. Andernfalls können sie Änderungsvorschläge einbringen. Anzumerken ist zudem, dass die Kompetenz des Parlaments zur Mitentscheidung in der Handelspolitik mit der Einführung des Vertrages von Lissabon merklich ausgedehnt wurde.¹⁵⁸

Vor Lissabon wurden die Abgeordneten über handelspolitische Themen informiert und ihre Meinungen wurde angehört, der Einfluss auf weiterführende Entwicklungen blieb jedoch gering.¹⁵⁹

In der Europäischen Handelspolitik unterscheidet man zwischen vertraglicher und autonomer Handelspolitik. Die autonome Gestaltung basiert auf handelspolitischen

¹⁵⁵ Weidenfeld, Werner (2010): 171

¹⁵⁶ Ebd. 172

¹⁵⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 262f

¹⁵⁸ Vgl. ebd. 193ff

¹⁵⁹ Vgl. Wessels, Wolfgang (2008): 368f

Maßnahmen, die durch den Europäischen Rat und die Kommission eigenständig initiiert werden. Die vertragliche Handelspolitik gründet hingegen auf bilateralen sowie regionalen Abkommen. Diese werden vordergründig für Handelsliberalisierungen zwischen zwei Akteurinnen eingesetzt, wobei seit den 1990ern nicht mehr nur ökonomische Faktoren gewertet werden, sondern auch normative Bedingungen (z.B. Demokratie und Menschenrechte) seitens der EU Eingang in die Verträge finden.¹⁶⁰ Diese Entwicklung verdeutlicht, wie die EU über ihre wirtschaftliche Stärke versucht, auch ihre demokratischen und aufklärerischen Werte in der Welt zu verbreiten und warum die Bewahrung ihrer wirtschaftlichen Stärke eine Schlüsselrolle in der Gestaltung ihrer Außenpolitik einnimmt. Durch den wirtschaftlichen Einfluss wird schließlich auch die Durchsetzung normativer Ziele der Europäischen Union möglich. „Insgesamt kann man die Außenhandelspolitik ohne Zweifel als eines der Schlüsselemente der EU-Außenpolitik bezeichnen. Dies lässt sich zum einen begründen mit der globalen ökonomischen Stärke der Union, die maßgeblich auf dem Fundament der Gemeinsamen Handelspolitik ruht. [...] Die hohe Relevanz dieses Politikbereichs rührt zum anderen daher, dass die Handelspolitik als Instrument und Vehikel genutzt wird, um Ziele in anderen Dimensionen der EU-Außenpolitik zu realisieren, so etwa in der Entwicklungszusammenarbeit, der Erweiterungspolitik, der Europäischen Nachbarschaftspolitik oder beim Einsatz von Sanktionen gegenüber Drittstaaten.“¹⁶¹ In diesem Kontext stellt die Gemeinsame Handelspolitik der EU eine substitutive Außenpolitik dar, weil sie wesentlich zur außenpolitischen Positionierung und Wahrnehmung der Europäischen Union beiträgt.

Das Handelsabkommen ‚Transatlantic Trade and Investment Partnership‘ (TTIP) ist ein aktuelles Fallbeispiel für eine wirtschaftliche Kooperation zwischen den USA und der EU.

Der Beginn konkreter Verhandlungen war im Februar 2013, wobei erste Überlegungen zu einem solchen Abkommen, auch aufgrund der sowieso vorhandenen engen Partnerschaft, schon deutlich länger existieren. Das TTIP-Abkommen strebt Handelsliberalisierungen zwischen den USA und der EU an, mit dem Ziel Wachstum, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Neben dem Abbau von Zöllen und Mengenbeschränkungen ist die vertragliche Festlegung gemeinsamer Normen und Standards grundlegendes Vorhaben der Verhandlungen. Diese Deregulierungen

¹⁶⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 268-272

¹⁶¹ Ebd.: 276

würden den größten bilateralen Wirtschaftsraum schaffen. Daneben gibt es jedoch auch viel Kritik, insbesondere seitens der europäischen Bevölkerung und des EU-Parlaments, die sich vor allem auf die Gefährdung hoher Standards in der europäischen Landwirtschaft, dem Umwelt- sowie Verbraucherschutz bezieht. Bei Überwindung dieser Beanstandungen könnte das TTIP-Abkommen den Atlantik sozusagen zu einer neuen ‚Handelsstraße‘ umfunktionieren.¹⁶²

„Neben ökonomischen Vorteilen sind mit der TTIP geopolitische Ziele verbunden. So hoffen die EU und die USA, durch den transatlantischen Markt regulatorische Maßstäbe weltweit setzen zu können. Zwischen den USA und der EU ausgehandelte Standards könnten – so die Hoffnung – zum globalen Standard werden und somit die Wettbewerbsfähigkeit der transatlantischen Partner ankurbeln.“¹⁶³

Das Entscheidungsverfahren über das TTIP-Abkommen innerhalb der EU kann in drei Verhandlungsphasen unterteilt werden. Dazu gehören die Vergabe des Verhandlungsmandats, die Verhandlungsrunden und die Schlussentscheidung. Das Mandat wurde 2013 einstimmig durch den Rat der EU an die Kommission erteilt. Die Aufnahme der Verhandlungen erfolgte dann durch die Handelsgeneraldirektion der Kommission unter der Leitung von Cecilia Malmström. Im Trade Policy Committee verhandelt die Generaldirektion mit den im Rat der EU sitzenden Vertretern der Mitgliedsstaaten über mehrere Runden über die Inhalte des Abkommens. In den Verhandlungsrunden zwischen der EU und den USA verhandelt dann der europäische Chefunterhändler García Bercero über die europäischen Standpunkte mit Dan Mullaney auf amerikanischer Seite. Im Falle einer beidseitigen Einigung über das Abkommen, würden der Rat der EU und das Parlament, im Zuge einer Ratifizierung über das Inkrafttreten des ausgehandelten Abkommens entscheiden.¹⁶⁴

Mit den Wahlen in den USA und Trump als neuem US-Präsidenten verzögern sich jedoch die weiteren Verhandlungen. Der Ausgang des Abkommens ist daher noch ungewiss. Die Europäische Union verhandelt parallel ein Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), welches ähnliche Effekte wie TTIP bringen soll.

Anstelle der Schaffung einer gemeinsamen Welthandelsordnung steigt folglich die Zahl bilateraler Handelsabkommen, die für die Akteurinnen ökonomische Erfolge erzielen sollen und damit einhergehend auch globalen Einfluss erweitern sollen.¹⁶⁵

¹⁶² Vgl. Gregosz, David; Walter, Benedikt (29.7.2013): Die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft. Dynamik durch vertieften Handel? Aus: Konrad Adenauer Stiftung. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_35204-544-1-30.pdf?140619091102 (Abrufdatum: 18.6.2017): 9-24

¹⁶³ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 273

¹⁶⁴ Vgl. ebd.: 273f

¹⁶⁵ Vgl. Gregosz, David; Walter Benedikt (29.7.2013): 20

4.5 Fazit

Die EU war von Anfang an ein Friedensprojekt. Sie ist das Ergebnis einer wirtschaftlich geprägten Gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) von 1951 sowie der Wirtschaftsgemeinschaft von 1957. Heute ist die Union zudem eine Wertegemeinschaft, die für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Menschenrechte und vor allem Frieden plädiert.

Seit den ökonomischen Anfängen hat sich die EU sowie deren Außenpolitik kontinuierlich vertraglich und institutionell weiterentwickelt und basiert seit dem 1. Dezember 2009 auf dem Vertrag von Lissabon. Die Außenpolitik zeichnet seitdem ein Mehrebenensystem und eine Mehrdimensionalität aus, wobei der Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik den Kern darstellt. Die GASP ist ein Instrument zur Koordinierung außenpolitischer Tätigkeiten der EU anhand von mehreren Organen mit unterschiedlichen Kompetenzen. Richtungsweisend für die Gestaltung dieser zwischenstaatlichen Politik sind die europäischen Werte und der Multilateralismus. Da die Außenpolitik ein sensibler Bereich ist und die Nationalstaaten auf ihre Souveränität beharren, gilt in der GASP bei Entschlüssen das Prinzip der Einstimmigkeit. Für eine erfolgreiche und in der Welt bedeutsame EU-Außenpolitik ist es daher erforderlich eine gemeinsame Position aller Mitgliedsstaaten zu erreichen, was jedoch mit vielen Schwierigkeiten verbunden ist. „Europäische Außenpolitik ist [...] für die Mitgliedstaaten der EU [zwar] eine wichtige Ergänzung der nationalen Außenpolitik. An ihrem Ausbau haben die Mitgliedstaaten ein Interesse, um ihre Handlungspotentiale zu erweitern. Diesem Ausbau sind aber aus theoretischer Sicht insoweit Grenzen gesetzt, als sie die Möglichkeiten des Nationalstaats, seine Interessen bei Bedarf selbst zu verfolgen, nicht unterminieren darf.“¹⁶⁶ Dies verdeutlicht die Janusköpfigkeit¹⁶⁷ der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten. Die Außenhandelspolitik der EU ist, wie die GASP und die GSVP, ein wesentlicher Bereich der EU-Außenpolitik, unterliegt jedoch der Gemeinschaftsdimension und befindet sich damit in der Zuständigkeit der Institutionen der EU. Diese setzen die Handelspolitik als Instrument für ökonomische und normative Ziele der EU ein.¹⁶⁸

¹⁶⁶ Gaedtke, Jens-Christian (2009): 25

¹⁶⁷ Januskopf dient als Begriff zur Beschreibung von Zwiespältigkeit.

¹⁶⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 276

Mit der mehrdimensionalen Außenpolitik¹⁶⁹ setzt die Europäische Union Akzente hinsichtlich ihrer globalen Ziele und Interessen.

Die Ausgestaltung einer Europäischen Geostrategie erweist sich allerdings als diffizil, da der außenpolitische Fokus einzelner Mitgliedsstaaten durchaus voneinander divergieren kann. Dennoch ist man stets bemüht, diese unterschiedlichen Interessen im Sinne einer gemeinsamen Positionierung in außenpolitischen Fragen auf einen Nenner zu bringen, was im Idealfall z.B. die Verhandlungsposition und Repräsentation aller Mitgliedsstaaten stärken würde. In der Realität erfolgen diese Übereinkünfte allerdings zumeist auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, da eine einstimmige Einigung aller Mitglieder schwer auszuhandeln ist.

¹⁶⁹ Siehe Graphik ‚Mehrdimensionales Mosaik der EU-Außenpolitik‘ (Abb.9 / Kap.4)

5. Geostrategie im 21. Jahrhundert

Geostrategie entspringt der Ideologie der Geopolitik und ist ein wesentlicher Teil internationaler Politik. Sie ist ein Medium zur Ausführung geopolitischer Absichten in der Außenpolitik.¹⁷⁰

In einer multipolaren Welt geht es den Akteurinnen nicht mehr nur um die militärische Inbesitznahme von Territorien, sondern vor allem um die Einflussnahme auf weitreichende Gebiete, ohne diese zu besitzen. Diese Beeinflussung ergibt sich oftmals aus Abhängigkeiten, welche in der heutigen globalisierten Welt besonders wirtschaftlich stark ausgeprägt sind. Insbesondere die geopolitische Positionierung und die Geostrategie der Weltmächte EU, USA und China sind von Interesse, da sie Einfluss auf die gesamte Weltpolitik und deren weitere Entwicklung haben können. Das Trio ist sich dieser Tatsache bewusst und bemüht, diesen Einfluss stets zu vergrößern, um die eigenen Interessen in Weltpolitik und Weltwirtschaft durchzusetzen. Zwar stimmen die Interessen mit dem übergeordneten Wunsch nach globaler Einflussnahme in der Weltpolitik überein, dennoch unterscheiden sich die konkreten Strategien hierfür. Zur Veranschaulichung werden die geostrategischen Absichten der drei angeführten Akteurinnen grob dargelegt, wobei die Europäische Geostrategie separat und tiefergehend beleuchtet wird. Aktuelle Ereignisse, wie die Annektierung der Krim durch Russland, die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer, Nordkoreas Atomprogramm und der Krieg im Nahen Osten zeigen nämlich, dass Geopolitik im klassischen Sinne durchaus immer noch gegenwärtig ist.

5.1 Die Geostrategie der USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika gelten als die dominierende militärische und wirtschaftliche Weltmacht und werden daher auch gern als Supermacht bezeichnet. Diese Vormachtstellung halten die USA seit dem 2. Weltkrieg inne. Als entwickelte Siegernation haben sie fortan die Weltpolitik gesteuert, wofür sie Allianzen eingegangen sind und internationale Organisationen mitgegründet haben, um Sicherheit, Frieden, Wohlstand und demokratische Prinzipien zu verbreiten. Mit dem

¹⁷⁰ Wagner, Jürgen (13.10.2011): Die Geostrategie Europäischer Macht. URL: <https://www.radio-utopie.de/2011/10/13/die-geostrategie-europaischer-macht/> (Abrufdatum: 13.3.2017): o.S.

Marshallplan waren sie zudem maßgeblich am Wiederaufbau Europas beteiligt. Bis heute haben die Vereinigten Staaten die weltweit größte militärische Präsenz und sind eine führende Wirtschaftsmacht. Diese dominante Führungsrolle in der Weltpolitik wollen sie verteidigen, sodass ihre geostrategischen Überlegungen hier anknüpfen.

Insbesondere der rasante ökonomische Aufstieg Chinas wird als Bedrohung der US-amerikanischen Superiorität gesehen.¹⁷¹ Eigentlich gelten die USA vor allem wegen ihrer militärischen Stärke als Supermacht; würde man diese jedoch ihrer tatsächlichen ökonomischen Stärke anpassen, wären die USA, ökonomisch gesehen, womöglich nicht mehr die alleinige Supermacht.¹⁷²

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs Asiens konzentrieren sich die USA verstärkt auf die asiatische Region, wo sie sich mit den Nachbarstaaten Chinas verbünden wollen.¹⁷³ Diese Zusammenschlüsse dienen zur Präsenz der USA sowie zur Eindämmung des chinesischen Einflusses in diesem Gebiet. Diese Art der Machtbegrenzung Chinas und gleichzeitigen Ausweitung der amerikanischen Vorherrschaft ist eine wesentliche geostrategische Überlegung der Vereinigten Staaten.¹⁷⁴

Diese Art der ständigen Präsenz ist bereits seit Jahrzehnten ein strategisches Vorgehen der USA. Mit weltweiten Militärbasen und Stützpunkten haben die USA die meisten militärischen Standorte und untermauern dadurch ihre globale Dominanz. Dies führt dazu, dass die Vereinigten Staaten mit Abstand die höchsten Militärausgaben aufweisen und die größte Militärmacht sind.

Bereits seit dem Zweiten Weltkrieg sind die USA mit einer großen Militärbasis auf der japanischen Insel Okinawa vertreten. Dem wird nun eine große strategische Bedeutung bei den Territorialkonflikten im Südchinesischen Meer beigemessen, indem die USA auch mit dieser ständigen Präsenz die Ausweitung des chinesischen maritimen Machtbereiches eindämmen wollen.¹⁷⁵

¹⁷¹ Vgl. Marshall, Tim (2015): 85-90

¹⁷² Vgl. Massarrat, Mohssen (2014): Chaos und Hegemonie. Wie der US-Dollar-Imperialismus die Welt dominiert. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. (5/2014), Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Berlin: 100

¹⁷³ Die USA haben unter Donald Trump die Verhandlungen für eine Transpazifische Partnerschaft (TPP) vorerst abgebrochen.

¹⁷⁴ Vgl. Marshall, Tim (2015): 85-90

¹⁷⁵ Vgl. ebd. 66

Abb. 11: Militärische Präsenz der USA im Südchinesischen Meer.



Quelle: CSIS, SIPRI, IISS, ZEIT-Grafik, ZEIT Online (11.12.2016): Großmächte im Pazifik.
URL: <http://www.zeit.de/2016/51/geopolitik-vorherrschaft-asien-usa-china> (Abrufdatum: 31.10.2017): 1

Im Mittleren Osten sind die USA ebenfalls militärisch präsent und verfügen über Bündnisse mit den Golfanrainern. Insbesondere in Bahrain verfügen die USA über einen großen militärischen Stützpunkt. ¹⁷⁶

Die Golfregion ist reich an Öl und Gas und hat für die Vereinigten Staaten daher eine wichtige Bedeutung. Sie sichern sich diese Rohstoffe aus der Region, um den eigenen Bedarf zu decken. Zudem hat Öl eine besondere Bedeutung für die USA, da es in Dollar gehandelt wird. Schwankungen im Wert anderer Währungen im Vergleich zum Dollar haben deshalb keine Auswirkungen auf die USA, wohl aber auf andere Länder. Der Handel mit Öl ist außerdem so wichtig, dass der US-Dollar zur globalen Leitwährung geworden ist und es auch bleiben wird, solange diese Kopplung Öl-Dollar erhalten bleibt. Davon abgesehen ist Öl ein sehr wichtiger Rohstoff für die Wirtschaft. In besonderem Maße gilt dies für Industrieländer. Als sehr ölreiche Region ist der Nahe Osten deshalb auch von entscheidender strategischer Bedeutung für die USA. Daher sind sie bestrebt, großen Einfluss auf die Länder dieser Region zu haben. Allerdings ändert sich zurzeit die Abhängigkeit der USA vom Öl der Golfstaaten. ¹⁷⁷

„Dank der Offshore-Bohrungen vor der amerikanischen Küste und Fracking in riesigen Bereichen des Landes sieht es so aus, dass Amerika bei der Energie nicht nur zum Selbstversorger wird, sondern bis

¹⁷⁶ Vgl. Marshall, Tim (2015): 93

¹⁷⁷ Vgl. Massarrat, Mohssen (2014): 93-99

2020 auch zum Exporteur. Das bedeutet, dass das Interesse, den stetigen Nachschub von Öl und Gas aus der Golfregion zu sichern, abnehmen wird. Amerika hat dann nach wie vor strategische Interessen dort, aber sie werden nicht mehr so stark im Mittelpunkt stehen.“¹⁷⁸

Eine andere Begründung für die amerikanische Präsenz im Mittleren Osten ist der Aspekt der Sicherheit. In den autoritären Staaten des Osten entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg und dem damit einhergehenden endgültigen Zerfall des britischen Empires zusehends radikale Gruppierungen (al-Qaida, Hamas, Hisbollah, Muslimbruderschaft), die gewaltsam eine auf dem Islam basierende staatliche Ordnung schaffen wollen¹⁷⁹.

Mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 und der weltweiten Bedrohung durch islamistischen Terrorismus, gewann der Sicherheitsaspekt schließlich eine vollkommen neue Bedeutung. Der Terrorangriff auf das Pentagon, dem militärischen Machtzentrum der USA, sowie auf das World Trade Center, dem Zentrum für globalen Handel, war ein direkter und gezielter Angriff auf die USA und die Werte der westlichen Welt. Die Vereinigten Staaten von Amerika riefen den ‚Kampf gegen den Terrorismus‘ aus und es kam zu einer Militarisierung der US-Außenpolitik, die kriegerische Auseinandersetzungen und eine globale Erweiterung der amerikanischen Präsenz zur Folge hatte.¹⁸⁰

Die Gefährdung durch die Staaten im Mittleren Osten verstärkte sich mit dem Arabischen Frühling im Jahre 2010. Dieser Aufstand war der Beginn einer noch größeren Revolte radikaler Gruppierungen in Syrien (insbesondere mit dem Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates), die das Land bis heute in einen Bürgerkrieg stürzten. „Da [...] ein internationaler Konsens [seitens der USA und anderer auswärtiger Mächte zur Stabilisierung des Konflikts] fehlt und auch die syrische Opposition heillos zerstritten ist, degeneriert der Konflikt, zu einer der größten humanitären Katastrophen des noch jungen 21. Jahrhunderts und führt womöglich zur Implosion der regionalen Ordnung in Nahost.“¹⁸¹

Die Geopolitik der Vereinigten Staaten von Amerika ist geprägt von idealistischen Wertevorstellungen mit realistischer Umsetzung¹⁸². Allen voran stehen die

¹⁷⁸ Marshall, Tim (2015): 93

¹⁷⁹ Vgl. Kissinger, Henry (2014): Weltordnung. München, C. Bertelsmann Verlag: 135ff

¹⁸⁰ Vgl. Junker, Detlef (2003): Power and Mission. Was Amerika antreibt. Freiburg, Verlag Herder: 151ff

¹⁸¹ Kissinger, Henry (2014): 150

¹⁸² Vgl. ebd. 375

amerikanische Unabhängigkeit, die nationale Sicherheit, die militärische Überlegenheit und der globale Machtanspruch¹⁸³.

Die USA präsentieren sich als Staat mit einer außergewöhnlichen Führungsrolle in der Welt und als Steuerungsmacht einer sicheren Weltordnung, deren Überlegenheit sie unter anderem dazu anregt, demokratische Werte und Freiheit zu verbreiten, die erforderlichenfalls auch militärisch verteidigt werden¹⁸⁴. Dadurch kann das US-amerikanische Einflussgebiet erweitert werden, was immer auch der Stärkung und Durchsetzung amerikanischer Interessen dient. Die Vereinigten Staaten sind deshalb insbesondere in Konfliktregionen präsent, da sie in diesen Gebieten ihren Einfluss und ihre Interessen behaupten und ausbauen können, indem Konflikte in ihrem Sinne bewältigt werden.

Dass dieser amerikanische Machtanspruch im 21. Jahrhundert jedoch keine universelle Gültigkeit hat, wird durch die Zunahme aufstrebender Regionen mit eigenen Wertevorstellungen zunehmend deutlich¹⁸⁵. In der Weltpolitik sind die Vereinigten Staaten von Amerika jedoch stets ein dominanter Akteur mit großem Einfluss, die sie weiterhin durch militärische Präsenz und ökonomische Stärke behaupten.

In Anbetracht der Präsidentschaft Donald Trumps, seit Januar 2017, ist zu erwähnen, dass die globale Führungsrolle der USA und die weitere Gestaltung der internationalen Beziehungen unsicher sind. Trump distanziert sich von der stark multilateral geprägten Außenpolitik Obamas, zeigt wenig Interesse an internationalen Belangen und befürwortet stattdessen protektionistische Maßnahmen. Solche Handlungsweisen würden wesentliche Veränderungen für die internationale Politik mitbringen, da sie global stark mit anderen internationalen Akteurinnen verflochten sind. Zuletzt hat der US-Präsident Trump als einziger den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen erklärt und hat damit eine multilaterale Einigung übergangen. Daher ist die weitere geostrategische Entwicklung der Vereinigten Staaten unsicher und unübersichtlich. Zweifelsfrei bleiben aber die Bestrebungen, die USA als militärische und wirtschaftliche Macht zu führen.

¹⁸³ Vgl. Junker, Detlef (2003): 11ff

¹⁸⁴ Vgl. Kissinger, Henry (2014): 313ff

¹⁸⁵ Reuber, Paul (2012): Politische Geographie. Paderborn, Ferdinand Schöningh Verlag: 182

5.2 Die Geostrategie Chinas

Die Volksrepublik China hat in den letzten Jahrzehnten ein enormes Wirtschaftswachstum durchlebt und ist zu einem ökonomischen Giganten herangewachsen. Das Land ist sich dieser wirtschaftlichen Vorteile bewusst und setzt es in den geostrategischen Überlegungen als Instrument ein, um international mehr Einfluss zu erlangen. „Chinas internationale, politische, militärische und wirtschaftliche Aktivitäten beschränken sich [dabei] auf solche Regionen und Politikfelder, in denen China eigene Interessen verfolgt. Dazu gehören Zentralasien [...], [...] Russland [...], Subsahara-Afrika [...] sowie das Rote Meer und der Persische Golf, um die Ölversorgung aus eigener Kraft zu gewährleisten.“¹⁸⁶ „[...] [Das Land] bastelt gleichzeitig an einer asiatischen Union unter seiner Führung. Chinas Hoffnung ist [hierbei] seine Wirtschaftskraft und die wachsende Abhängigkeit der anderen Länder von ihr.“¹⁸⁷

Mit dem ökonomischen Boom setzt man außerdem vor allem auf Modernisierung, um den Aufstieg vom Schwellenland zur Industrienation zu erreichen. Im Vordergrund steht insbesondere der militärische Aufbau, weil man den militärischen Kräften der USA entgegenwirken möchte. Zudem befindet sich China in einem Territorialstreit um Inselgruppen im südchinesischen Meer. Deshalb wird insbesondere die chinesische Marine aufgerüstet und in den umstrittenen Gewässern eingesetzt. Bei diesen Gebietsansprüchen geht es allen voran um die Aneignung nützlicher Ressourcen und um den freien Zugang zum Seeweg, der für den internationalen Handel unentbehrlich ist. Als aufstrebende Wirtschaftsmacht ist der globale Handel für China neben der Versorgung mit Rohstoffen von überragender Bedeutung, weshalb man stark in Infrastrukturprojekte, sowohl an Land wie auch im maritimen Bereich investiert.¹⁸⁸

In Anlehnung an die alte Seidenstraße Chinas¹⁸⁹, dem einst bedeutendsten Handelsweg über Land von China Richtung Westen, liebäugelt China mit einer

¹⁸⁶ Menzel, Ulrich (2016): Welt am Kipppunkt. Die neue Unregierbarkeit und der Vormarsch der Anarchie. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik (1/2016). Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH: 39

¹⁸⁷ Trampert, Rainer (2014): Europa zwischen Weltmacht und Zerfall. Stuttgart, Schmetterling Verlag:43

¹⁸⁸ Vgl. Marshall, Tim (2015): 62-71

¹⁸⁹ Die ‚alte Seidenstraße‘ führte über Zentralasien und die Türkei bis nach Europa.

Modernisierung dieser Route, die „das größte Investitionsprogramm der Welt“¹⁹⁰ darstellt. „Es gibt einen Begriff, der international für das Vorhaben verwendet wird: ‚One belt, one road‘ [...] als verkürzende Zusammenfassung für ‚New Silk Road Economic Belt‘ (über Land) sowie ‚21st Century Maritime Silk Road (über Meer) [...]“¹⁹¹

Abb. 12: Chinas neue Seidenstraße.



Quelle: MERICS, WKO, Der Standard (11.7.2016): Die neue Seidenstraße verbindet den Nordwesten Chinas mit Europa. URL: <http://derstandard.at/2000040866601/Leichtfried-Seidenstrasse-darf-nicht-vor-den-Toren-Oesterreichs-enden> (Abrufdatum: 30.10.2017): o.S.

Mit der offiziellen Neubelebung dieser Strecke im Jahre 2013 möchte man durch den Auf- und Ausbau von infrastrukturellen Projekten, wie neuer Straßen, Flughäfen, Eisenbahnstrecken und Häfen entlang von 60 Ländern und Regionen in Asien, Afrika und Europa, weitere Absatzmärkte für chinesische Güter schaffen. Die neue Route und die Herausbildung neuer Korridore als Verbindungsräume bedeuten somit eine Ausweitung des globalen Freihandels, die Ankurbelung nationaler sowie internationaler ökonomischer Aktivitäten und eine direkte Verbindung von Europa nach China, die eine Abwendung von den USA und dem transatlantischen Raum bewirken könnten. Dies wiederum hat den Effekt, dass sich der globale Einflussbereich Chinas enorm erweitert. Die Volksrepublik China ist im Zuge der Realisierung dieser ‚neuen

¹⁹⁰ Fitzthum, Robert (2017): Die neue Seidenstraße. Das größte Investitionsprogramm der Welt. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (2/2017): Wien, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik: 45

¹⁹¹ Ebd.

Seidenstraße' um internationale Zusammenarbeit bemüht, weshalb sie im Mai 2017 zu einem Gipfeltreffen geladen hat, um für das Projekt und dessen Umsetzung zu werben. Europa steht dieser Idee skeptisch gegenüber, weshalb die EU in einer Arbeitsgruppe (EU-China Connectivity Platform) Kooperationsmöglichkeiten thematisiert. China hingegen propagiert das Programm als eine allumfassende Bereicherung, da die Kooperationsvereinbarungen politischen und wirtschaftlichen Konsens erfordern. Zwar bestehen bereits zahlreiche Vereinbarungen, allerdings birgt das Vorhaben dennoch Risiken, da es durch politisch und wirtschaftlich instabile Gebiete (z.B. Syrien und Irak) führt. Bei einer erfolgreichen Etablierung dieser neuen Seidenstraße könnte die internationale Zusammenarbeit jedoch tatsächlich aufgewertet werden. Die USA wären hierbei aus geographischen Gründen als Partner jedoch ausgeschlossen.¹⁹²

Obwohl China und die USA eine bedeutende Handelspartnerschaft verbindet, ist die Beziehung zwischen den beiden Staaten vor allem von ökonomischer Konkurrenz geprägt. Ein Aspekt dieser Konkurrenz besteht darin, dass sowohl China als auch die Vereinigten Staaten nach Präsenz und Einfluss in der asiatischen Region streben. China sieht dieses Gebiet als seine natürliche Einflussosphäre an und setzt dabei auf die Aspekte der Nähe, Nachbarschaft und Partnerschaft. Denn eine US-freundliche Nachbarregion bedeutet für die Volksrepublik den Verlust der alleinigen Führungsrolle im eigenen Gebiet und somit weniger Einflussmöglichkeiten.¹⁹³

Während die Vereinigten Staaten von Amerika folglich um eine Machtbegrenzung Chinas bemüht sind, um die eigene Vormachtstellung aufrecht zu erhalten, beinhalten Chinas geostrategische Überlegungen die Intention der Machtausweitung gegenüber den USA.

Neben der Präsenz Chinas in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, ist der afrikanische Kontinent ein weiteres geostrategisches Kerngebiet der Volksrepublik.

Bereits seit den 1950er Jahren pflegt die VR Verbindungen zu afrikanischen Staaten. Während diese Beziehungen zu Beginn zunächst diplomatischer Natur waren, haben sich Inhalt und Ausgestaltung seither stetig verändert. Mit dem ‚Forum on China-Africa

¹⁹² Vgl. Fitzthum, Robert (2017): Die neue Seidenstraße. Das größte Investitionsprogramm der Welt. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (2/2017): Wien, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik: 45-51

¹⁹³ Vgl. Trampert, Rainer (2014): 43

Cooperation' (FOCAC), dessen erster Gipfel im Jahre 2000 stattfand, hat man eine gemeinsame Plattform geschaffen, um zusammenzuarbeiten. ¹⁹⁴ „[Diese] lenk[t] die bilateralen Beziehungen in die Richtung einer neuen strategischen Partnerschaft, die *politisch* gegenseitiges Vertrauen, *wirtschaftlich* eine für beide Seiten Gewinn versprechende Kooperation und *kulturell* Austausch und gemeinsames Lernen bedeutet.“¹⁹⁵ Eine Weiterentwicklung der Beziehungen geschah jedoch vor allem im ökonomischen Bereich. „Für die chinesische Wirtschaft sind die Rohstoffe aus Afrika überlebensnotwendig und afrikanische Märkte wichtige Absatzmärkte, während China zu einem bedeutenden Investor auf dem Kontinent aufgestiegen ist.“¹⁹⁶ Hierfür setzt die chinesische Regierung verschiedene Maßnahmen ein. Unter anderem schafft sie finanzielle Anreize durch handelsliberalisierende Abkommen, damit chinesische Firmen in Afrika investieren¹⁹⁷.

„Um an [Erdöl,] Erze und Edelmetalle zu gelangen, durchkämmen sie Afrika der Länge und der Breite nach.“¹⁹⁸

Für Eisenerz kooperiert China beispielsweise mit Liberia, Kupfer holen sie aus Sambia, Kobalt aus dem Kongo und Öl aus Kenia und dem Niger. Dafür investieren chinesische Unternehmen mit Projekten in Milliardenhöhe in die Infrastruktur des afrikanischen Kontinents, um die Handelswege zu ihren Vorteilen zu verkürzen. Hierfür bauen sie unter anderem Straßen, Häfen und Eisenbahnlinien in Kenia, Angola und dem Kongo. So sollen zum Beispiel die kenianischen Städte Nairobi und Mombasa mit einer Eisenbahnstrecke verbunden werden. Auch die Demokratische Republik Kongo wird mit der Hafenstadt Lobito in Angola durch eine Bahnstrecke zusammengeführt. Zudem baut man einen internationalen Flughafen in der angolischen Stadt Luanda, um chinesische Arbeitskräfte für die Projekte ins Land zu holen. ¹⁹⁹

„Das chinesische Engagement ist für viele afrikanische Regierungen eine attraktive Option. [...] Der größte chinesische Handelspartner in Afrika ist die Republik Südafrika. Die beiden haben eine lange gemeinsame politische und ökonomische Geschichte und sind günstig für eine Zusammenarbeit aufgestellt. Hunderte chinesische Unternehmen, sowohl staatliche als auch private, sind heute in Durban, Johannesburg, Pretoria, Kapstadt und Port Elizabeth vertreten.“²⁰⁰

¹⁹⁴ Vgl. Ling, Jin (2010): Gemeinsam mehr. Wege für eine chinesisch-europäische Zusammenarbeit in Afrika? Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (39/2010): 41-45

¹⁹⁵ Ebd. 43 [Hervorhebung i.O.]

¹⁹⁶ Ling, Jin (39/2010): 45

¹⁹⁷ Vgl. ebd. 42

¹⁹⁸ Marshall, Tim (2015): 71

¹⁹⁹ Vgl. Ebd.: 140ff

²⁰⁰ Marshall, Tim (2015): 142f

Aus einer langjährigen diplomatischen Annäherung hat sich folglich über die Zeit eine strategische Partnerschaft entwickelt, die auf ökonomischen Interessen basiert.

Die Geopolitik Chinas ist stark realistisch geprägt und konzentriert sich auf den eigenen Profit. Anders als die USA vertritt die VR keinen idealistischen Wertekanon gegenüber der internationalen Gemeinschaft, sondern besinnt sich auf die eigenen Interessen und Bedürfnisse. Diese stehen im Mittelpunkt geostrategischer Aktivitäten. Konkret bedeutet dies die Sicherung des chinesischen Nationalstaates, der Aufbau eines schlagkräftigen Militärapparates, die Kräftigung der Wirtschaft und die Zufuhr von Rohstoffen. Das Wirtschaftswachstum ist hierbei die zentrale Stärke der Volksrepublik China. „Für Peking haben Einheit und wirtschaftlicher Fortschritt weit höhere Priorität als demokratische Prinzipien[,] [die hingegen für die EU an oberster Stelle stehen.]“²⁰¹

5.3 Europäische Geostrategie

Die Europäische Union ist eine supranationale Gemeinschaft, deren zentrales Motiv die Sicherung des Friedens durch politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, was damit einen wesentlichen Eckpfeiler geostrategischer Überlegungen darstellt²⁰². Obwohl die EU keine offizielle *Europäische Geostrategie* verfolgt, lassen sich jedoch sehr wohl geostrategische Absichten in ihren außenpolitischen Tätigkeiten erkennen²⁰³. Richtungsweisend für eine Europäische Geostrategie sind allen voran die europäischen Werte. „Die Gründungsphilosophie der EWG, aus der die EG und dann die EU wurden, richtete sich nach innen und entwickelte ein Gegenkonzept zu[r] [klassischen] Geopolitik [...]: Befriedung, Aussöhnung und politische Kooperation durch wirtschaftliche Verflechtung als Antithesen zur Geopolitik und zum Imperialismus.“²⁰⁴ Anders als bei den Vereinigten Staaten und der VR China, ist der Machtaspekt aus Sicht der EU der weltpolitischen Stabilisierung

²⁰¹ Marshall, Tim (2015): 62

²⁰² Vgl. Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 6

²⁰³ Vgl. Wagner, Jürgen (13.10.2011): Die Geostrategie Europäischer Macht. URL: <https://www.radio-utopie.de/2011/10/13/die-geostrategie-europaischer-macht/> (Abrufdatum: 13.3.2017): o.S.

²⁰⁴ Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 6f

untergeordnet²⁰⁵. Zur Instrumentalisierung geopolitischer Strategien dienen vordergründig Politikfelder der EU-Außenpolitik.²⁰⁶ „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik [...] und die [Gemeinsame] Sicherheits- und Verteidigungspolitik [...] sind [dabei] die wertvollsten, zugleich aber schwierigsten Elemente einer europäischen Geostrategie.“²⁰⁷ Die charakteristischen Eigenschaften der GASP und der GSVP übertragen sich dadurch auch auf die Geostrategie der EU. Hierzu zählt insbesondere die Dominanz der Mitgliedsstaaten und ihre Interessen, die denen der EU übergeordnet sind. Ähnlich wie die nationalstaatlichen außenpolitischen Intentionen, können sich auch die geostrategischen Ziele der EU-Mitglieder, von denen der Union unterscheiden. Dies hängt beispielsweise von der geographischen Lage der jeweiligen Länder ab. Diese Divergenzen verhindern ein einheitliches, offensives geostrategisches Vorgehen der EU. Die supranationale EU-Gemeinschaft beruft sich stattdessen weiterhin auf allgemeine, gemeinsame außenpolitische Wertevorstellungen: „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gleichheit, Solidarität, nachhaltige Entwicklung, multilaterale Weltordnung, Achtung der Grundsätze der UN-Charta und des Völkerrechts.“²⁰⁸ Dies sind die Leitgedanken, die jegliches Vorgehen der Union in der Weltpolitik bestimmen. Zwar ist die EU darauf bedacht ihren eigenen internationalen Einfluss zu maximieren, allerdings weniger für machtpolitische Zwecke, sondern im Sinne weltpolitischer Stabilisierung. „Daher muss eine moderne europäische Geostrategie über die Reaktion auf militärische Konflikte hinausgehen. Der europäische Wertekanon verlangt nach Lösungen für internationale Bedrohungen wie Armut, organisierte Kriminalität oder Umweltschädigungen. Hier können die bewährten „soft powers“ der EU von Bedeutung sein, da sie einer Geostrategie internationale Glaubwürdigkeit verleihen.“²⁰⁹ Hinter dem Terminus ‚soft powers‘ „[...] steht die Fähigkeit, durch Anziehung und nicht durch Zwang das gewünschte Ziel zu erreichen.“²¹⁰ Hierzu zählen beispielsweise Abkommen, Verträge und Partnerschaften

²⁰⁵ Vgl. Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 6f

²⁰⁶ Siehe ab Kapitel 4 Außenpolitik der Europäischen Union.

²⁰⁷ Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 8

²⁰⁸ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 10

²⁰⁹ Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 8

²¹⁰ Algieri, Franco (2010): 134

mit der EU oder sogar die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Unionsgemeinschaft²¹¹. Neben den Grundwerten, zählt insbesondere auch die ökonomische Stärke der EU zu diesen Anziehungskräften²¹². Diese Art der Außenbeziehungen zu anderen internationalen Akteurinnen kann als klassisches geostrategisches Instrument der Europäischen Union gewertet werden. Dahinter verbirgt sich die Strategie einer internationalen Stabilisierung durch Zusammenarbeit²¹³. Diese Kooperationen sind auch deshalb von Bedeutung, da die EU andere Großmächte als Verbündete braucht, weil sie aufgrund der Disparität nationalstaatlicher Interessen, kaum direkten Einfluss auf die Weltpolitik nehmen kann²¹⁴.

Das Feld der Europäischen Außenpolitik und Geostrategie ist breit und komplex. Die Europäische Union hat deshalb, als Orientierungshilfe zur strategischen Positionierung der Union in der Weltpolitik, eine Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) verfasst²¹⁵. „Die europäische Sicherheitsstrategie ist Grundlage für eine europäische Geostrategie, in der militärische, ökonomische und institutionelle Fähigkeiten zusammengeführt werden, um der EU ein schärferes Profil als sicherheitspolitischer Akteur zu geben.“²¹⁶

5.3.1 Europäische Sicherheitsstrategie

Die *Europäische Sicherheitsstrategie*²¹⁷ (ESS), ‚Ein sicheres Europa in einer besseren Welt‘, wurde im Jahre 2003, unter Javier Solana, dem damaligen Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, zusammen mit den Staats- und Regierungschefs der EU, beschlossen. Dieses Strategiedokument positioniert die Europäische Union als internationale Akteurin in der Weltpolitik und eröffnet eine europäische Taktik, um den neuen Herausforderungen in einer globalen Welt zu

²¹¹ Vgl. Algieri, Franco (2010): 135

²¹² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 15

²¹³ Vgl. Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 7

²¹⁴ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 373f

²¹⁵ Vgl. Algieri, Franco (2010): 113

²¹⁶ Guérot, Ulrike; Witt, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 10

²¹⁷ Siehe: Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. URL: <https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIIDE.pdf> (Abrufdatum: 17.3.2017)

begegnen. Die Grundannahme dabei ist, dass globale Herausforderungen nur mehr als Europäische Gemeinschaft zu bewerkstelligen sind. Dazu entwickelte man Leitlinien und definierte strategische Schwerpunkte, die das Handeln der EU, diese Herausforderungen betreffend, bestimmen sollen. Die Europäische Sicherheitsstrategie dient folglich als Orientierungsrahmen und betrifft sämtliche sicherheitsrelevanten Themengebiete.²¹⁸

Das Dokument befasst sich mit globalen Bedrohungen, Zielsetzungen und den Anforderungen an die Europäischen Union im Zuge dieser Sicherheitsstrategie.²¹⁹ „Als Hauptbedrohungen nennt die ESS den Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten und die organisierte Kriminalität.“²²⁰ Als Ziel hat sich die EU die Abwehr dieser genannten Unsicherheiten und Gefahren gesetzt; zudem strebt sie eine Erhöhung der Sicherheit in den europäischen Nachbarschaftsregionen an; und als weitere Zielsetzung wird der effektive Multilateralismus genannt, der als Ordnungsprinzip der Weltpolitik dienen soll.²²¹ Die Europäische Union fordert im Zuge dessen von sich selbst, als geschlossene, stringente Einheit aufzutreten, sich einsatzfähig zu organisieren und tätig zu werden. Grundsätzlich verfolgt die EU dabei den Ansatz der Konfliktvermeidung durch Diplomatie und sieht die Anwendung militärischer Mittel nur in Ausnahmefällen vor.²²²

Die Sicherheitsstrategie benennt zwar keine geographischen Begrenzungen, macht aber deutlich, dass internationale Kooperationen unabdingbar sind und neben den USA weitere strategische Partnerschaften angestrebt werden.²²³ „Diese Beziehungen sind ein wichtiges Fundament. Insbesondere müssen wir danach streben, strategische Partnerschaften mit Japan, China, Kanada und Indien sowie mit all jenen zu entwickeln, die unsere Ziele und Werte teilen und bereit sind, sich dafür einzusetzen.“²²⁴

Insgesamt wird die Europäische Sicherheitsstrategie positiv bewertet, insbesondere deshalb, weil sich die Nationalstaaten auf ein gemeinsames, strategisches Dokument

²¹⁸ Vgl. Algieri, Franco (2010): 113ff

²¹⁹ Vgl. ebd. 115f

²²⁰ Algieri, Franco (2010): 115

²²¹ Vgl. ebd.

²²² Vgl. Algieri, Franco (2010): 116

²²³ Vgl. ebd.: 117

²²⁴ Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. URL: <https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (Abrufdatum: 17.3.2017): 14

einigen konnten. Allerdings besteht die Kritik, dass die Strategie zu allgemein bleibt und konkrete Anweisungen fehlen.²²⁵ Dies ist wohl, ähnlich wie in der GASP, auf die Souveränität der Nationalstaaten und die vorherrschenden Interessenkonflikte zurückzuführen.

Nichtsdestotrotz gibt sich die Europäische Union zuversichtlich und veröffentlichte im Jahre 2008 einen Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie mit dem Titel ‚Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel‘. Darin bestätigt die EU nochmals die Relevanz der ESS von 2003, die im Zuge der globalen Veränderungen lediglich angepasst und präzisiert werden müsse.²²⁶

„Der Bericht endet mit zwei relevanten Erkenntnissen. Will die EU erstens ihr globales Engagement aufrechterhalten, bedarf es einer entsprechenden öffentlichen Unterstützung. Folglich soll deutlicher vermittelt werden, weshalb die unterschiedlichen Formen des globalen Engagements im direkten Zusammenhang mit der Sicherheit der EU insgesamt sowie der Sicherheit innerhalb der EU stehen. Damit in Verbindung steht zweitens die Erkenntnis, dass die EU mehr Einfluss nehmen muss, um als gestaltender Akteur zu wirken [...].“²²⁷

5.3.2 Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik

„Die zahlreichen neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen haben frühere strategische Überlegungen innerhalb der Europäischen Union zum Teil obsolet gemacht. Angesichts dessen hat die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, ihren Willen bekundet, eine neue Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) auszuarbeiten.“²²⁸ Nach einer einjährigen Arbeitszeit, wurde im Juni 2016 eine neue, erweiterte Fortführung der ESS von 2003 vorgestellt; eine ‚Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union‘²²⁹, die den Titel ‚Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa‘ trägt.²³⁰

²²⁵ Vgl. Algieri, Franco (2010): 118

²²⁶ Vgl. ebd.: 119

²²⁷ Algieri, Franco (2010): 121

²²⁸ Bendiek, Annegret; Kaim, Markus (2015): Die neue Europäische Sicherheitsstrategie – der transatlantische Faktor. Aus: SWP-Aktuell. URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A55_bdk_kim.pdf (Abrufdatum: 20.3.2017): 1

²²⁹ Siehe: A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. URL:

http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf (Abrufdatum: 7.11.2017)

²³⁰ Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 20.3.2017): 1

Mit den Erkenntnissen aus dem Bericht über die Umsetzung der ESS von 2008, sollte dieses strategische Dokument umfassender gestaltet sowie den gegenwärtigen Gegebenheiten angepasst werden.²³¹ „We live in times of existential crisis, within and beyond the European Union. Our Union is under threat. Our European project, which has brought unprecedented peace, prosperity and democracy, is being questioned. To the east, the European security order has been violated, while terrorism and violence plague North Africa and the Middle East, as well as Europe itself. Economic growth is yet to outpace demography in parts of Africa, security tensions in Asia are mounting, while climate change causes further disruption.“²³²

Beiden Strategiepapieren gemeinsam ist, die Ausformulierung von Zielen, die auf vertraglich verankerten Werten basieren und das Vorgehen der EU-Außenpolitik maßgebend lenken. „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“²³³ In der Europäischen Globalen Strategie heißt es daher: „Grounded in the values enshrined in the Treaties and building on our many strengths and historic achievements, we will stand united in building a stronger Union, playing its collective role in the world.“²³⁴

Die Globale Strategie der EU gliedert sich, nach einer Zusammenfassung zu Beginn des Dokuments, in vier ausführliche Kapitel. Im ersten Kapitel werden die Interessen der Europäischen Gemeinschaft thematisiert. In Kapitel zwei werden die Prinzipien dargestellt, auf denen die Außenpolitik beruht. Im dritten Kapitel werden die Prioritäten der Europäischen Außenpolitik erörtert. Und im letzten Kapitel widmet man sich der Verwirklichung dieser Strategie.²³⁵

²³¹ Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 20.3.2017): 1

²³² A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. URL: http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf (Abrufdatum: 7.11.2017): 13

²³³ Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel I, Artikel 2

²³⁴ A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. URL: http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf (Abrufdatum: 7.11.2017): 13

²³⁵ Vgl. ebd. 1

5.3.2.1 Eine Globale Strategie für die Interessen der Europäer

Die Interessen der EU hinsichtlich ihrer globalen Strategie gehen einher mit den europäischen Werten. „We have an interest in promoting our values in the world. At the same time, our fundamental values are embedded in our interests. Peace and security, prosperity, democracy and a rules-based global order are the vital interests underpinning our external action.“²³⁶

Es liegt im Interesse der Europäer, dass sich die EU für die Verbreitung von Frieden und die Garantie von Sicherheit einsetzt, wobei innere und äußere Sicherheit ineinander übergehen und partnerschaftliche Zusammenarbeit hierfür essentiell ist. Der Wohlstand der europäischen Bürger soll durch die Verfolgung der von der UN ausgearbeiteten Ziele für nachhaltige Entwicklung gefördert werden sowie durch den europäischen Einfluss auf den Welthandel. Demokratische Standards werden durch die Stärkung von Resilienz beibehalten und der effektive Multilateralismus dient zur Ordnung der globalen Welt.²³⁷

Mit der Verfolgung dieser Interessen und Werte nimmt die EU letztlich nicht nur Einfluss auf Europa, sondern auch auf außereuropäische Entwicklungen.

5.3.2.2 Prinzipien auswärtigen Handelns

Die strategischen Prinzipien, nach denen die Union zukünftig ihr auswärtiges Handeln gestaltet, sind eindeutig und pragmatisch. Insgesamt werden vier solcher Prinzipien genannt: Einheit, Engagement, Verantwortung und Partnerschaft. Das Prinzip der ‚Einheit‘ ist für die Europäische Union zielführend, weil gemeinsame Interessen nur gemeinsam erreicht werden können. Außerdem ist das Potential der EU wesentlich höher, wenn man sich zu einer starken Gemeinschaft zusammenschließt. ‚Engagement‘ als weiteres Prinzip der Außenpolitik, dient nicht nur zur globalen Präsenz der EU, sondern auch zur Mitgestaltung internationaler Politik, da die Globalisierung keine Grenzen kennt und alle beeinflusst. Im Zuge dessen will die Union

²³⁶ A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. URL:

http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf (Abrufdatum: 7.11.2017): 13

²³⁷ Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 20.3.2017): 1

auch mehr ‚Verantwortung‘ übernehmen und Konflikte lösen, indem man sofort agiert und somit Krisen schneller bewältigt werden können. Im Vordergrund steht dabei der europäische Raum und seine Nachbarregionen. Das Prinzip der ‚Partnerschaft‘ ist ein angesehenes Hilfsmittel in der Außenpolitik, um Verantwortung zu teilen und Ziele gemeinsam zu erreichen. In Zusammenarbeit mit anderen Staaten, regionalen sowie internationalen Organisationen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft will man eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Dies soll vor allem durch Dialog, Unterstützung und Mitwirkung erreicht werden.²³⁸

5.3.2.3 Prioritäten auswärtigen Handelns

Um die Europäische Außenpolitik effektiv zu gestalten, verzeichnet die Globale Strategie fünf Prioritäten auswärtigen Handelns. Diese sind: die Sicherheit der Union (1), staatliche und gesellschaftliche Resilienz im Osten und Süden der EU (2), ein integrierter Ansatz für Konflikte und Krisen (3), eine kooperative regionale Ordnung (4) sowie ‚Global Governance‘ im 21. Jahrhundert (5).²³⁹

Hinsichtlich der ersten Priorität, der ‚Sicherheit‘ für die Europäische Union, gibt es fünf sogenannte Aktionslinien, die aufkommenden Bedrohungen entgegenwirken und bestehende Errungenschaften der EU weiterführen sollen. Der erste Punkt dieser Aktionslinien ‚Sicherheit und Verteidigung‘ beinhaltet erhöhtes Training, Organisation und effektivere militärische Ausrüstung der Union, um alleine oder bestenfalls mit europäischen Partnern und in Zusammenarbeit mit der Nato die allgemeine Sicherheit zu erhöhen. Dies erfordert seitens der EU Willenskraft und Souveränität, um auf aktuelle Entwicklungen reagieren und sie bewältigen zu können. Der zweite Aspekt, ‚Anti-Terror‘ dient ebenfalls der Sicherheit der EU. Hierfür bedarf es erhöhte Investitionen im militärischen und polizeilichen Bereich zur Bekämpfung und Abwehr von Terrorismus und effektivere Zusammenarbeit der Mitgliedsländer und

²³⁸ Vgl. A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. URL: http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf (Abrufdatum: 7.11.2017): 16ff

²³⁹ Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 21.3.2017): 2

gegenseitigem Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen. Zudem soll dem Extremismus bereits durch Bildung und Perspektiven für Jugendliche vorgebeugt werden. Zu diesem Zwecke kooperiert die Union bereits verstärkt mit Staaten aus der europäischen Nachbarregion. Der Absatz zur ‚Cybersicherheit‘ fordert eine Weiterentwicklung in dem Bereich, um die Attacken aus dem Netz besser abwehren zu können. Auch hier gelten Kooperationen, insbesondere mit der NATO und den USA, als erstrebenswert. Punkt vier der sogenannten ‚Aktionslinien‘ ist die ‚Energiesicherheit‘. Durch Partnerschaften und vermehrte Abkommen, die dem europäischen Standard entsprechen, soll sich die Energieabhängigkeit der EU von einzelnen anderen Ländern verbessern. Der fünfte sicherheitsrelevante Aspekt ist die ‚strategische Kommunikation‘ zwischen den Mitgliedsländern und zwischen der EU und anderen außereuropäischen Akteuren. Diese müsse unbedingt gesteigert und vertieft werden.²⁴⁰

Die zweite Priorität der Europäischen Außenpolitik liegt in der staatlichen und gesellschaftlichen ‚Resilienz‘ im Osten und Süden Europas. Für die Europäer ist es von Interesse, dass nicht nur innerhalb Europas, sondern auch in den angrenzenden Regionen die Widerstandskraft gestärkt wird, weil es für die allgemeine Sicherheit von Bedeutung ist. Hierfür ist die Einbindung der Gesellschaft dringend notwendig, sodass die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik verstärkt die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sucht. Darüber hinaus soll, im Zuge der verstärkten irregulären Migration aus europäischen Nachbarregionen, die Europäische Migrationspolitik überarbeitet werden. Augenmerk liegt dabei auch auf den humanitären Bemühungen für die Zivilgesellschaft dieser Regionen.²⁴¹

Eine weitere außenpolitische Priorität ist der ‚integrierte Ansatz‘ für Konflikte und Krisen. Dies ist ein multidimensionaler Ansatz, der verschiedene Politikbereiche und Instrumente der EU kombiniert und verbindet, sodass dieser Ansatz die europäischen Möglichkeiten ausschöpft, um auf Konflikte und Krisen rasch und effektiv zu reagieren. Bestenfalls werden durch diesen erweiterten Lösungsansatz Spannungen bereits im Vorfeld vermieden. Zu solch einem Agieren der EU gehört unter Umständen die

²⁴⁰ Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 21.3.2017): 2

²⁴¹ Vgl. ebd. 3

Unterstützung von Friedensabkommen und Übergangsregierungen oder aber auch die Durchsetzung von Waffenstillständen, legitimierten Institutionen, Exportkontrollen und Sanktionen. Auch die Zivilgesellschaft soll dabei stets berücksichtigt und einbezogen werden.²⁴²

Vierte Priorität des auswärtigen Handelns ist die ‚kooperative regionale Ordnung‘. Damit ist gemeint, dass man auf die regionalen, dynamischen Veränderungen mit einer Zusammenarbeit regionaler Organisationen reagiert. Dabei steht der wechselseitige Austausch im Vordergrund und die Idee gemeinsame Ideen und Ziele zu verfolgen. Für diese Aufgabe sieht die Globale Strategie die OSZE als Schlüsselakteurin vor. Neben Russland sind es einige weitere Regionen, denen sich die Union mit besonderen Bemühungen zuwendet und durch Präsenz sowie Kooperationen mit regionalen Organisationen, die allgemeine Sicherheit und Stabilität erhöhen möchte. Diese Bestrebungen reichen vom Maghreb über den Mittleren Osten, Syrien, Libyen, Israel, Palästina, der Türkei inkl. Zypern, der Golfregion bis zum gesamten afrikanischen Kontinent. Auch die Arktis soll zukünftig mehr Aufmerksamkeit erhalten. Außerdem sind die transatlantischen sowie die Beziehungen zum pazifischen Raum weiterhin von hoher Bedeutung und sollen gestärkt oder, wo möglich, ausgebaut werden. Diese sind nach europäischer Auffassung zentral für Sicherheit, Verteidigung, Wirtschaft und den Wohlstand innerhalb der Europäischen Union.²⁴³

Die fünfte Priorität für die EU-Außenpolitik bezieht sich auf das Phänomen ‚Global Governance‘ im 21. Jahrhundert. Mit den Vereinten Nationen strebt man eine auf Regeln basierte Ordnung der Welt in Form eines effektiven Multilateralismus an. Die EU unterstützt die Bemühungen der UN, indem sie gemeinsame Werte und Ziele teilt und diese in ihrer außenpolitischen Agenda zu erklärten Zielen der EU macht. Hierzu zählen unter anderem die Sustainable Development Goals, friedensschaffende und -erhaltende Maßnahmen, humanitäre Hilfe und Freihandelsabkommen, die von der EU verfolgt werden. Hierfür sind Partnerschaften und Kooperationen eine Notwendigkeit.

244

²⁴² Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 21.3.2017): 3

²⁴³ Vgl. ebd.: 3f

²⁴⁴ Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 21.3.2017): 4

5.3.2.4 Von der Vision zur Aktion

Das Schlusskapitel der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU widmet sich der Durchsetzung dieser europäischen Vorhaben. Für die Umsetzung braucht die Union eine breite Zustimmung, weshalb sie eine Einheit darstellen muss, die von anderen internationalen Akteuren wahrgenommen wird. Für eine aktive Rolle in der Weltpolitik soll die EU zudem in die außenpolitischen Arbeitsbereiche investieren. Allen voran sieht die Globale Strategie den Ausbau zivilmilitärischer Möglichkeiten vor, um sich besser und stärker engagieren zu können. Hierfür wird eine Verteidigungskooperation vorgesehen, die aus den Nationalstaaten der EU und der Nato besteht. Der EAD übernimmt in Zuge dessen die zentrale Koordination dieser Arbeitsverhältnisse. Die Realisierung der Vorhaben soll möglichst rasch und effizient umgesetzt werden, sodass die Union zukünftig effektiver auf neue Entwicklungen in der Weltpolitik reagieren kann. Dadurch wird die globale Akteursrolle der EU stärker wahrgenommen werden können. Die neu ausgearbeiteten Strategien sollen entsprechend ihrer Prioritäten implementiert werden. Dieser Prozess wird regelmäßig kontrolliert und jährliche Reflexionen informieren über aktuelle Entwicklungen der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.²⁴⁵ Die konkrete Umsetzung der Globalen Strategie im Kontext Europäischer Partnerschaften wird im nachfolgenden Kapitel über die Außenbeziehungen der EU näher betrachtet.

5.3.3 Zwischenfazit

Die Europäische Union verfolgt keine offizielle Geostrategie. Die Rufe nach einer verbindlichen Strategie der EU und ihres außenpolitischen Handelns sind mit der Zeit jedoch immer lauter geworden.

Mit der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 versucht die Union diesen Rufen gerecht zu werden und eine auf europäischen Werten basierende außenpolitische Strategie zu formulieren. Es ist das erste gemeinsame strategische Dokument aller

²⁴⁵ Vgl. Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 21.3.2017): 4

Mitgliedsstaaten, deren divergierende nationalstaatliche Interessen eine solche Positionierung der EU bis zur Schaffung der ESS verhindert hatten. Mit der ESS positioniert sich die EU als sicherheitspolitische Akteurin, die globale Stabilität anvisiert. Anhand von Leitlinien definiert die Union ihre strategischen Bestrebungen. Wesentlich ist die Bekennung zu internationalen Kooperationen als strategisches Instrument zur internationalen Einflussnahme.

Nach über einem Jahrzehnt haben sich die globalen Herausforderungen jedoch verändert und eine Anpassung der Europäischen Sicherheitsstrategie ist erforderlich geworden. Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU von 2016 ist das Ergebnis einer umfassenden Überarbeitung der ESS. Darin werden die strategischen Inhalte den aktuellen Gegebenheiten angepasst und teilweise deutlich erweitert. Insbesondere der verteidigungspolitische Aspekt gewinnt einen höheren Stellenwert. Hier sieht die Globale Strategie einen deutlichen Ausbau der Partnerschaft mit der Nato vor. „[...] [Die] EU [wird] sich künftig auf die zivile Gefahrenabwehr konzentrieren [...], während die militärische Gefahrenabwehr im Rahmen der transatlantischen Zusammenarbeit und im engen Verbund mit der Nato erfolgen soll.“²⁴⁶ Auch die Globale Strategie bleibt stark wertegeleitet und ähnelt daher in ihren grundlegenden Absichten denen der ESS. „Resilienz, menschliche Sicherheit, zivil-militärische Zusammenarbeit und kooperative Sicherheit sind [die] zentrale[n] Elemente dieser Strategie, wobei insbesondere das kooperative Element als sehr positiv zu bewerten ist.“²⁴⁷

Die Globale Strategie der EU ist durchaus eine inhaltliche Weiterentwicklung in der Ausrichtung der Europäischen Außenpolitik. Allerdings bleibt sie für die Mitgliedsstaaten unverbindlich. Zudem entspricht sie nicht dem Verständnis einer (Geo-)Strategie, da sie dafür zu allgemein formuliert ist²⁴⁸. Stattdessen kann das Dokument vielmehr als außenpolitische Handlungsempfehlung für die Mitglieder interpretiert werden.²⁴⁹

²⁴⁶ Bendiek, Annegret (7/2016): Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Aus: SWP-Aktuell 44. URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A44_bdk.pdf (Abrufdatum: 22.3.2017): 4

²⁴⁷ Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 21.3.2017): 4

²⁴⁸ Vgl. Bendiek, Annegret (7/2016): Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Aus: SWP-Aktuell 44. URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A44_bdk.pdf (Abrufdatum: 22.3.2017): 1

²⁴⁹ Vgl. ebd. 3

Diese Erkenntnis bestätigt die Kritik, die bereits in Bezug auf die GASP geübt wurde, nämlich dass Interessenkonflikte der einzelnen EU-Mitglieder eine präzise Positionierung bezüglich der außenpolitischen Vorgehensweisen behindern. Daher steht die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, ähnlich wie die ESS und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in der Kritik, zu vage und deskriptiv zu sein.

5.4 Außenbeziehungen der Europäischen Union

Die Analyse der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, der Europäischen Sicherheitsstrategie sowie der Globalen Strategie hat aufgezeigt, dass die Abkommen der EU mit anderen Staaten einen wesentlichen Faktor für ihre Außenpolitik darstellen. Sie gelten als Herzstück für die Europäische Außenpolitik²⁵⁰. „Festzuhalten ist zunächst, dass die EU mit nahezu allen Staaten der Welt Abkommen oder Partnerschaften geschlossen hat, die über die Aufnahme und Unterhaltung von rein diplomatischen Beziehungen hinausgehen. Abkommen und Partnerschaften sind zentrale Instrumente *aller* Dimensionen der EU-Außenpolitik.“²⁵¹ Diese Tatsache erklärt, warum die Union großes Interesse daran hat, diese internationalen Beziehungen stetig auszubauen, festigen sie doch ihren Einfluss in den entsprechenden Ländern und Regionen. Und es ist auch der Grund, weshalb die Union sich zwar verstärkt, aber längst nicht ausschließlich in ihrer direkten Nachbarschaft, sondern in nahezu allen Gebieten der Erde engagiert. Die Strategische Partnerschaft und die Europäische Nachbarschaftspolitik verdeutlichen diese unterschiedlichen geographischen Fokussierungen. Während strategische Partnerschaften eher mit Großmächten bzw. bedeutungsvollen Regionen eingegangen werden, zentralisiert die Europäische Nachbarschaftspolitik Staaten aus der europäischen Umgebung, die auf globaler Ebene nicht unbedingt eine bedeutende Rolle einnehmen, aber für die Sicherheit der EU dennoch strategisch wichtig sind. „Die EU pflegt ein engmaschiges Netz solcher Abkommen und Partnerschaften, das nicht nur eine große inhaltliche Diversität aufweist, sondern auch Beziehungen zwischen der Union und anderen Akteuren etabliert, die von unterschiedlicher Institutionalisierung und Intensität gekennzeichnet sind. Streng vertragsrechtlich geregelte völkerrechtliche Abkommen und Übereinkünfte [...] zählen ebenso zu dieser

²⁵⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 341

²⁵¹ Ebd.: 209 [Hervorhebung i.O.]

Dimension wie die vertragsrechtlich weniger strikt reglementierten Partnerschaften der Union. Hierunter fallen ganz zentral die sogenannten strategischen Partnerschaften [...].“²⁵²

5.4.1 Strategische Partnerschaften der EU

Im Bereich der Europäischen Außenpolitik stellen *strategische Partnerschaften* eine besondere und anerkannte Form der Zusammenarbeit dar und sind auch integraler Bestandteil der ESS und der Globalen Strategie. „Seit etlichen Jahren knüpft die EU strategische Partnerschaften mit wichtigen globalen und regionalen Mächten. So sollen vertiefte, eine Vielzahl an Kooperationsfeldern abdeckende kontinuierliche Beziehungen auf- und ausgebaut werden. [...] Die strategischen Partnerschaften der EU richten sich an sehr unterschiedliche Partner, verfolgen verschiedenartige Ziele und weisen disparate Verfahren und Grundlagen auf.“²⁵³

Wesentliche Merkmale sind beispielsweise die Individualität dieser Verbindungen, die Gleichberechtigung der beiden Akteurinnen in ihrem gemeinsamen Praxisfeld sowie die Verfolgung gleicher Intentionen und Ziele²⁵⁴.

Mittlerweile unterhält die Europäische Union 14 strategische Partnerschaften, davon zehn bilaterale (Russland, USA, Japan, China, Kanada, Indien, Brasilien, Südafrika, Mexiko, Südkorea), zwei interregionale (Mittelmeer und Naher Osten sowie Lateinamerika) und zwei interorganisationale Partnerschaften (NATO und Afrikanische Union). Eine Besonderheit stellt die Partnerschaft mit der UNO dar, da diese in Themen unterteilt wird.²⁵⁵

Zwei hingegen sehr gegensätzliche Verbindungen, stellen die Partnerschaften der EU mit den USA und der VR China dar. Während die USA der traditionell wichtigste und älteste Verbündete der Union sind, hat die Partnerschaft mit China eher einen vor allem auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten basierenden Charakter.

Mit den Vereinigten Staaten von Amerika wurde im Jahre 1995 offiziell die strategische Partnerschaft eingegangen. Die Anfänge ihrer Beziehung gehen allerdings deutlich weiter zurück. „Europa und die USA sind politisch, kulturell und wirtschaftlich verflochten, wie nur wenige andere Regionen in der Welt.“²⁵⁶ Die strategische

²⁵² Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 22

²⁵³ Ebd.: 342

²⁵⁴ Vgl. Kempin, Ronja; Lippert, Barbara (2013): Die EU im Blick und Handeln der Anderen: Implikationen für ihren Umgang mit strategischen Partnern. Aus: Lang, Kai-Olaf; Wacker, Gudrun (Hrsg.): Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten. Komplex – kooperativ – krisenhaft. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (12/2013): 118

²⁵⁵ Vgl. ebd. 302f

²⁵⁶ Weidenfeld, Werner (2010): 197

Partnerschaft mit der VR China hingegen wurde erst im Jahre 2003 beschlossen. Schwerpunkte dieser Beziehung sind vordergründig die wirtschaftlichen Interdependenzen und wertebasierte Dialoge.²⁵⁷ Aufgrund ähnlicher Wertvorstellungen der EU und der USA, ist diese Partnerschaft allerdings wesentlich tiefergehender. Zwischen China und Europa herrscht dagegen ein grundsätzlicher Wertekonflikt, der eine Ausweitung der Beziehung behindert.²⁵⁸

Grundsätzlich hat die Europäische Union jedoch reges Interesse daran, die strategischen Partnerschaften zu all ihren Partnern stetig weiter auszubauen, da gute Beziehungen zu globalen Akteurinnen für ihren Einfluss und Ziele in der Weltpolitik entscheidend sind.

Neben der Zusammenarbeit mit den USA und China sieht die Europäische Union in Indien ebenfalls einen strategischen Partner mit großem Potenzial. Indien ist ein Schwellenland und nach China das bevölkerungsreichste Land der Welt. Dabei ist Indien nicht nur eine aufsteigende Macht in der Weltpolitik und Weltwirtschaft, sondern auch der größte demokratische Staat. Diese Aspekte machen das Land zu einem attraktiven Partner der EU. Kooperationen zwischen beiden Akteurinnen bestehen bereits seit den 1960er Jahren. Die strategische Partnerschaft wurde jedoch erst 2004 offiziell beschlossen. Aufgrund ähnlicher Wertevorstellungen wünscht man sich eine vertiefende Zusammenarbeit in verschiedensten Bereichen. Dazu gehören alle für die Union wichtigen Themen, wie Frieden, Wachstum, Wohlstand, Menschenrechte, Konfliktprävention und Terrorbekämpfung. Insbesondere der Status der Frauen und die Ungleichbehandlung der Geschlechter im Allgemeinen sind aus europäischer Sicht Problemfelder der indischen Gesellschaft. In den bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Indien nimmt – wie für Abkommen der EU üblich – der wirtschaftliche Aspekt den größten Bereich ein. Unter anderem verhandeln die zwei Akteurinnen seit geraumer Zeit über ein gemeinsames Freihandelsabkommen. Die Intention der Europäischen Union ist aber nicht ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Stattdessen ist die Union darum bemüht, Indien als Akteur des Multilateralismus zu gewinnen. Daneben sind im Speziellen die Non-Proliferationspolitik und der weltweite

²⁵⁷ Vgl. Stanzel, Volker (2005): Aufstieg zur Weltmacht. Aus: Berié, Eva; Ullrich, Volker (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach. Weltmacht China. Frankfurt, Fischer Taschenbuch Verlag: 98

²⁵⁸ Vgl. Wacker, Gudrun (2013): China und die EU: Keine Strategie, keine Partnerschaft. Aus: Lang, Kai-Olaf; Wacker, Gudrun (Hrsg.): Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten. Komplex – kooperativ – krisenhaft. (12/2013) Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik: 39

Klimaschutz ein Anliegen der EU. Indien verspricht sich im Gegenzug von der Kooperation Zugang zum EU-Binnenmarkt für die Steigerung seines Wachstums. Schon jetzt ist die Union für Indien die größte Handelspartnerin. Daneben erhofft sich Indien sicherheitspolitische Unterstützung von der EU in den ständig schwelenden Konflikten mit seinen Nachbarländern Pakistan und Sri Lanka und internen Problemen mit der im Land ansässigen muslimischen Minderheit. Eine solche ist mit der werteorientierten Politik der Europäischen Union allerdings schwer vereinbar. Dies verdeutlicht bestehende Diskrepanzen zwischen den Akteurinnen.²⁵⁹

Die strategische Partnerschaft mit Indien verdeutlicht das geostrategische Interesse der EU an Partnerschaften mit aufstrebenden Großmächten. Indien scheint für diese Zusammenarbeit prädestiniert zu sein, weil es ein demokratisches Land im Wachstum ist und Potential aufweist, europäische Ziele (v.a. Werte) in der Welt an der Seite der EU zu vertreten. Zugleich ist Indien eine opportune Kooperationsquelle, um, neben der Zusammenarbeit mit China, im asiatischen Raum, an Einfluss zu gewinnen. Für Indien ist die Union allerdings vorrangig von wirtschaftlichem Interesse. Während die EU folglich zum ökonomischen Fortschritt des Landes beiträgt, erhofft sich die Europäische Union Kompromisse in werteorientierten Politikbereichen.

Kooperationen mit aufstrebenden Mächten wie Indien oder auch Brasilien sind für die Europäische Union deshalb so bedeutsam, weil diese Akteure zunehmend im internationalen Geschehen mitwirken und dennoch auf Unterstützung angewiesen sind, um sich zu entwickeln und zu wachsen. Durch das Leisten dieser Unterstützung sieht sie ihre Chance, sowohl ihre eigene Wirtschaft zu stärken, als auch ihre Werte in der Welt zu verbreiten und auf diesem Wege ihren Führungsanspruch zu festigen.

5.4.2 Europäische Nachbarschaftspolitik

Während sich die Europäische Union bei der strategischen Partnerschaft auf Akteurinnen konzentriert, die nicht unbedingt in unmittelbarer geographischer Nähe zu Europa liegen, beschäftigt sich die Union in der *Europäischen Nachbarschaftspolitik* (ENP) mit Staaten aus den Nachbarschaftsregionen. Ins Leben gerufen wurde die

²⁵⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 353-358

Nachbarschaftspolitik im Jahre 2004. Eingang ins offizielle Vertragswerk der EU fand sie jedoch erst 2007 im Vertrag von Lissabon²⁶⁰. „Die Union entwickelt besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft, um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet.“²⁶¹ Gestaltet werden diese Kooperationen anhand des zentralen Instruments der Aktionspläne, die vordergründig handelspolitische Abkommen beinhalten, obwohl sich die thematische Bandbreite durchaus auch über Umweltpolitik, Migrationspolitik, Energiepolitik und Verkehrspolitik erstrecken kann²⁶².

Partnerinnen der ENP sind Staaten oder Regionen, die keine Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU haben²⁶³. Eine grobe Unterscheidung kann zwischen den Ländern in der östlichen und in der südlichen Region Europas gemacht werden. Die Partnerinnen im Osten sind Weißrussland, Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Die Staaten Weißrussland und Armenien haben sich mittlerweile der Eurasischen Wirtschaftsunion angeschlossen, was eine Abwendung von der ENP bedeutet²⁶⁴. Russland ist nicht Teil der ENP, weil es mit der strategischen Partnerschaft bereits eine besondere Beziehung mit der EU unterhält. Die südlichen Partnerländer sind Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Jordanien, Palästina, Israel, Libanon und Syrien.

Die Unterteilung einer südlichen und einer östlichen ENP ist deshalb sinnvoll und nötig, weil die Regionen verschiedenen Bedingungen (vor allem kultureller und religiöser Natur) unterliegen und dementsprechend unterschiedliche Maßnahmen innerhalb der ENP getroffen werden müssen. Diese Differenzierung rührt nicht zuletzt daher, dass auch innerhalb der Union der Fokus der Mitgliedsstaaten auf verschiedenen Regionen liegen. Während vor allem Frankreich Interesse an guten Beziehungen mit der südlichen Nachbarregion hat, blickt Deutschland eher in den Osten Europas. Diese Diskrepanzen verdeutlichen unter anderem, worauf die gängigen Unstimmigkeiten innerhalb der Europäischen Außenpolitik beruhen.²⁶⁵

²⁶⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 310

²⁶¹ Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel I, Artikel 8 (1)

²⁶² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 205f

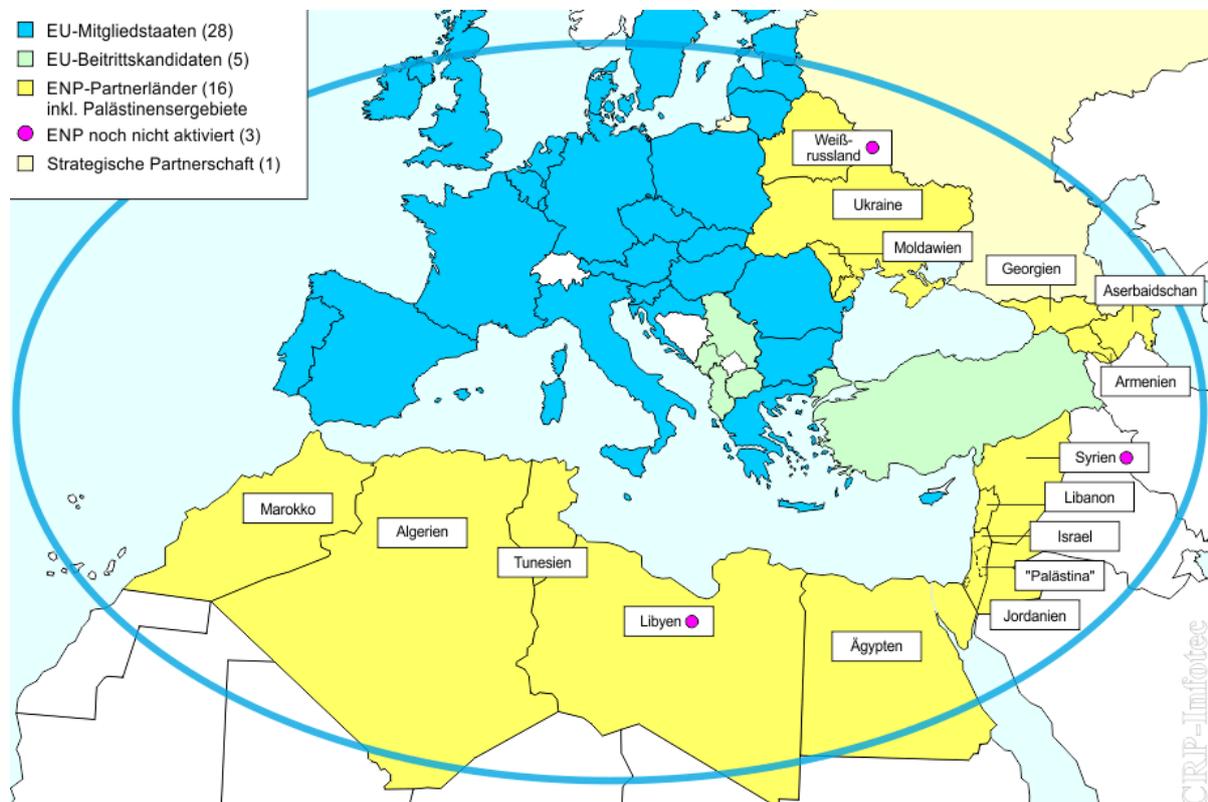
²⁶³ Für Länder mit EU-Beitrittsperspektive betreibt die EU eine Erweiterungspolitik.

²⁶⁴ Vgl. Brocza, Stefan (2015): Der Anfang vom Ende der Nachbarschaftspolitik. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (2/2015): Wien, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik: 51

²⁶⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 310-313

Mit den politischen Unruhen in den beiden Nachbarschaftsgebieten (Arabischer Frühling und Ukraine Krise) entstehen zudem neue Herausforderungen für die ENP, die eine neue Strategie des Krisenmanagements seitens der EU erfordern²⁶⁶.

Abb. 13: Europäische Nachbarschaft.



Quelle: CRP-Infotec; Richter-Publizistik (1.11.2016): Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP).
 URL: <https://crp-infotec.de/wp-content/uploads/enp-nachbarschaftspolitik.gif> (Abrufdatum: 8.11.2017); o.S.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik mit den nördlichen Staaten Afrikas und des Nahen Osten, die sogenannte *Euro-Mediterrane Partnerschaft* (EMP) bzw. *Union für das Mittelmeer* (UfM), ist ein Exempel für die Bedeutsamkeit dieses Instruments der Zusammenarbeit.

„[...] [D]ie EU hat ein Eigeninteresse an einer verbesserten Kooperation mit den Mittelmeerdrittstaaten [...], um Sicherheits Herausforderungen wie illegale Einwanderung und Terrorismus effektiv angehen zu können. [...] Vereinbart wurden ein politischer Dialog, ein kultureller und sozialer Austausch sowie die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen, die insbesondere über die Errichtung einer euromediterranen Freihandelszone gefördert werden sollten. [Schließlich] einigte man sich außerdem auf eine verstärkte Kooperation im Bereich Justiz und Inneres.“²⁶⁷ Die Realisierung dieser

²⁶⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 314f

²⁶⁷ Weidenfeld, Werner (2010): 196

Vorhaben stellt für die EU jedoch eine große Herausforderung dar. Die ausgearbeiteten Aktionspläne haben nicht den gewünschten Effekt einer friedlichen Demokratisierung herbeiführen können. Mit dem sogenannten Arabischen Frühling ab Ende 2011 wurde dies schließlich bestätigt und kann für die ENP als Misserfolg gewertet werden. In Folge dessen wurde die südliche ENP einer Überarbeitung zu unterzogen, um auf die neuen Gegebenheiten besser eingehen zu können. Neben einer Individualisierung der Partnerstaaten betont man das Prinzip ‚more for more‘, welches Hilfeleistungen gegen Reformfortschritte vorsieht. Zudem setzen sie Anreize für die Nachbarstaaten in den Bereichen ‚money, market, mobility‘.²⁶⁸

Die nicht-europäischen Partnerstaaten der Union für das Mittelmeer kämpfen jedoch immer noch mit den Folgen des Arabischen Frühlings von 2011 und den darauf folgenden kriegerischen Konflikten. In Syrien und Irak kam es infolge dessen zu erbitterten Bürgerkriegen und mit der Gründung der Terrororganisation IS (Islamischer Staat) kam eine neue Bedrohung auch für Europa hinzu. Alles zusammen hat eine erhöhte Fluchtmigration zur Folge, die im Sommer 2015 ihren Höhepunkt erreichte und die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer vor neue Herausforderungen stellte.

Die Staaten der *östlichen Partnerschaft* sind ebenfalls von gewalttätigen politischen Konflikten betroffen. Seit Beginn der Ukraine Krise Ende 2013 und der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland, ist die ENP zu einem Instrument des Krisenmanagements mutiert. Die eigentlichen Bestrebungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, nämlich Stabilität, Sicherheit und Wohlstand durch gegenseitige Annäherung, sind dadurch rückschrittlich.²⁶⁹

Angesichts der kritischen Entwicklungen in beiden Region sah sich die Union mit der Hohen Vertreterin und dem ihr zuarbeitenden Kommissar für Nachbarschaftspolitik gezwungen, die ENP zu überarbeiten. 2015 leitete man schließlich Maßnahmen zur Neuausrichtung der ENP ein, die im Einklang mit der künftigen Globalen Strategie stehen sollten.²⁷⁰

²⁶⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 314f

²⁶⁹ Vgl. ebd.: 316f

²⁷⁰ Vgl. Brocza, Stefan (2015): Der Anfang vom Ende der Nachbarschaftspolitik. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (2/2015): Wien, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik: 52f

Im Fortschrittsbericht²⁷¹ der Europäischen Kommission über die ENP betont man daher *Resilienz*, *Stabilität* und *Sicherheit* als zentrale Absichten der politischen Vorhaben. Schlüsselbereiche der Zusammenarbeit sind Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte; Wirtschaftswachstum und Stabilisierung; Sicherheit sowie Migration und Mobilität. Insgesamt sollen die Partnerschaften vermehrt auf bilateraler Ebene und wesentlich individueller gestaltet werden, um besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Staaten eingehen zu können. Daher wurden mit allen Akteurinnen der ENP neue Gespräche aufgenommen. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Situation in Syrien, Libyen und in der Ukraine.

272

Für die Unterstützung und Sicherung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Einhaltung demokratischer Standards sendete die EU ab Ende 2015 Wahlbeobachter nach Ägypten, Jordanien, Marokko, Georgien und Weißrussland. Insgesamt bewertet die EU die Wahlen als positive Entwicklung und hebt insbesondere Jordanien und Georgien hervor. Dennoch gibt es immer noch gravierende Mängel im Rechtsbereich. Darum hat die Europäische Kommission 2016 in Kooperation mit der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) einen Rahmenplan mit Prinzipien verantwortungsbewusster Regierungsführung (Principles of Public Administration) erstellt, der die Nachbarstaaten bei der Umsetzung unterstützen soll. Diese Beihilfe haben insbesondere Tunesien, Georgien und die Ukraine in Anspruch genommen. Die Einhaltung der Menschenrechte verschlechtert sich dennoch dramatisch in den östlichen und südlichen Krisengebieten der EU. Die Union hat daher 2016 Prinzipien menschenrechtskonformem Handelns ausdrücklich an ihre finanziellen Unterstützungen gebunden. Zudem sucht man den Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Organisationen in sämtlichen Nachbarstaaten. In der Ukraine bemüht sich die EU um den Aufbau solcher zivilgesellschaftlicher Organisationen, um Dialoge zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und der Regierung zu fördern. Hierfür hat die Union ein Konzept erstellt („EU Country Roadmaps for Engagement with Civil Society“), um sich der örtlichen Zivilgesellschaft anzunähern und mit ihr zusammenzuarbeiten. Eine bereits bestehende Plattform zur Unterstützung und

²⁷¹ Siehe Joint Report to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. (18.5.2017): Report on the Implementation of the European Neighborhood Policy Review. Aus: Europäische Kommission. Abrufbar unter URL: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2_en_act_part1_v9_3.pdf (Abrufdatum: 9.11.2017)

²⁷² Vgl. ebd.: 2ff

Unterhaltung produktiver Dialoge zwischen Zivilgesellschaft und Staat stellt das ‚Eastern Partnership Civil Society Forum‘ dar.²⁷³

In Tunesien werden zivilgesellschaftliche Organisationen in die Vorbereitungen zu den Verhandlungen des Freihandelsabkommens miteinbezogen. Im Frühjahr 2016 hat man bereits, als Reaktion auf die Terroranschläge von 2015 und den Rückgang des Tourismus, beschlossen, Olivenöl aus Tunesien zollfrei in die EU zu importieren, um der Wirtschaft Auftrieb zu geben. Mit Moldawien, Georgien und der Ukraine hingegen unterhält die Europäische Union bereits eine Freihandelszone. Zur Unterstützung wirtschaftlichem Aufschwungs fördert die EU kleine und mittelständische Unternehmen. Für die südlichen Nachbarstaaten hat man dafür die ‚Initiative for Financial Inclusion‘ eingerichtet sowie das ‚EU4Business‘-Programm für die östlichen Partnerländer. Beide Programme zielen auf Modernisierung und strategisches Unternehmertum ab. Im Hinblick auf den Bildungsbereich hat man, unter anderem im Rahmen des bereits bestehenden Bildungsprogramms ‚Erasmus+‘, Projekte gefördert, die es Studierenden und Wissenschaftlerinnen aus den östlichen Nachbarländern ermöglichen, in Ländern der EU akademisch tätig werden zu können (sowie auch umgekehrt EU-Bürgerinnen in Osteuropa). Außerdem unterstützt man verstärkt Projekte, die sich für die Modernisierung von Universitäten und des höheren Bildungssystems einsetzen. Auch der Energiesektor und dessen Modernisierung wird gefördert. Neben der Vermittlung von Wissen in diesem Bereich garantiert Energiesicherheit stabilere Verhältnisse im Land. Darum initiiert man momentan in Tunesien, Georgien, der Ukraine, Algerien und Jordanien Projekte (z.B. EU4Energy) für effiziente Energiegewinnung. Der weltweit größte Windpark in Ägypten und die größte Solaranlage in Marokko dienen hierfür als Paradebeispiele.²⁷⁴

Aufgrund der verheerenden Krisensituationen in den europäischen Nachbargebieten erfordert der sicherheitspolitische Bereich besondere Aufmerksamkeit in den Vorhaben der ENP. Im Zuge dessen hat die EU Missionen der GSVP in die Ukraine und nach Georgien, Moldawien, Palästina sowie Libyen entsendet. Dadurch soll nicht nur das europäische Engagement demonstriert werden, sondern auch zivilgesellschaftliche Unterstützung geboten werden. Zusätzlich hat die Union einen

²⁷³ Vgl. Joint Report to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. (18.5.2017): Report on the Implementation of the European Neighborhood Policy Review. Aus: Europäische Kommission. Abrufbar unter URL: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2_en_act_part1_v9_3.pdf (Abrufdatum: 9.11.2017): 11-14

²⁷⁴ Vgl. ebd.: 14-18

Rahmenplan (Security Sector Reform) ausgearbeitet, um den Nationalstaaten bei der Implementierung einer Sicherheitsstrategie behilflich zu sein. Diese beinhaltet unter anderem die Modernisierung des Sicherheitssektors, sowie Grenzschutz und Grenzkontrolle. Für die südlichen Nachbarländer soll dies vor allem eine Unterstützung bei der Terrorbekämpfung sein.²⁷⁵

In Folge von Terror und Krieg ist die Migration für viele Zivilisten der letzte Ausweg. Diese irreguläre Migration stellt die Europäische Union jedoch vor eine große Herausforderung. Insbesondere Libyen ist als Basis vieler Schleuserbanden, die von dort aus Boote mit oftmals hunderten Flüchtlingen und Migranten nach Europa schicken, ein Etappenziel vieler afrikanischer Migrantinnen. 2016 waren es womöglich eine Million Flüchtlinge, die bei einer der schätzungsweise 180.000 Überfahrten in die EU im Boot saßen. Annähernd 5.000 Menschen sind bei diesen Überquerungen im Mittelmeer ums Leben gekommen. Anfang 2017 haben die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU eine gemeinsame Mitteilung (Joint Communication on 'Migration on the Central Mediterranean route -Managing flows, saving lives') festgehalten. Darin beschließen sie die Bekämpfung dieser illegalen Migration und die Unterstützung für die betroffenen Länder und die Flüchtlinge. 2017 wurden hierfür 200 Millionen Euro vom European Emergency Trust Fund für die afrikanischen Staaten, insbesondere Libyen und die angrenzenden Staaten, bereitgestellt. Während die EU in der südlichen Nachbarschaft folglich mit irregulärer Migration von Kriegsflüchtlingen konfrontiert wird, konnte die östliche Partnerschaft 2017 durch die Gewährung der Visafreiheit für Georgien und die Ukraine belebt werden.²⁷⁶

Beide Gebiete sind Krisengebiete, die mit unterschiedlichen Problemen zu kämpfen haben und differente Ansätze zur Bekämpfung brauchen.

Die Prioritäten der allgemeinen östlichen Partnerschaft liegen im Wirtschaftswachstum und im Marktzugang; der Etablierung von Institutionen und verantwortungsvoller Regierungsführung; in Vernetzung, Energieeffizienz und Umwelt; sowie in Mobilität und Bürgernähe. Hierfür visiert man eine Kombination aus bilateralen und regionalen Kooperationen an. Neben der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen sind dies vor allem auch parlamentarische Treffen (EURONEST) von Abgeordneten

²⁷⁵ Vgl. Joint Report to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. (18.5.2017): Report on the Implementation of the European Neighborhood Policy Review. Aus: Europäische Kommission. Abrufbar unter URL: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2_en_act_part1_v9_3.pdf (Abrufdatum: 9.11.2017): 19ff

²⁷⁶ Vgl. ebd.: 22f

aus der EU und denen aus östlichen Partnerstaaten. So konnten beispielsweise Moldawien und die Ukraine in die EU-Strategie für den Donauraum integriert werden. Insgesamt sieht die ergebnisorientierte Planung die Endziele der östlichen ENP für 2020 vor, wobei phasenweise Etappenziele erreicht werden sollen.²⁷⁷

Die Prioritäten der allgemeinen südlichen Partnerschaft, der Union für das Mittelmeer, liegen darin sich mit anderen Akteuren der Region zu vernetzen, um kollektiv positiven Einfluss auf die Bereiche Jugendarbeitslosigkeit, Unternehmerschaft, Umwelt, Wasser und Infrastruktur zu bewirken. Hierfür werden regelmäßig Treffen auf Ministerebene abgehalten. Seit Überarbeitung der ENP 2015/16 haben bereits Konferenzen zu den genannten Schlüsselbereichen stattgefunden. Zudem wird die regionale Zusammenarbeit gefördert. So kooperiert die EU verstärkt auch mit der internationalen Organisation arabischer Staaten (Arabische Liga), der Organisation für islamische Zusammenarbeit und der Afrikanischen Union. Das Zusammenkommen mit der Arabischen Liga führte bereits zu einem gemeinsamen Arbeitsprogramm in den Bereichen Krisenmanagement, Zivilgesellschaft, Menschenrechte, Diplomatie, Wahlbeobachtung und Förderung von Frauen in der Wirtschaft. Eine aussichtsreiche Plattform bildet auch das jährlich stattfindende ‚Civil Society Forum South‘, welches den Dialog zwischen der südlichen Zivilgesellschaft, der EU und Behörden der südlichen Partnerländer fördern soll. Die Steigerung von Kooperationen im südlichen Gebiet der ENP soll schließlich die strategische Kommunikation und Aktivität fördern.

²⁷⁸

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die ENP ist durchwegs positiv und bekräftigend. Insbesondere die Intensivierung regionaler Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen wird hervorgehoben. Die Entwicklungen in den östlichen und südlichen Nachbarländern der EU und die Maßnahmen innerhalb der ENP sind jedoch kritisch zu bewerten. Die Europäische Union konnte weder den Ausbruch der Krise durch den Arabischen Frühling 2011/12 im Süden, noch den Ausbruch der Ukrainekrise von 2013/14 vermeiden oder lindern. Nur zögerlich hat die Union zu diesen Konflikten Stellung bezogen, denn die ENP war nicht auf ein

²⁷⁷ Vgl. Joint Report to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. (18.5.2017): Report on the Implementation of the European Neighborhood Policy Review. Aus: Europäische Kommission. Abrufbar unter URL: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2_en_act_part1_v9_3.pdf (Abrufdatum: 9.11.2017): 8f

²⁷⁸ Vgl. ebd.: 9ff

Krisenmanagement solcher Szenarien ausgerichtet²⁷⁹. Beide Konflikte waren ausschlaggebend für eine Überarbeitung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Mit dieser Neuausrichtung werden die Beziehungen zu den südlichen und östlichen Ländern wiederbelebt und neu aufgebaut. Der Wandel besteht nun darin, weniger die Integration europäischer Werte in den Partnerländern einzufordern, sondern mehr Akzeptanz gegenüber Nachbarstaaten einzugestehen, um so die allgemeine Sicherheit zu erhöhen²⁸⁰. „Die EU und ihre Nachbarschaftspolitik hatte in der Vergangenheit ihre Politik als Übertragung ihrer Normen und Werte [...] verstanden, ohne sich wirklich mit den Normen und Werten der [Partnerländer] [...] auseinanderzusetzen. [...] In der Vergangenheit hat die EU bei ihren Forderungen nach demokratischen Reformen weitgehend die unterschiedlichen Traditionen, sozialen Strukturen und Werte außer Acht gelassen. Eine effektive Nachbarschaftspolitik muss diese Entwicklungen berücksichtigen und über die Vermittlung europäische Werte hinausgehen. [...] Die Instrumente dafür sind diplomatische, politische, zivile und militärische Maßnahmen.“²⁸¹

Die weitere Entwicklung dieser neuen Rolle und Strategie der EU bleibt aber noch abzuwarten.

Die derzeitige Situation in den südlichen ENP-Staaten ist immer noch verheerend. In Syrien herrscht Bürgerkrieg und mit Libyen als Knotenpunkt von Migranten lässt sich kaum verhandeln, da es keine verhandlungsfähige Regierung gibt²⁸². Und auch in der Ukraine entspannt sich die Situation kaum, unter anderem weil das Land durch die Halbinsel Krim und den Zugang zum Meer geostrategische Bedeutung für Russland hat, das dadurch zu einer sensiblen Grenzregion zwischen Russland und der EU geworden ist. Russlands Anspruch auf dieses Gebiet hat zudem eine gestörte strategische Partnerschaft zur Folge, die ebenfalls neu aufgearbeitet werden muss.

Sowohl im Süden als auch im Osten sind bisher keine merklichen demokratischen Fortschritte festzustellen²⁸³.

Ergänzend zur Europäischen Nachbarschaftspolitik und als Reaktion auf die Krisengebiete wird schließlich die Bildung einer Europäischen Verteidigungsunion²⁸⁴ anvisiert, anhand derer man europäische Friedensarbeit leisten möchte.

²⁷⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 314

²⁸⁰ Vgl. Gärtner, Heinz (2017): Die globale Verantwortung Europas für den Frieden. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (1/2017):Wien,Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik:9f

²⁸¹ Ebd.

²⁸² Schlindwein, Simone (2017): Europas Türsteher. Aus: Südwind Magazin. Internationale Politik, Kultur und Entwicklung. (9/2017): Wien, Südwind Verein für Entwicklungspolitik und globale Gerechtigkeit: 21

²⁸³ Engelberg,Achim (2016):Im Fadenkreuz der Geopolitik. Die Ukraine und der neue Kalte Krieg. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. (11/2016): Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH: 67

²⁸⁴ Siehe: Kapitel 5.3.2 Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik.

5.5 Herausforderungen europäischer Außenpolitik

Außenpolitik ist stets abhängig von globalen Geschehnissen und Entwicklungen. Aufgrund dieser ständigen Umbrüche unterliegt sie einem kontinuierlichen Wandel. Dieser stetige Wandel und neu auftretende Herausforderungen bedingen eine kontinuierliche Anpassung der außenpolitischen Doktrin eines Staates oder einer Staatengemeinschaft. Eine solche Doktrin ist folglich nicht immer gänzlich steuerbar, sondern unterliegt veränderlichen Umständen, denen man bei Bedarf mit strategischen Anpassungen begegnet, um nationalen Interessen dennoch zur Geltung zu verhelfen. Die Europäische Union verfolgt dabei einen wertebasierten, neoinstitutionalistischen Ansatz in ihrer Außenpolitik. Der Fokus liegt demzufolge in friedlichen Kooperationen mit anderen Akteuren. Gerade in Bezug auf den normativen Ansatz der EU ist jedoch auch festzuhalten, dass eine derartige Außenpolitik in ihrer Umsetzung öfter an ihre Grenzen stößt. Trotzdem versucht die Union ihre Werte zu stärken und zu verbreiten, weshalb sie auch in den Strategiepapieren der EU eine wichtige Rolle einnehmen²⁸⁵. Im Zuge einer außenpolitischen Strategie findet auch die Theorie der Geopolitik Eingang in die Überlegungen. Die Europäische Geostrategie ist dabei global ausgelegt und auf allgemeine strategische Überlegungen beschränkt, um den nationalstaatlichen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten Geltung zu tragen und nicht konträr zu ihnen zu stehen, da ihre Umsetzung der Anerkennung aller momentan 28 Mitglieder bedarf. Dies ist nur eine Problematik innerhalb der Europäischen Union. Eine weitere ist die seit einiger Zeit erkennbare Tendenz steigender Stimmanteile extremer linker sowie nationalistischer Parteien bei Wahlen in nahezu allen Mitgliedsstaaten. Dies wird auch als eine Identitäts- bzw. Akzeptanzkrise der EU gedeutet. Das bekannteste Beispiel hierfür ist sicherlich der Brexit. Aber auch die 5-Sterne Bewegung in Italien, der Front National in Frankreich, Podemos in Spanien, das starke Abschneiden der österreichischen FPÖ oder der AfD in Deutschland können als Symptome dieser Akzeptanzkrise herangezogen werden. Allen gemeinsam ist eine äußerst EU-kritische Haltung, die in der Wählerschaft wachsende Aufmerksamkeit erfährt. Neben diesen innereuropäischen Schwierigkeiten bestehen zugleich globale Konflikte, die für die Außenpolitik der EU ausschlaggebend sind. Zu diesen Bedrohungen zählen insbesondere die weltweite Terrorgefahr (besonders

²⁸⁵ Siehe: Kapitel 5.3 Europäische Geostrategie.

durch den islamistischen Terrorismus) und die kriegerischen Zustände in Syrien und den umliegenden Staaten. Diese Zustände sind ein wichtiger Grund für eine große Flüchtlingsbewegung, was die EU und ihre Mitgliedsstaaten vor neue Herausforderungen stellt. Eine weitere Unsicherheit ergibt sich zudem durch die neuen politischen Gegebenheiten nach der Präsidentschaftswahl in den USA. Mit Trump als neuem Staatsoberhaupt der Vereinigten Staaten kommt es zu einer völligen Neuausrichtung amerikanischer Politik und dadurch auch zu vollkommen neuen weltpolitischen Konstellationen, die für die bestehende Weltordnung und künftige globale Entwicklungen einschneidend sein können.

Diese Sachverhalte verdeutlichen die diffuse und diffizile Situation in der Weltpolitik. Die Europäische Union ist bemüht diese Umstände durch eine werteorientierte Außenpolitik auszugleichen und Einfluss auf die globale Gemeinschaft zu nehmen.

Zur Einschätzung und Analyse der außenpolitischen Gegebenheiten, denen sich die EU stellen muss, bieten sich schriftliche Veröffentlichungen Europäischer Institutionen an. Insbesondere eignen sich in diesem Fall die ‚Rede zur Lage der Union‘ sowie der ‚Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘, um gegenwartsnahe Einschätzungen zur Lage der Europäischen Außenpolitik und strategische Tendenzen der EU zu untersuchen.

5.5.1 Rede zur Lage der Union

Die ‚Rede zur Lage der Union‘²⁸⁶ von 2016 ist eine Rede des Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker, vor dem Europäischen Parlament über die Ereignisse des vergangenen Jahres und die bevorstehenden Herausforderungen der Europäischen Union. Die Kommission gehört als Exekutivorgan zu den wichtigsten Institutionen der EU. Die Rede des Kommissionspräsidenten vor den Parlamentsabgeordneten, die die Interessen der EU-Bevölkerung vertreten, ist durchaus kritisch, aber überwiegend positiv und motivierend formuliert.

²⁸⁶ Europäische Kommission; Generaldirektion Kommunikation; Juncker, Jean-Claude (2016): Rede zur Lage der Union 2016. Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Abrufbar unter URL: <https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/c9ff4ff6-9a81-11e6-9bca-01aa75ed71a1> (Abrufdatum: 30.10.2017)

Die Rede zur Lage der Union von 2016 steht unter dem Titel ‚Hin zu einem besseren Europa – einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt‘, denn die EU befindet sich in schwierigen Zeiten, die das Europäische Projekt zu bewältigen hat. Der Vortrag Junckers beschreibt die Grundsätze der Union und gibt einen wesentlichen Überblick über die Problembereiche und Vorhaben der EU. Dem Bericht ist anschließend eine Absichtserklärung beigefügt mit einer Prioritätenliste für das nächste Arbeitsjahr mit Vorschlägen an konkreten Maßnahmen.

Die Rede zur Lage der Union ist im Wesentlichen in fünf Themenbereiche untergliedert: thematische Einführung, Europäische Lebensweise, stärkendes Europa, Europäische Verteidigung und verantwortungsvolles Europa. In der Einleitung verweist Juncker auf eine einschneidende Krise der Europäischen Union, die zu einer Spaltung der Europäischen Gemeinschaft führe. Überdies würden verschiedene innereuropäische und außereuropäische Problembereiche kumulieren, die nach einer Lösung verlangen. Dazu gehören unter anderem die Flüchtlingsintegration und die Bedrohung durch Krieg und Terrorismus. Als globale, einflussnehmende Akteurin müsse die EU Maßnahmen ergreifen, um weitere, tiefgehende Schäden des Europäischen Projekts und dessen Autorität zu vermeiden. Die größte Motivation der Europäischen Union bestehe im Zusammenleben in Frieden, was durch eine Fülle europäischer Werte ermöglicht würde. Deshalb möchte die EU diese Werte weitertragen und die europäischen Bürger durch unterschiedliche finanzielle Aktionen (z.B. regionale und globale Investitionsoffensiven, Sonderhilfen, Kapitalmarktunion, Solidaritätskorps) unterstützen und stärken. Um zudem auch die Sicherheit der EU-Bevölkerung zu gewährleisten, die durch Terrorismus zunehmend bedroht sei, möchte die Union eine Verteidigung aufbauen. Diese Europäische Verteidigung solle zuerst mit einer gesteigerten Zusammenarbeit bei der Sicherung der Außengrenzen und der Küstenwache der EU beginnen. Ein Europäischer Verteidigungsfonds, die strategische Zusammenarbeit mit der Nato und ein Hauptquartier für zivile sowie militärische Missionen seien gleichwohl erforderlich. Zudem sollten in Zukunft Reiseinformationen und sicherheitsrelevante Daten durch Europol ausgetauscht werden können. Unerlässlich sei außerdem eine Strategie für Syrien und die dortigen

kriegerischen Zustände. Diese Entwicklungen verdeutlichten, dass die EU innerhalb Europas sowie weltweit Verantwortung und Führung übernehmen möchte.²⁸⁷

Die an den Bericht Junckers anschließende Absichtserklärung setzt an diesem Punkt an und beinhaltet thematische Arbeitsprioritäten sowie Aktionsvorschläge. Die Prioritäten der Erklärung basieren auf den politischen Leitlinien des Europäischen Rates, die in der ‚Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels‘ im Jahre 2014 festgelegt wurden. Insgesamt umfasst die Liste zehn solcher Fokussierungen: Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen (1), ein vernetzter digitaler Binnenmarkt (2), eine robuste Energieunion mit zukunftsorientierter Klimaschutzpolitik (3), gerechter und vertiefter Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis (4), faire und vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion (5), ausgewogenes und vernünftiges Freihandelsabkommen mit den USA (6), Raum des Rechts und der Grundrechte (7), neue Migrationspolitik (8), mehr Gewicht auf internationalem Parkett (9) und eine Union des demokratischen Wandels (10).²⁸⁸

Die Prioritäten der Absichtserklärung Junckers sind sehr unterschiedlich gewichtet und umfassen verschiedene Politikbereiche. Es ist jedoch erkennbar, dass die Bemühungen der EU sowohl innereuropäisch als auch außereuropäisch liegen. Thematisch dominieren ökonomische Bereiche und Sicherheitsaspekte.

Die Rede zur Lage der Union beinhaltet ebenfalls viele Themenbereiche. Jean-Claude Juncker spricht darin zwar von einer ‚existentiellen Krise‘ der Europäischen Union, hebt aber auch die vielen positiven Aspekte und Erfolge der EU hervor. Insbesondere die 70 Jahre anhaltende Friedensperiode gehört zu den Europäischen Errungenschaften. Daher liegt der Fokus auf der Stärkung der EU durch ökonomische Initiativen sowie ihrem Schutz und ihrer Verteidigung durch vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen.

Die politischen und geostrategischen Prioritäten, die in der Rede zur Lage der Union und der daran anschließenden Absichtserklärung erläutert werden, sind Folgerungen der außenpolitischen Umstände der Europäischen Union. Diese verlangen, dass sich

²⁸⁷ Vgl. Europäische Kommission; Generaldirektion Kommunikation; Juncker, Jean-Claude (2016): Rede zur Lage der Union 2016. Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. URL: <https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/c9ff4ff6-9a81-11e6-9bca-01aa75ed71a1> (Abrufdatum: 30.10.2017): 6-22

²⁸⁸ Vgl. ebd.: 24-31

die EU stärker für den Schutz der europäischen Bevölkerung einsetzt und auch außenpolitisch bestimmend und richtungsweisend handeln muss.

5.5.2 Bericht über die Umsetzung der GASP

Der ‚Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘²⁸⁹ von 2016 ist eine Stellungnahme des EU-Parlaments. Das Plenarsitzungsdokument entspringt dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz von Elmar Brok und nimmt Bezug auf den Jahresbericht des Rates über die GASP. Das Europäische Parlament ist mit seinen 751 Abgeordneten die Vertretung und Stimme des europäischen Volkes. Die Stellungnahmen sind daher im Sinne der EU-Bevölkerung zu werten.

Der ‚Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘ gliedert sich in fünf Kapitel, wobei das erste Kapitel, ‚Entwurf einer Entschließung des europäischen Parlaments‘ von Relevanz ist. Dieses ist in thematische Abschnitte unterteilt, wovon jede Ausführung nummeriert ist. Insgesamt umfassen diese 66 Punkte. Anfangs finden zunächst administrative Hinweise Erwähnung und es werden allgemeine Bedrohungen bzw. Herausforderungen angeführt. Hierzu zählen „zwischenstaatliche Konflikte, Staatszerfall, Terrorismus, hybride Bedrohungen, Cyber- und Energieunsicherheit, organisierte Kriminalität und Klimawandel“²⁹⁰.

Die Punkte 1–17 befassen sich mit der Erfolgsgeschichte der EU und der Erhöhung ihrer Handlungsfähigkeit. Die Union habe eine Vorbildfunktion und solle daher ihre Einheit und Widerstandskraft stärken. Neben den Vereinten Nationen wäre die Nato ein strategischer Partner, um diese und andere Vorhaben zu verwirklichen. Im nächsten Abschnitt, Punkt 18-39, geht es um die Sicherheit und Verteidigung der Europäischen Union. Das Parlament stellt fest, dass die internationalen Beziehungen zunehmend von Macht- und Geopolitik beherrscht würden. Zu ihrer Sicherheit und Verteidigung empfehlen die Abgeordneten eine Kombination aus soft power und hard power der EU, wofür die Nato in Zukunft ein hilfreicher Partner sein könnte. Zudem sei

²⁸⁹ Siehe: Brok, Elmar (2016): Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Aus: Plenarsitzungsdokument vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2016-0360+0+DOC+XML+V0//DE> (Abrufdatum: 16.8.2017)

²⁹⁰ Ebd.: o.S.

es für die Union von Bedeutung Partnerschaften zu vertiefen und sich stärker zu positionieren. Besondere Erwähnung finden hierbei Russland, Länder der ENP sowie die USA. Im Abschnitt der Punkte 40-50 geht es um die Erhöhung der europäischen Widerstandsfähigkeit. Dies sei erforderlich, um die strategischen Ziele von Frieden, Stabilität und Sicherheit zu erreichen. Es gehöre zu den Prinzipien der EU, Schutzverantwortung zu übernehmen, vorzugsweise in den Nachbarregionen (insbesondere Nordafrika) sowie krisenbefallenen Weltregionen (beispielsweise Syrien, Türkei, Israel und Palästina). Im letzten Abschnitt des Berichts, der die Punkte 51-66 umfasst, wird die Diplomatie als europäische Macht thematisiert. Das Parlament betitelt die EU als eine moralische Kraft und diplomatische Supermacht. Diese Fähigkeiten seien von der Union zu nutzen, um für die Sicherung des Friedens in der Welt einzutreten. Insbesondere die strategischen Partnerschaften der EU seien dabei ein wesentliches Instrument und sollten weiterhin gefestigt und ausgebaut werden. Zudem betont das Parlament, dass die Union ihre geostrategischen Gebiete ausweiten sollte, um nicht nur europäische, sondern auch globale strategisch bedeutende Regionen zu beachten.²⁹¹

Der ‚Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik‘ des EU-Parlaments gibt Empfehlungen für die außenpolitische Weiterentwicklung der EU. Das Parlament geht dabei nicht auf die ökonomische Dimension der EU in der Weltpolitik ein, sondern auf die politischen Entwicklungen und den damit verbundenen Herausforderungen und strategischen Möglichkeiten, diesen zu begegnen.

Das Parlament ist der Meinung, dass die Europäische Union Besserungen durch aktiveres Handeln herbeiführen kann. Die EU müsse widerständiger werden, indem sie zu einer geschlossenen Gemeinschaft heranwächst. Außerdem blieben die Ziele Sicherheit, Frieden und Stabilität die strategischen Prioritäten. Hierfür bedarf es laut Parlament einem Ausbau der europäischen Verteidigung. Diese könnte mit einer vertieften strategischen Partnerschaft mit der Nato herbeigeführt werden. Zudem verfüge die EU über diplomatisches Geschick. Dadurch könnten Konflikte seitens der EU im Idealfall gewaltfrei und militärlos gelöst werden. Dies zeichne sie als normative und moralische Kraft aus. Diese Eigenschaft zähle zu den größten europäischen

²⁹¹ Vgl. Brok, Elmar (2016): Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Aus: Plenarsitzungsdokument vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2016-0360+0+DOC+XML+V0//DE> (Abrufdatum: 16.8.2017): o.S.

Stärken auf internationalem Parkett, wo sie sich deshalb zunehmend als Vermittler zwischen den Akteurinnen positionieren sollte.²⁹²

5.6 Fazit

Geopolitisches Gedankengut gewinnt im 21. Jahrhundert wieder an Relevanz, da die Entwicklungen der globalen Politik wieder zunehmend von nationalstaatlichen Interessen geleitet werden. Die Geostrategie, als geopolitisches Instrument, spiegelt diese Ambitionen der internationalen Akteure wider.

Während die Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer Geostrategie die Bewahrung ihrer Vorherrschaft, globaler Sicherheit und gleichzeitiger Begrenzung chinesischer und anderer Machtansprüche formulieren, konzentriert sich die Volksrepublik China gänzlich auf die eigene Sicherheit und Machtausweitung.

Mit Blick auf die Europäische Union werden im Vergleich signifikante Kontraste im strategischen Bereich erkennbar. Der Fokus der EU liegt nämlich nicht auf machtpolitischen Intentionen, sondern auf wertebasierten Zielvorstellungen. Zudem ist der Politikstil der EU deutlich subtiler und weniger aggressiv.

Die Akteure haben zudem eigene kulturelle Hintergründe, welche nicht nur die strategischen Intentionen, sondern auch die Werte eines Landes prägen. Insbesondere die asiatische Kultur Chinas unterscheidet sich stark von den Werten Europas und Amerikas.

Die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 ist der Versuch einer Strategie, die wertebasierte Zielsetzungen beinhaltet. Es ist das erste gemeinsame strategische Dokument aller Mitgliedsstaaten, das jemals für die Europäische Außenpolitik verfasst wurde²⁹³. Allerdings besteht die Kritik, dass das Dokument zu allgemein und somit zu ungenau sei. Mit der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik von 2016 dokumentiert die EU ein weiteres, umfassend überarbeitetes Strategiepapier. Darin wird insbesondere die militärische Verteidigung der EU in Zusammenarbeit mit der NATO thematisiert. Im Vergleich zu China und den USA verfügt die Union nämlich

²⁹² Vgl. Brok, Elmar (2016): Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Aus: Plenarsitzungsdokument vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2016-0360+0+DOC+XML+V0//DE> (Abrufdatum: 16.8.2017): o.S.

²⁹³ Vgl. Algieri, Franco (2010): 122

über kein Militär im klassischen Sinne, sondern leitet ein Krisenmanagement für friedenserhaltende Maßnahmen (sog. Missionen) rund um Europa und in der Welt an denen sich die Mitgliedsstaaten beteiligen. Nichtsdestotrotz ist aber auch dieses Dokument eher deskriptiv und zu vage, um es tatsächlich als Strategie bezeichnen zu können. Auf die Frage, wie die Ziele erreicht werden sollen, enthält es nämlich keine eindeutige Antwort²⁹⁴. Stattdessen entspricht die Globale Strategie der EU richtungsweisenden Handlungsempfehlungen. Eine Strategie beinhaltet für gewöhnlich einen konkreten Plan, um die festgesetzten Ziele alsbald zu erreichen²⁹⁵. Dieser Definition wird allerdings weder die ESS noch die Globale Strategie gerecht. Vielmehr müsste die EU das Strategiepapier für Ziele in bestimmten Regionen und Ländern spezifizieren, um präzise Strategien formulieren zu können²⁹⁶. Dies ist jedoch schwierig durchzusetzen, weil die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten nicht immer im Einklang zueinanderstehen. Diese Divergenzen verhindern ein einheitliches, offensives geostrategisches Vorgehen der EU. Dieser Zustand spiegelt eine klassische Problematik der Europäischen Außenpolitik wider²⁹⁷.

In beiden Absichtserklärungen sind die Außenbeziehungen der Europäischen Union ein wesentliches Instrument der Außenpolitik. Sie zeigen, dass die EU unterschiedliche geostrategisch relevante Gebiete anvisiert. „Denn es sind die Adressaten und Partner der EU, seien es Drittstaaten, Integrationsverbände oder internationale Organisationen, die letztendlich über die Wirksamkeit, Gestaltungsfähigkeit und Durchsetzungsstärke der EU-Außenpolitik mitentscheiden.“²⁹⁸ Zentrale außenpolitische Kooperationen stellen die Strategischen Partnerschaften und die Europäische Nachbarschaftspolitik dar.

Die sich stetig wandelnden außenpolitischen Gegebenheiten und Herausforderungen denen sich die Europäische Union ausgesetzt sieht, nehmen Einfluss auf die Gestaltung der EU. Aufgrund vorherrschender Krisen in den europäischen Nachbarregionen steht momentan vor allem die ENP im Fokus solcher Anpassungen. Die globalen Herausforderungen und Bedrohungen führen innerhalb der Union zu Reibungen. Die veröffentlichte Rede zur Lage der Union des Kommissionspräsidenten sowie der Bericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des

²⁹⁴ Vgl. Algieri, Franco (2010): 123

²⁹⁵ Vgl. Bendiek, Annegret (7/2016): Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Aus: SWP-Aktuell 44. URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A44_bdk.pdf (Abrufdatum: 22.3.2017): 1

²⁹⁶ Vgl. Kempin, Ronja; Lippert, Barbara (2013): 130

²⁹⁷ Siehe: Kapitel 4.3 Kritik an der GASP.

²⁹⁸ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 360

Parlamentes gleichen sich dabei in ihren Lösungsansätzen. Beide Dokumente unterstreichen die Notwendigkeit, die EU im inneren zu stärken und zu einer stabilen Einheit zusammenzuwachsen. Überdies hat der Sicherheitsaspekt oberste Priorität. Daher gewinnt der Ausbau einer europäischen Verteidigung zunehmend an Bedeutung und Priorität, um die EU-Bevölkerung zu schützen. Insgesamt bleiben aber auch diese Schriftstücke, in ihren wertegeleiteten Zielvorstellungen und richtungsweisenden Handlungsempfehlungen, recht allgemein.

Geostrategische Überlegungen der Europäischen Union beziehen sich, nach der Auswertung öffentlicher Dokumente der EU, vordergründig auf sicherheitspolitische Themen. Um Sicherheit und Frieden zu garantieren, ist die EU um einen effektiven Multilateralismus als globales Ordnungsprinzip bemüht, welches die europäischen Werte vertritt. Dies sind „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gleichheit, Solidarität, nachhaltige Entwicklung, multilaterale Weltordnung, Achtung der Grundsätze der UN-Charta und des Völkerrechts.“²⁹⁹ Hierfür strebt die EU globale Beziehungen an, um internationale Stabilität durch Zusammenarbeit zu gewährleisten. Dabei sind zwei Präferenzen erkennbar: Strategische Partnerschaften mit bedeutenden Akteurinnen der Weltpolitik sowie die ENP mit jeglichen Nachbarstaaten und Nachbarregionen der EU. Diese Kooperationen basieren häufig auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit, die mit europäischen Werten verknüpft werden. Durch den ökonomischen Faktor erhöht die Europäische Union weltweit ihren Einfluss, um auch die politischen Intentionen zu propagieren und durchzusetzen. Diese sind, gemäß der Globalen Strategie der EU, „Resilienz, menschliche Sicherheit, zivil-militärische Zusammenarbeit und kooperative Sicherheit [...]“³⁰⁰ Diese Intentionen verfolgt die EU auch im Zuge des Ausbaus der europäischen Verteidigung durch stärkere Zusammenarbeit mit der Nato.

Die Europäische Geostrategie ist, gemessen an ihren außenpolitischen Vorhaben und Aktivitäten, weder gänzlich der kritischen Geopolitik noch der klassischen Geopolitik zuzuschreiben. Das europäische Verständnis von Geographie ist zwar eher der kritischen geopolitischen Theorie zuzuordnen, aber es finden sich durchaus auch

²⁹⁹ Müller-Branddeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 10

³⁰⁰ Kammel, Arnold (2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 21.3.2017): 4

Aspekte der klassischen geopolitischen Theorie wieder. Die Geopolitik der EU stellt daher einen eigenen, einzigartigen Ansatz einer universellen Geostrategie dar und die darauf fußenden geostrategischen Überlegungen verdeutlichen das Bestreben nach einer ‚moralischen Geopolitik‘.

6. Die EU als ‚moral power‘

In der internationalen Politik und den internationalen Beziehungen ist *Macht* (power) ein bedeutender politischer Faktor. „[...] [A]uf dem internationalen Schauplatz ist [Macht] die Fähigkeit einer politischen Einheit, den anderen Einheiten ihren Willen aufzuzwingen. [Macht] ist also vor allem relational und bedeutet Handlungsmacht, umfasst alle Formen von Aktionen zur Veränderung des sozialen, natürlichen und politischen Umfelds und bezieht sich auf Personen, Strukturen und Organisationen. [...] Des Weiteren wird [Macht] als Kraft ausgelegt, für Veränderungen bzw. das Ausbleiben von Veränderungen zu sorgen. Der angrenzende Begriff ‚Einfluss‘ setzt ähnliche Fähigkeiten voraus, aber ohne den Zusatz der dominanten fremden Willensbestimmung.“³⁰¹ In der globalen Welt nehmen Macht und Einfluss folglich einen enormen Stellenwert ein. Weiters gibt es eine Fülle an Definitionen, um Formen von Machtausübung zu beschreiben. In den internationalen Beziehungen zählen hierzu die von Joseph Nye geprägten Formen von ‚hard power‘ und ‚soft power‘. „Unter *hard power* versteht man vor allem militärische und wirtschaftliche [Macht], während *soft power* im Sinne von Joseph Nye den Einfluss von Kultur, Werten und anderen ideellen Faktoren beschreibt, die gerade im Medienzeitalter und im Zeitalter der Globalisierung ansteigen, da universale Rechte, Kulturgüter, Werte und religiöse Überzeugungen schnell und intensiv verbreitet werden können.“³⁰²

Beide Ausprägungen zielen darauf ab, auf andere Akteurinnen Einfluss zu üben, um gewünschte Entwicklungen herbeizuführen. Hard power setzt dabei auf Drohungen (z.B. durch Militär) oder auf Anreize (z.B. durch wirtschaftliche Vorteile). Soft power hingegen setzt auf das Prinzip der Anziehung, indem politische Rahmenbedingungen (z.B. Ideologie, Kultur, Politikstil) für andere Akteurinnen attraktiv gestaltet werden. In der Praxis korrelieren diese beiden Machtausprägungen oftmals. Die Zusammenführung von Maßnahmen aus soft und hard power können dabei, bei optimaler Kombination, eine weitere Form von Machtausübung, die der ‚smart power‘, bewirken.³⁰³

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Volksrepublik China sind Akteure der Weltpolitik, die der Machtpolitik des Realismus zugeschrieben werden. Dieses Streben nach Macht spiegelt sich auch in der Geopolitik dieser Staaten wider, die vordergründig mittels Elementen der hard power gestaltet wird. Die USA gelten seit langer Zeit als

³⁰¹ Hacke, Christian (2015): Macht. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 277

³⁰² Ebd. 282 [Hervorhebung i.O.]

³⁰³ Vgl. Algieri, Franco (2010): 134f

‚military power‘, wohingegen China durch sein enormes Wirtschaftswachstum zu einer ‚economic power‘ herangewachsen ist.

Die Europäische Union ist hingegen eine vom Neoinstitutionalismus geleitete supranationale Organisation, deren Machtbestrebungen von denen der USA, China und anderen internationalen Akteurinnen zu unterscheiden sind. Die Europäische Geopolitik ist stark wertegeleitet und wird im Sinne europäischer Sicherheit und globaler Stabilität geführt. Man kann diese daher als ‚*normative Geopolitik*‘ bezeichnen. Das Streben nach globalem Einfluss ist zwar auch bei der EU nicht von der Hand zu weisen, allerdings sind die Interessen und Intentionen, die sie dabei verfolgt, nicht nur zum eigenen Selbstschutz gedacht. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die EU eine rein altruistische Außenpolitik betreibt, was sich zum Beispiel im Umgang mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik zeigt. So ist beispielsweise der sog. Flüchtlingsdeal mit der Türkei ausschließlich auf das Ansinnen zurückzuführen, Flüchtende aufzuhalten, bevor sie die EU-Außengrenzen erreichen. Dies zeigt vor dem Hintergrund des Leides der Flüchtlinge und der sonst propagierten Orientierung an europäischen Werten – gemeint sind vor allem die Menschenrechte – eine gewisse Janusköpfigkeit der Europäischen Außenpolitik.

Die globale Etablierung des effektiven Multilateralismus ist ein elementares Leitmotiv der Union. Ihre Abgrenzung zu anderen Akteurinnen liegt insbesondere in der Bevorzugung von soft power gegenüber hard power Elementen, wobei jedoch beides bedeutende Bestandteile Europäischer Außenpolitik sind. Zu den Werkzeugen europäischer hard power gehören beispielsweise Wirtschaftssanktionen oder die Einschränkung von Verträgen und Abkommen. Wesentlich umfangreicher hingegen sind die Möglichkeiten durch die Ausübung von soft power. Unter anderem gehören dazu die vielen verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten der EU mit beidseitigen Vorteilen für die Akteurinnen, die Mitgliedschaften Europäischer Staaten, die Förderung demokratischer Prinzipien und das Trachten nach Frieden. Insbesondere die letzten beiden Aspekte machen die EU zu einer einzigartigen und außergewöhnlichen machtpolitischen Akteurin der Weltpolitik. Die wertegeleiteten und normativen Bestrebungen der Europäischen Union zeichnen sie als ‚*moral power*‘ aus.

304

³⁰⁴ Vgl. Algieri, Franco (2010): 134ff

Der moderne Machtbegriff ‚normative power‘ wurde bereits im Jahre 2002 vom Politikwissenschaftler Ian Manners geprägt und für die Europäische Union herangezogen.³⁰⁵ „Essentieller Bestandteil von Manners‘ Konzept ist die Idee, dass die EU nicht nur selbst auf Werten basiert, sondern sie ihre eigenen Normen auch nach außen exportieren möchte.“³⁰⁶ Da sie dies ausschließlich auf friedlichem Wege zu erreichen sucht, nimmt die EU eine einzigartige Vorreiterrolle als globale Friedensmacht ein.

³⁰⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): 125

³⁰⁶ Ebd. 126 (Vgl. Manners, Ian (2002): Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? 252)

7. Conclusio

Die Union unterliegt einem ständigen Wandel und wird stetig mit neuen Entwicklungen konfrontiert. Hierzu zählen beispielsweise die Weltwirtschaftskrise, der steigende Rechtsdruck in der Parteienlandschaft, bzw. der aufkommende nationalistische Populismus, der Austritt Großbritanniens aus der EU, der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der Krieg im Mittleren Osten, die stark zunehmende Zuwanderung von Flüchtlingen sowie die weltweite Bedrohung durch islamistischen Terrorismus. Eine robuste und widerstandsfähige Unionsgemeinschaft ist für das Ansehen der EU als globale Wirtschaftsmacht und als Global Player von großer Bedeutung. Der Umgang mit solchen Konflikten, die außenpolitische Positionierung und die Zukunftsgestaltung der EU sind daher ausschlaggebend für weitere Entwicklungen. Im Zuge dieser Vorkommnisse in der internationalen Politik, gewinnt die Geopolitik wieder zunehmend an Bedeutsamkeit. Somit wird auch die Frage nach einer Europäischen Geostrategie laut.

Welche Geostrategie verfolgt die Europäische Union als globale Akteurin neben der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten von Amerika?

Die Forschungsfrage der vorliegenden Masterarbeit verdeutlicht die Annahme, dass die EU, neben den USA und China, eine bedeutende Großmacht in der multipolaren Weltpolitik und Weltwirtschaft ist und geostrategische Ambitionen hegt, um diese globale Führungsrolle zu verteidigen und auszubauen. Die theoretische Grundlage, auf der die Annahmen dieser These beruhen, ist die Theorie der *Geopolitik*. In den Internationalen Beziehungen zählen die Vereinigten Staaten und die VR China zu Akteurinnen des *Neorealismus*, welcher der klassischen Geopolitik sehr nahesteht; wobei die USA im Gegensatz zu China ein demokratisches und aufgeklärtes Weltbild vertreten. Die Europäische Union hingegen wird der Theorie des *Neoinstitutionalismus* zugeordnet. Diese wiederum ist eher der kritischen Geopolitik zuzuordnen. Diese theoretische Zuordnung verdeutlicht den Kontrast zwischen den Akteurinnen und hebt die Besonderheit der Union hervor. Zwar verfolgen alle drei untersuchten Weltmächte mit ihrer Außenpolitik ähnliche Ziele in Bezug auf die Erweiterung ihres weltweiten Einflusses, jedoch unterscheiden sie sich in ihren Ambitionen und Strategien.

Die Geostrategie der Europäischen Union entspricht weder gänzlich der klassischen noch der kritischen Geopolitik, sondern ist das Ergebnis einer Strategie europäischer

Wertvorstellungen. Diese universelle Geostrategie der EU basiert auf der ökonomischen Stärke der Union, europäischen Wertvorstellungen und dem Streben nach politischem Einfluss in der Welt. Die Strategiepapiere der EU sind daher zwar global ausgerichtet, allerdings eher als allgemeine Absichtserklärungen bzw. universelle Geostrategie zu verstehen. Für eine konkrete auf Länder und Regionen gerichtete Geostrategie, fehlt es der Union derzeit an Kohärenz. Die Europäische Geostrategie versteht sich daher vielmehr als Sammlung von Leitlinien, die auf normativen Prinzipien basieren. Das strategische Streben nach Sicherheit, Stabilität, Demokratie und Multilateralismus sind Prinzipien, die das Handeln der Europäischen Gemeinschaft bestimmen. Durch die ökonomische Kraft der Union und ihr weitgehend auf Werten basierendem Handeln, erfährt sie internationale Anerkennung als ‚*moral power*‘. Diese Autorität fördert globale Kooperationen und Partnerschaften zwischen der EU und anderen Parteien, die ein wesentliches geostrategisches Instrument der Europäischen Union und ihrer Außenpolitik darstellen. Diese multilateralen Vernetzungen wiederum erweitern den Einflussbereich der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Die EU setzt daher auch in Zukunft auf die teilweise widersprüchliche Kombination aus ökonomischer Stärke und wertebasierten Prinzipien. Diese Verknüpfung eröffnet der Union in der internationalen Politik viele Möglichkeiten sich einzubringen und zu positionieren. Dies erfordert allerdings eine innereuropäische Stabilität, die momentan durch verschiedene Ereignisse beeinträchtigt wird und welche zu bewältigen sind.

Die vorliegenden Erkenntnisse führen schlussendlich zu einer Verifizierung der Hypothese auf der diese Masterarbeit beruht. *Die EU hat keine offizielle Geostrategie, da die verschiedenen geostrategischen Interessen der Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Positionierung oftmals verhindern. Die Union formuliert in ihren Strategiepapieren jedoch durchaus universelle geostrategische Überlegungen in den Bereichen, auf die sich alle Mitgliedsländer einigen können.* Dies betrifft vor allem Frieden, Sicherheit, globalen Multilateralismus und die Verbreitung europäischer Werte. Daraus lässt sich – im Gegensatz zu den USA und China – eine Art normative Geopolitik ableiten. Von besonderem geostrategischen Interesse für die EU sind die Beziehungen zu den Staaten in den Nachbarregionen und den globalen Großmächten. Der *wissenschaftliche Mehrwert* der vorliegenden Masterarbeit liegt in der Verknüpfung der geopolitischen Theorie und des modernen Phänomens der Europäischen Union. Die Modernisierung der traditionellen Schule der Geopolitik

durch deren Anwendung auf die EU, ist eine theoretische Horizonterweiterung, die neue Sichtweisen in der internationalen Politik ermöglicht. Zudem wird auch die EU durch die Auseinandersetzung mit der Theorie der ‚Geopolitik‘ unter neuen Aspekten betrachtet. Durch diese Methodik wird der Ansatz einer europäischen Geostrategie deutlich, die man, ausgehend von ihrem Charakter, als eine *normativ-moralische Geostrategie* bezeichnen kann: Dies stellt, im Vergleich mit den anderen in dieser Arbeit betrachteten Akteuren, ein Alleinstellungsmerkmal des europäischen Ansatzes dar.

In der Vergangenheit haben negative Entwicklungen in und außerhalb Europas bei der europäischen Bevölkerung Misstrauen und Zweifel hervorgebracht, die die EU in eine Identitätskrise stürzten. Diese gilt es zu bewältigen. Die Union ist seit ihren Anfängen als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl in den 1950er Jahren einen weiten und erfolgreichen Weg gegangen, der in Europa zu Frieden und Wohlstand geführt hat und in der Welt Anerkennung findet. Obwohl die europäischen Ziele weiterhin befürwortet werden, stößt die EU nun an ihre Grenzen. Diese sind nicht nur auf globale Veränderungen, sondern auch auf die Konstitution der Union zurückzuführen. Diese Identitätskrise muss die Europäische Union nun überwinden, um weiterhin die Stärke aufzubringen als Global Player aktiv zu sein und das Weltgeschehen mitzulenken. Daher kann diese Krise auch als Chance gewertet werden, aus der die Europäische Union stärker hervorgehen kann. „Die politischen und ökonomischen Gewichte in der Welt verschieben sich in rasantem Tempo. Politische Stabilität, ökonomische Stärke und soziale Sicherheit können wir im globalen Zusammenhang nur gesamteuropäisch behaupten. Nur Europa als Ganzes besitzt ausreichend Kraft, um mit den mächtigen und aufstrebenden Weltregionen mitzuhalten.“³⁰⁷

³⁰⁷ Trampert, Rainer (2014): 100

8. Quellenverzeichnis

Das Quellenverzeichnis ist gegliedert in ein Literaturverzeichnis und ein Abbildungsverzeichnis, die wiederum nochmals in Unterpunkte definiert sind.

8.1 Literaturverzeichnis

Buchquellen

a) Primärquellen:

Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel I Gemeinsame Bestimmungen, Artikel 2

Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel I Gemeinsame Bestimmungen, Artikel 8 (1)

Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel III Bestimmungen über die Organe, Artikel 15 (1)

Vertrag über die Europäische Union (EUV), Titel V Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union und besondere Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Kapitel 1, Artikel 21 (1)

b) Sekundärquellen:

Albert, Mathias; **Reuber**, Paul; **Wolkersdorfer**, Günter (2010): Kritische Geopolitik. Aus: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen & Farmington Hills, Verlag Barbara Budrich (3. Auflage)

Algieri, Franco (2010): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wien, Facultas wuv

Auth, Günther (2008): Theorien der Internationalen Beziehungen kompakt. München, Oldenbourg Verlag

Baßeler, Ulrich; **Heinrich**, Jürgen; **Utecht**, Burkhard (2010): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. Stuttgart, Schäffer-Poeschel Verlag (19. Auflage)

Diefenbacher, Hans; **Zieschank**, Roland (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München, Oekom Verlag

Filzmaier, Peter; **Gewessler**, Leonore; **Höll**, Otmar; **Mangott**, Gerhard (2006): Internationale Politik. Eine Einführung. Wien, WUV

Frank, Cornelia (2015): Außenpolitikforschung. Aus: Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 15-28

Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik. Paderborn, Ferdinand Schöningh

Gu, Xuewu (2010): Theorien der internationalen Beziehungen. München, Oldenbourg Verlag (2. Auflage)

Hacke, Christian (2015): Macht. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 277-287

Junker, Detlef (2003): Power and Mission. Was Amerika antreibt. Freiburg, Verlag Herder

Kissinger, Henry (2014): Weltordnung. München, C.Bertelsmann Verlag

Knelangen, Wilhelm (2015): Institutionalismus als IB-Theorie. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 164-170

Kohout, Franz; **Mayerhofer**, Bernd; **Vierecke**, Andreas (2011): dtv-Atlas Politik. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung (Band 1182)

Krugman, Paul; **Obstfeld**, Maurice; **Melitz**, Marc (2012): Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft. München, Pearson Verlag (9. Auflage)

- List**, Martin (2006): Internationale Politik studieren. Eine Einführung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Marshall**, Tim (2015): Die Macht der Geographie. München, dtv Verlagsgesellschaft mbH
- Matlé**, Aylin; **Varwick**, Johannes (2015): Transatlantische Beziehungen. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 471-479
- Müller-Brandeck-Bocquet**, Gisela; **Rüger**, Carolin (2015): Die Außenpolitik der EU. Berlin, De Gruyter Oldenbourg
- Puglierin**, Jana (2015): Realismus als IB-Theorie. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 394-401
- Reuber**, Paul (2012): Politische Geographie. Paderborn, Ferdinand Schöningh Verlag
- Stanzel**, Volker (2005): Aufstieg zur Weltmacht. Aus: Berié, Eva; Ullrich, Volker (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach. Weltmacht China. Frankfurt, Fischer Taschenbuch Verlag: 97-101
- Trampert**, Rainer (2014): Europa zwischen Weltmacht und Zerfall. Stuttgart, Schmetterling Verlag
- Tuschhoff**, Christian (2015): Internationale Beziehungen. Konstanz und München, UVK Verlagsgesellschaft mbH
- Hacke**, Christian (2015): Macht. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 277-287
- Weidenfeld**, Werner (2010): Die Europäische Union. Paderborn, W. Fink UTB
- Weidenfeld**, Werner; **Wessels**, Wolfgang (2011): Europa von A bis Z. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft (12. Auflage)
- Werber**, Niels (2015): Geopolitik. Aus: Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen & Toronto, Verlag Barbara Budrich (13. Auflage): 123-126

Internetquellen

a) Primärquellen mit eigenem Autor:

- Belder**, Bastiaan (2012): Bericht über die Beziehungen zwischen der EU und China. Aus: Plenarsitzungsdokument vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2012-0434+0+DOC+XML+V0//DE> (Abrufdatum: 16.11.2015)
- Brok**, Elmar (2016): Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Aus: Plenarsitzungsdokument vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2016-0360+0+DOC+XML+V0//DE> (Abrufdatum: 16.8.2017)
- Juncker**, Jean-Claude; Generaldirektion Kommunikation; Europäische Kommission (2016): Rede zur Lage der Union 2016. Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. URL: <https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/c9ff4ff6-9a81-11e6-9bca-01aa75ed71a1> (Abrufdatum: 30.10.2017)

b) Primärquellen ohne eigenen Autor:

- A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy.** (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. URL: http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf (Abrufdatum: 7.11.2017)
- European External Action Service (2016): Annual Activity Report.** URL: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/aar2016_final_final.pdf (Abrufdatum: 22.7.2017)

Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. URL: <https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (Abrufdatum: 17.3.2017)

EUR-lex (11.5.2011): Die EU als globaler Akteur und ihre Rolle in multilateralen Organisationen. Aus: Amtsblatt der Europäischen Union. URL: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52011IP0229> (Abrufdatum: 22.6.2016)

Joint Report to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. (18.5.2017): Report on the Implementation of the European Neighbourhood Policy Review. Aus: Europäische Kommission. URL: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2_en_act_part1_v9_3.pdf (Abrufdatum: 9.11.2017)

c) Internetquellen mit Bekanntgabe des Autors:

Bendiek, Annegret (7/2016): Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Aus: SWP-Aktuell 44. URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A44_bdk.pdf (Abrufdatum: 22.3.2017)

Bendiek, Annegret; **Kaim**, Markus (6/2015): Die neue Europäische Sicherheitsstrategie – der transatlantische Faktor. Aus: SWP-Aktuell 55. URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A55_bdk_kim.pdf (Abrufdatum: 20.3.2017)

Dettweiler, Marco (21.2.2002): Amerikas Mut zur Lücke. URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/handelsbilanzdefizit-amerikas-mut-zur-luecke-147490.html> (Abrufdatum: 21.6.2016)

Erber, Georg (3.5.2014): China überholt USA als Nummer eins der Weltwirtschaft. URL: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/03/china-ueberholt-usa-als-nummer-eins-der-weltwirtschaft/> (Abrufdatum: 19.8.2016)

Gregosz, David; **Walter**, Benedikt (29.7.2013): Die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft. Dynamik durch vertieften Handel? Aus: Konrad Adenauer Stiftung. URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_35204-544-1-30.pdf?140619091102 (Abrufdatum: 18.6.2017)

Heilmann, Sebastian (1.10.2005): Das politische System Chinas. URL: <http://www.bpb.de/internationales/asien/china/44270/das-politische-system-chinas?p=all> (Abrufdatum: 23.6.2016)

Helmig, Jan (11.5.2007): Geopolitik – Annäherung an ein schwieriges Konzept. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/apuz/30477/geopolitik-annaeherung-an-ein-schwieriges-konzept?p=all> (Abrufdatum: 3.3.2017)

Kammel, Arnold (6/2016): Die neue Globale Strategie der EU. – Ein neuer Referenzrahmen für die EU-Außenbeziehungen. Aus: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. URL: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-06.pdf> (Abrufdatum: 20.3.2017)

Lösche, Peter (2.10.2008): Merkmale der Präsidialdemokratie. URL: <http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10640/praesidialdemokratie?p=0> (Abrufdatum: 23.6.2016)

Mützenich, Rolf (2008): Was macht eine moderne Weltmacht aus? Aus: Deutsch-Chinesischer Sicherheitsdialog vom 13.05.2008 in Peking. URL: http://www.rolfmuetzenich.de/_pdf/Peking_13_05_08.pdf (Abrufdatum: 1.6.2016)

Schuster, Anna-Maria (o.J.): Multipolare Weltordnung – Definition. URL: http://www.helpster.de/multipolare-weltordnung-definition_189004 (Abrufdatum: 17.11.2015)

Wagner, Jürgen (13.10.2011): Die Geostrategie Europäischer Macht. URL: <https://www.radio-utopie.de/2011/10/13/die-geostrategie-europaischer-macht/> (Abrufdatum: 13.3.2017)

d) Internetquellen ohne eigenen Autor:

APA/ORF.at (2016): Die Lizenz der Briten zur EU-Erschütterung. URL: <http://orf.at/stories/2319650/2319649/> (Abrufdatum: 22.10.2017)

Aussenwirtschaft Austria (2014): Länderprofil USA. URL: http://wko.at/awo/publikation/laenderprofil/lp_US.pdf (Abrufdatum: 29.8.2015)

BDI. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2015): Die USA in der Weltwirtschaft. URL: <http://bdi.eu/artikel/news/die-usa-in-der-weltwirtschaft/> (Abrufdatum: 25.4.2017)

Duden (o.J.): Weltmacht. URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Weltmacht> (Abrufdatum: 2.6.2016)

Duden (o.J.): Großmacht. URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Groszmacht> (Abrufdatum: 2.6.2016)

Duden (o.J.): Supermacht. URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Supermacht> (Abrufdatum: 2.6.2016)

Europäische Union (2016): Außen- und Sicherheitspolitik. URL: http://europa.eu/pol/cfsp/index_de.htm (Abrufdatum: 22.7.16)

Eurostat (2014): EU-Anteil am Welthandel. URL: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ext_lt_introle&lang=de (Abrufdatum: 29.8.2015)

inhk Magazin (2015): Chinas Rolle innerhalb internationaler Organisationen. URL: http://www.inhkmagazin.com/Archiv/2015/Juni%202015/Herausforderung%20China/chinas_rolle.htm (Abrufdatum: 23.6.2016)

International Monetary Fund (2016): Bruttoinlandsprodukt der EU. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/01/weodata/weorept.aspx?sy=2006&ey=2015&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&c=998&s=NGDPD&grp=1&a=1&pr.x=48&pr.y=9> (Abrufdatum: 5.7.2016)

nck / AFP / Reuters (10.1.2014): Rekordhandelsbilanz 2013: China übertrumpft USA. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rekordhandelsbilanz-2013-china-wird-groesste-handelsnation-der-welt-a-942782.html> (Abrufdatum: 19.8.2015)

Statista (2014): Bruttoinlandsprodukt Chinas. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19365/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-china/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statista (2014): Bruttoinlandsprodukt der USA. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statista (2016): Europäische Union & Euro-Zone: Arbeitslosenquote von 2006 bis 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156283/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-der-eu-und-der-eurozone/> (Abrufdatum: 25.4.2017)

Statista (2014): Handelsbilanz der EU. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15640/umfrage/handelsbilanz-der-eu/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statista (2014): Handelsbilanz der USA. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15635/umfrage/handelsbilanz-der-usa/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statista (2014): Handelsbilanzsaldo von China. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15638/umfrage/handelsbilanz-von-china/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statista (2016): USA: Arbeitslosenquote von 2006 bis 2016. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17332/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-usa/> (Abrufdatum: 25.4.2017)

Statista (2014): Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in China. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14560/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-china/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statista (2014): Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den USA. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statista (2014): Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in EU und Euro-Zone. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156282/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-der-eu-und-der-eurozone/> (Abrufdatum: 19.6.2016)

Statistisches Bundesamt (2014): Länderprofil China. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/Laenderprofile/China2014.pdf?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 29.8.2015)

Statistisches Bundesamt (2013): Länderprofil Europäische Union. URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Internationales/Laenderprofile/EuropaeischeUnion2013.pdf;jsessionid=3ABF6E966F931A6294DD51C941FAE00B.cae3?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 29.8.2015)

Trading Economics (2017): China Exports. URL: <http://www.tradingeconomics.com/china/exports> (Abrufdatum: 25.4.2017)

Trading Economics (2017): China Imports. URL: <http://www.tradingeconomics.com/china/imports> (Abrufdatum: 24.04.2017)

Trading Economics (o.J.): Im EURO-Währungsgebiet – Vorhersage – Wirtschafts-Indikatoren. URL: <http://de.tradingeconomics.com/euro-area/forecast> (Abrufdatum: 21.6.2016)

Trading Economics (o.J.): Vereinigte Staaten von Amerika – Vorhersage - Wirtschafts-Indikatoren. URL: <http://de.tradingeconomics.com/united-states/forecast> (Abrufdatum: 21.6.2016)

Trading Economics (o.J.): China – Vorhersage – Wirtschafts-Indikatoren. URL: <http://de.tradingeconomics.com/china/forecast> (Abrufdatum: 21.6.2016)

WKO Wirtschaftskammer Österreich (2016): Weltwirtschaftsleistung (BIP) 2016. URL: http://wko.at/statistik/wgraf/2016_38_Weltwirtschaftsleistung_2016.pdf (Abrufdatum: 18.5.2017)

Zeitschriftenquellen

Bieling, Hans-Jürgen (2014): Politische Ökonomie des Welthandels – Transformationsprozesse und Machtbeziehungen. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (64.Jahrgang 1-3/2014): Bonn, bpb: 40-46

Broczka, Stefan (2015): Der Anfang vom Ende der Nachbarschaftspolitik. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (2/2015): Wien, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik: 50-53

Engelberg, Achim (2016): Im Fadenkreuz der Geopolitik. Die Ukraine und der neue Kalte Krieg. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. (11/2016): Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH: 61-67

Fitzthum, Robert (2017): Die neue Seidenstraße. Das größte Investitionsprogramm der Welt. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (2/2017): Wien, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik: 45-51

Guérot, Ulrike; **Witt**, Andrea (19.4.2004): Europas neue Geostrategie. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (B 17/2004): Bonn, bpb: 6-12

Gärtner, Heinz (2017): Die globale Verantwortung Europas für den Frieden. Aus: International. Die Zeitschrift für internationale Politik. (1/2017): Wien, Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik: 9-12

Kempin, Ronja; **Lippert**, Barbara (2013): Die EU im Blick und Handeln der Anderen: Implikationen für ihren Umgang mit strategischen Partnern. Aus: Lang, Kai-Olaf; Wacker, Gudrun (Hrsg.): Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten. Komplex – kooperativ – krisenhaft. (12/2013) Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik: 116-130

Lang, Kai-Olaf (2013): Die Anderen und die EU: Eine vergleichende und subsumierende Betrachtung. Aus: Lang, Kai-Olaf; Wacker, Gudrun (Hrsg.): Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten. Komplex – kooperativ – krisenhaft. (12/2013) Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik: 99-115

Ling, Jin (2010): Gemeinsam mehr. Wege für eine chinesisch-europäische Zusammenarbeit in Afrika? Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. (39/2010): Bonn, bpb: 41-46

- Massarrat**, Mohssen (2014): Chaos und Hegemonie. Wie der US-Dollar-Imperialismus die Welt dominiert. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. (5/2014) Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH: 93-100
- Menzel**, Ulrich (2016): Welt am Kipppunkt. Die neue Unregierbarkeit und der Vormarsch der Anarchie. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. (1/2016) Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH: 35-45
- Ritz**, Hauke (2013): Die Rückkehr der Geopolitik. Eine Ideologie und ihre fatalen Folgen. Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik. (3/2013) Berlin, Blätter Verlagsgesellschaft mbH (58. Jahrgang): 71-80
- Schindwein**, Simone (2017): Europas Türsteher. Aus: Südwind Magazin. Internationale Politik, Kultur und Entwicklung. (9/2017): Wien, Südwind Verein für Entwicklungspolitik und globale Gerechtigkeit: 20-21
- Wacker**, Gudrun (2013): China und die EU: Keine Strategie, keine Partnerschaft. Aus: Lang, Kai-Olaf; Wacker, Gudrun (Hrsg.): Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten. Komplex – kooperativ – krisenhaft. (12/2013) Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik: 29-40
- Wolf**, Nikolaus (2014): Kurze Geschichte der Weltwirtschaft. Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung.(64.Jahrgang 1-3/2014):Bonn,bpb:9-15

Zeitungsquellen

Jilch, Nikolaus (11.10.2013): Der Yuan kommt nach Frankfurt. Aus: Die Presse

8.2 Abbildungsverzeichnis

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bilderrechte ausfindig zu machen. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Abb.1: Die globale Weltordnung im 21. Jahrhundert.

Horx, Matthias (2014): Die Macht der Megatrends. URL:<http://www.horx.com/Reden/Macht-der-Megatrends.aspx> (Abrufdatum:17.11.2014): o.S.

Abb. 2: Anteile der Akteure an der Weltwirtschaftsleistung 2016 in %.

WKO Wirtschaftskammer Österreich (2016): Weltwirtschaftsleistung (BIP) 2016. URL: http://wko.at/statistik/wgraf/2016_38_Weltwirtschaftsleistung_2016.pdf (Abrufdatum: 18.5.2017): o.S.

Abb. 3: Anteile am Welthandel 2013 in %.

APA/ORF.at (2016): Die Lizenz der Briten zur EU-Erschütterung. URL: <http://orf.at/stories/2319650/2319649/> (Abrufdatum: 22.10.2017): o.S.

Abb. 4: Das Bruttoinlandsprodukt der EU, Chinas und den USA von 2006 bis 2016 (eigene Darstellung).

EU:	15.293 (2006),	17.056 (2009),	17.266 (2012),	16.220 (2015)
China:	2.752 (2006),	5.071 (2009),	8.471 (2012),	10.983 (2015)
USA:	13.856 (2006),	14.419 (2009),	16.155 (2012),	17.947 (2015)

Abb. 5: Die Wachstumsraten der EU, Chinas und der USA von 2006 bis 2015 (eigene Darstellung).

EU:	+3,4% (2006),	-4,4% (2009),	-0,5% (2012),	+1,9% (2015)
China:	+12,7% (2006),	+9,2% (2009),	+7,7% (2012),	+6,9%(2015)
USA:	+2,67% (2006),	-2,78% (2009),	+2,22% (2012),	+2,43%(2015)

Abb. 6: Die Handelsbilanz der EU, Chinas und der USA von 2006 bis 2015 (eigene Darstellung).

EU:	-235 (2006),	-157 (2009),	-124 (2012),	+71 (2015)
China:	+178 (2006),	+196 (2009),	+230 (2012),	+593 (2015)
USA:	-828 (2006),	-504 (2009),	-730 (2012),	-736 (2015)

Abb. 7: Die Multipolarität im 21. Jahrhundert.

CRP.Infotec; Richter-Publizistik (1.8.2016) Die Multipolarität von heute. URL: <https://crp-infotec.de/weltpolitik-polaritaeten/> (Abrufdatum: 8.11.2017): o.S.

Abb. 8: Geopolitische Weltkarte der Heartland-Theorie.

Politique-Actu (o.J.): Mackinders Welt von 1904. URL: <http://www.politique-actu.com/dossier/mackinder-oeuvre-geopolitique/243141/> (Abrufdatum: 21.11.2017): o.S.

Abb. 9: Mehrdimensionales Mosaik der EU-Außenpolitik.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela; Rüger, Carolin (2015): Die Aussenpolitik der EU. Berlin, De Gruyter Oldenbourg: 10

Abb. 10: Die institutionelle Architektur der EU.

Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 107

Abb. 11: Militärische Präsenz der USA im Südchinesischen Meer.

CSIS; SIPRI; IISS; ZEIT-Grafik (11.12.2016): Großmächte im Pazifik. URL: <http://www.zeit.de/2016/51/geopolitik-vorherrschaft-asien-usa-china> (Abrufdatum: 31.10.2017): 1

Abb. 12: Chinas neue Seidenstraße.

MERICS; WKO; Der Standard (11.7.2016): Die neue Seidenstraße verbindet den Nordwesten Chinas mit Europa. URL: <http://derstandard.at/2000040866601/Leichtfried-Seidenstrasse-darf-nicht-vor-den-Toren-Oesterreichs-enden> (Abrufdatum: 30.10.2017): o.S.

Abb. 13: Europäische Nachbarschaft.

Quelle: CRP-Infotec; Richter-Publizistik (1.11.2016): Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). URL: <https://crp-infotec.de/wp-content/uploads/enp-nachbarschaftspolitik.gif> (Abrufdatum: 8.11.2017): o.S.

9. Appendix

Im Anhang befinden sich eine deutsche und englische Zusammenfassung der Masterarbeit sowie ein Lebenslauf.

9.1 Zusammenfassung

Die **Europäische Union**, die **USA** und **China** sind dominierende Akteurinnen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Ihr globaler Einfluss zeichnet sie als **Weltmächte** aus. Während die EU als eine neoinstitutionalistische Akteurin definiert werden kann, sind die USA und China dem Neorealismus zuzuordnen. Berührungspunkte dieser Global Player bestehen in geopolitischen Ansätzen ihrer Außenpolitik, die ihre globale Machtposition festigen soll. Die EU ist vor allem aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke eine global dominierende Akteurin. Das Fundament der Union bilden moralische **Werte**, die ausschlaggebend für die Politik der EU sind. Die bestimmenden Prinzipien dieser europäischen Politik sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Menschenrechte und der Multilateralismus. Ihre wesentlichen Ziele sind **Frieden** und **Wohlstand**. Die europäische Politik ist daher sowohl wirtschaftsfreundlich, als auch wertorientiert geprägt. Dies gilt auch für die wirtschaftlichen Kooperationen und Partnerschaften der EU, die immer auch der politisch motivierten Vermittlung von Werten dienen sollen. Die EU bedient sich für ihre Außenpolitik geopolitischer und geostrategischer Überlegungen und Instrumente, um den globalen Einfluss zu erweitern. Anders als die traditionelle Schule der **Geopolitik** und **Geostrategie**, sieht die Doktrin der Europäischen Union hierfür in der Regel, außer zur Friedenssicherung, keinen Einsatz militärischer Mittel vor. Stattdessen werden geographische und politische Zusammenhänge in einer universellen, wertorientierten Geostrategie zusammengeführt. Eine Europäische Geostrategie ist folglich die friedliche Erweiterung der moralischen Einflussnahme ohne territoriale Aneignung. Wesentliches Instrument dieser universellen **normativ-moralischen Geostrategie** sind die **GASP** und die **Außenbeziehungen** der EU. Bei internationalen Kooperationen ist die EU durch ihr globales Gewicht und ihren normativen Einfluss eine Akteurin mit ‚**moral power**‘. Diese Form der Machtausübung unterscheidet die Europäische Union wesentlich von den USA und China sowie anderen Akteurinnen der Weltpolitik.

9.2 Abstract

The **European Union** (EU), the **United States of America** (USA) and the **People's Republic of China** (PRC) are leading actors in world politics and economy. This global impact characterizes them as **world powers**.

Their foreign policy is led by the goal to expand their influence and power by using geopolitical and geostrategic considerations. But all of them follow different approaches. While the EU is led by principles of Neoinstitutionalism, the USA and China are influenced by Neorealism.

The objective of the EU's foreign policy is to secure **peace** and **prosperity** for its member states, but also for its partners around the world. Therefore, its policy is based on moral **values**, democracy, the rule of law, freedom, human rights and multilateralism. And since Europe's power is based on its economic weight, European foreign policy is also always consistent with the goal of strengthening their own economy while imparting European values. This implies economic cooperation and partnerships or even free trade agreements with other countries and regions. Those partnerships are the European approach to consolidate or increase influence on other actors. Thereby, European foreign policy includes **geopolitical** and **geostrategic** considerations, but not in the meaning of the traditional geopolitical approach, which would be to gain influence by conquering other countries or using military power to enforce Europe's interests. Instead, geographical and political aspects are integrated in a value-centered geostrategy. Consequently, the European geostrategy follows the principle of gaining moral influence, primarily by building partnerships and not by occupying territories. Essential tools of this **normative geostrategy** are the **Common Foreign and Security Policy** (CFSP) and the **foreign relations** of the European Union.

The skillful connection of economic power and normative influence empowers the EU to be an international stakeholder with global **moral power**. The way, the EU exercises its power distinguishes the European Union from the United States of America, the People's Republic of China and other international actors in world politics.

9.3 Curriculum Vitae

MARIA DROZDOVÁ, BA

Schulbildung

2008 Abitur am Otto-Hahn-Gymnasium, Monheim, Deutschland

Studium

2008 - 2011 Bachelor Politikwissenschaft, Universität Wien, Österreich
(Schwerpunkt Internationale Politik und EU)

2010 Sommerschule ‚SAS‘, Bratislava, Slowakei

2011 Master Politikwissenschaft, Universität Wien, Österreich

2012 - 2013 Erasmus, Angers, Frankreich

2013 Master Internationale Entwicklung, Universität Wien,
Österreich

Ausbildung

2014 Aerobic- und Fitnesstrainerin, Universität Wien, Österreich

Ehrenamt

Seit 2014 Gründungsmitglied von „JANA – Bildungsförderung in
Bangladesch“, Wien, Österreich

Fremdsprachenkenntnisse

Slowakisch fließend

Englisch fließend

Französisch fortgeschritten

Wien, 2017